Verordnung über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA

(Strafregisterverordnung, StReV)

vom …

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf das Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016[1] (StReG),
verordnet:

1. Kapitel: Gegenstand und Begriffe

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung enthält die Ausführungsbestimmungen zum StReG.

Art. 2 Begriffe

In dieser Verordnung bedeuten:

a. *registerführende Behörden*: die folgenden für VOSTRA verantwortlichen Behörden:
   1. die registerführende Stelle im Bundesamt für Justiz nach Artikel 3 StReG (registerführende Stelle),
   2. die kantonalen Koordinationsstellen nach Artikel 4 StReG (KOST),
   3. die Koordinationsstelle der Militärjustiz nach Artikel 5 StReG (KOST-Militär);

b. *angeschlossene Behörden:* Behörden, die über ein operatives Recht zu Online-Abfrage oder Online-Eintragung von Daten in VOSTRA verfügen;

c. *Online-Zugangsrecht*: das Recht, über die VOSTRA-Webapplikation Daten abzufragen (Online-Abfragerecht) oder einzutragen, zu mutieren oder zu entfernen (Online-Eintragungsrecht);

d. *identifizierende Angaben zur Person*: die in Artikel 17 Absatz 1 StReG festgelegten Daten zur Identifizierung einer Person.

SR .....
[1] SR **...**

2. Kapitel: Meldepflichten

Art. 3 Internationale Rechtshilfe
(Art. 7 StReG)

Die Stelle, die im Bundesamt für Justiz für die internationale Rechtshilfe zuständig ist, meldet der registerführenden Stelle zur Eintragung in VOSTRA:

a. alle nachträglichen Entscheide gegen Schweizerinnen und Schweizer, welche die Erklärung zur Vollstreckbarkeit eines Auslandurteils in der Schweiz zum Gegenstand haben;

b. allen Auslieferungen und Überstellungen zum Strafvollzug ins Ausland:
   1. das Datum, an dem die betroffene Person die Schweiz effektiv verlassen hat,
   2. die Angabe, ob es sich um eine Auslieferung oder Überstellung handelt.

Art. 4 Widerrufsentscheide

Stellt eine Behörde bei der Eintragung von Urteilen folgende Widerrufsentscheide fest, so meldet sie diese den nachstehenden Vollzugsbehörden:

a. bedingt ausgefällte Strafen, die widerrufen wurden, ohne dass eine Gesamtstrafe im Sinne von Artikel 46 Absatz 1 des Strafgesetzbuches[2] (StGB), Artikel 31 Absatz 2 des Jugendstrafgesetzes vom 20. Juni 2003[3] (JStG) oder Artikel 40 Absatz 1 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927[4] (MStG) gebildet wurde: der Behörde, die für den Vollzug des widerrufenen Urteils zuständig ist;

b. bedingte Entlassungen aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug, die widerrufen wurden, ohne dass eine Gesamtstrafe im Sinne von Artikel 62*a* Absatz 2 oder 89 Absatz 6 StGB oder Artikel 31 Absatz 2 JStG gebildet wurde: der Behörde, die für den Vollzug der durch den Widerruf vollziehbar gewordenen Reststrafe zuständig ist.

3. Kapitel: Online-Zugangsrechte

Art. 5 Recht zur Eintragung von Daten

[1] Im Bearbeitungsreglement wird für jeden Behördentyp definiert, ob und für welchen Datenbereich ein Eintragungsrecht besteht.

[2] Das Recht zur Eintragung von Strafdaten ist für jeden Behördentyp auf die jeweils notwendigen Datenbereiche zu limitieren.

2 SR **311.0**
3 SR **311.1**
4 SR **321.0**

[3] Behördentypen, die über kein Eintragungsrecht im Bereich der Strafdaten verfügen, erhalten auch kein Eintragungsrecht für identifizierende Angaben zur Person; ausgenommen sind registerführende Behörden, die identifizierende Angaben in eigenem Namen eintragen dürfen.

Art. 6 Recht der registerführenden Behörden zur Änderung oder Entfernung von Daten (Art. 11 Abs. 2 Bst. b StReG)

[1] Die registerführenden Behörden dürfen sämtliche Daten ändern oder entfernen, soweit sie in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

[2] Zur Änderung oder Entfernung von Daten haben sich die registerführenden Behörden auch in ihrem Zuständigkeitsbereich im Namen derjenigen Behörde einzuloggen, in deren Namen die Daten erfasst worden sind. Dies gilt nicht für die Bearbeitung von identifizierenden Angaben zur Person, welche nach Anhang 9 ausschliesslich der registerführenden Stelle obliegt.

Art. 7 Sonderregeln für die Änderung oder Entfernung von identifizierenden Angaben zur Person (Art. 11 Abs. 3 StReG)

Das Recht zur Änderung und Entfernung identifizierender Angaben zur Person ist in Anhang 9 geregelt.

Art. 8 Voraussetzungen für die Erteilung und den Entzug von Online-Zugangsrechten (Art. 3 Abs. 2 Bst. b StReG)

[1] Die registerführende Stelle erteilt einzelnen Nutzerinnen und Nutzern ein individuelles Recht zur Online-Abfrage, sofern die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

a. Ein Gesetz im formellen Sinn sieht vor, dass die betreffende Behörde Daten online abfragen kann.

b. Die beabsichtigte Verwendung der VOSTRA-Daten durch die Nutzerin oder den Nutzer entspricht den im Gesetz vorgesehenen Zugangszwecken.

c. Die für die Nutzer- und Behördenverwaltung notwendigen Angaben sind vollständig und korrekt vorhanden.

d. Der Nutzerin oder dem Nutzer ist das Recht zur Online-Abfrage nicht entzogen worden.

e. Die Erteilung des Rechts zur Online-Abfrage durch die Nutzerin oder den Nutzer ist verhältnismässig, namentlich weil:

   1. die Nutzerin oder der Nutzer häufig auf VOSTRA zugreifen können muss,

   2. erst wenige Nutzerinnen und Nutzer der betreffenden Behörde online auf VOSTRA zugreifen können,

   3. schnelles Handeln ausserhalb der Bürozeiten erforderlich ist,

4. die Organisationsstruktur der Behörde es nicht erlaubt, die Online-Abfragen auf wenige Nutzerinnen und Nutzer zu zentralisieren.

f. Die Nutzerin oder der Nutzer hat die notwendigen Angaben zur Beurteilung der Voraussetzungen nach den Buchstaben a-e schriftlich eingereicht.

2 Die registerführende Stelle erteilt einzelnen Nutzerinnen und Nutzern ein individuelles Recht zur Online-Eintragung, sofern zusätzlich die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

a. Ein Gesetz im formellen Sinn sieht vor, dass die betreffende Behörde Daten online eintragen kann.

b. Es liegt ein Grundsatzentscheid nach Artikel 6 Absatz 2 StReG über die dezentrale Erfassung von VOSTRA-Daten vor, falls die Nutzerinnen und Nutzer einer nicht registerführenden Behörde angehören.

c. Die Nutzerin oder der Nutzer ist zur korrekten Datenerfassung genügend ausgebildet und hat die von der registerführenden Stelle verlangten Kurse erfolgreich absolviert.

d. Der Nutzerin oder dem Nutzer ist das Recht zur Online-Eintragung nicht entzogen worden.

e. Die Nutzerin oder der Nutzer hat die notwendigen Angaben zur Beurteilung der Voraussetzungen nach Absatz 1 und 2 Buchstaben a-b schriftlich eingereicht.

3 Sind die Voraussetzungen nach Absatz 2 nicht mehr erfüllt, so wird das Online-Eintragungsrecht zu einem Online-Abfragerecht zurückgestuft. Eine solche Rückstufung kann auch erfolgen, wenn die betreffende Person wiederholt gravierende Fehler bei der Datenerfassung macht.

4 Sind die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht mehr erfüllt, so wird das Online-Abfragerecht den betroffenen Nutzerinnen und Nutzern entzogen. Ein solcher Entzug kann auch erfolgen, wenn die betreffende Person vorsätzlich und wiederholt ihr Online-Abfragerecht für nicht gesetzeskonforme Zwecke nutzt. Ein Entzug des Online-Abfragerechts hat auch den Entzug des Online-Eintragungsrechts zur Folge.

5 Die registerführende Stelle kann fehlbare Nutzerinnen und Nutzer und die ihnen auferlegten Massnahmen in einer separaten Datenbank speichern, soweit dies zur Erteilung und Entzug von Online-Zugangsrechten nötig ist.

Art. 9 Zusammenarbeit von registerführender Stelle und den zuständigen Datenschutzorganen bei der Kontrolle der Zweckkonformität von Abfragen
(Art. 3 Abs. 2 Bst. g sowie Art. 9 StReG)

1 Die zuständigen Datenschutzorgane von Behörden, die selber VOSTRA-Daten online abfragen oder auf schriftlichem Weg um einen Auszug ersuchen, unterstützen die registerführende Stelle bei der stichprobeweisen Kontrolle der Zweckkonformität von Abfragen im Rahmen ihrer Möglichkeiten wie folgt:

a. Die Ankündigung einer Kontrolle durch die registerführende Stelle sowie die praktische Durchführung dieser Kontrolle erfolgt in Absprache mit den zuständigen Datenschutzorganen der zu überprüfenden Behörde.

b. Die zuständigen Datenschutzorgane prüfen, ob und in wieweit die registerführende Stelle im konkreten Fall Einblick in Dokumente erhalten muss, aus denen sich die Zweckkonformität der Abfrage ableiten lässt.

c. Falls überwiegende öffentliche Interessen eine Kontrolle durch die registerführende Stelle verunmöglichen, können die zuständigen Datenschutzorgane die angekündigte Kontrolle auch selbständig durchführen. Sie melden in diesem Fall die fehlbaren Nutzerinnen und Nutzer an die registerführende Stelle oder bestätigen die Korrektheit der Datenbearbeitung.

[2] Die registerführende Stelle führt maximal zwei Kontrollen pro angeschlossener Behörde und Jahr durch. Sie nimmt bei der Terminplanung auf die Auslastung der zuständigen Datenschutzorgane Rücksicht. Wenn Missbräuche festgestellt wurden, kann die Zahl der Kontrollen erhöht werden.

Art. 10 Nutzung von VOSTRA-Standardschnittstellen
(Art. 3 Abs. 2 Bst. e, Art. 6 sowie Art. 43-48 StReG)

[1] Behörden, die berechtigt sind, Daten online in VOSTRA einzutragen, können die VOSTRA-Standardschnittstelle für den elektronischen Import von Daten aus externen Fachanwendungen nutzen. Die Bereitschaft zur Anbindung einer Fachanwendung an diese Schnittstelle kann als Grundsatzentscheid zu Gunsten einer dezentralen Datenerfassung im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 StReG gewertet werden.

[2] Behörden, die berechtigt sind, Daten online aus VOSTRA abzufragen, können folgende VOSTRA-Standardschnittstellen nutzen:

a. die VOSTRA-Standardschnittstelle für den elektronischen Export von auszugsrelevanten Daten in externe Fachanwendungen;

b. die VOSTRA-Standardschnittstelle für das Starten von «Hit/No-Hit»-Abfragen direkt aus einer externer Fachanwendung.

[3] Inländische Behörden, welche die nicht personenbezogenen VOSTRA-Stammdaten beziehen möchten, können den VOSTRA-Stammdaten-Webservice nutzen. Für Behörden, welche die Importschnittstelle nach Absatz 1 nutzen oder via Exportschnittstelle nach Absatz 2 Buchstabe a strukturierte Daten beziehen möchten, ist die Anbindung an den VOSTRA-Stammdaten-Webservice Pflicht.

[4] Die Anbindung einer externen Fachanwendung an eine VOSTRA-Standardschnittstelle ist an folgende Bedingungen geknüpft:

a. Die Fachanwendung muss die technischen Vorgaben gemäss den VOSTRA-Schnittstellenbeschrieben sowie die Vorgaben für EJPD-Webservices des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) erfüllen.

b. Die einwandfreie Funktion der Schnittstelle muss getestet werden. Die registerführende Stelle entscheidet, welche Tests durchgeführt werden und wann sie als erfolgreich abgeschlossen gelten.

c. Sobald die geplante Anbindung erfolgreich getestet worden ist, schaltet die registerführende Stelle die Schnittstelle zur Fachanwendung für die betreffende Behörde frei.

d. Die angeschlossenen Behörden tragen die bei ihnen anfallenden Kosten.

[5] Über die VOSTRA-Standardschnittstelle importierte Strafdaten müssen nach dem Import nochmals auf ihre Vollständigkeit und Korrektheit hin überprüft werden.

4. Kapitel: Datensicherheit, technische Anforderungen, datenschutzrechtliche Protokollierung und Weitergabe anonymisierter Daten

Art. 11 Datensicherheit
(Art. 14 StReG)

[1] Für die Gewährleistung der Datensicherheit gelten namentlich:

a. die Verordnung vom 14. Juni 1993[5] zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG);

b. die Cyberrisikenverordnung vom 27. Mai 2020[6].

[2] Die angeschlossenen Behörden treffen in ihrem Bereich die daraus resultierenden organisatorischen und technischen Massnahmen. Namentlich sorgen die angeschlossenen kantonalen Behörden dafür, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich ein mit der Bundesverwaltung vergleichbarer IKT-Grundschutz umgesetzt ist.

[3] Die registerführende Stelle sorgt dafür, dass die Informatiksicherheitsmassnahmen eingehalten werden.

Art. 12 Technische Anforderungen
(Art. 14 StReG)

[1] Die Informatikinfrastruktur der Kantone muss den technischen Anforderungen genügen, die für die Informations- und Kommunikationstechnik des Bundes gelten.

[2] Das EJPD kann Weisungen über die Einzelheiten erlassen.

Art. 13 Datenschutzrechtliche Protokollierung

[1] Jede Datenbearbeitung in VOSTRA wird nach Artikel 10 VDSG[7] protokolliert.

[2] Die datenschutzrechtliche Protokollierung nach Absatz 1 erfolgt zusätzlich zur Abfrage-Protokollierung nach Artikel 25 StReG.

5 SR **235.11**
6 SR **120.73**
7 SR **235.11**

Art. 14 Weitergabe anonymisierter Daten (Art. 15 StReG)

1 Die Bearbeitung von Personendaten aus VOSTRA zu Zwecken der Forschung, Planung und Statistik richtet sich nach Artikel 22 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992[8] über den Datenschutz.

2 Die registerführende Stelle entscheidet über Gesuche nach Absatz 1.

3 Die registerführende Stelle legt die Bedingungen der Datenbearbeitung gegenüber dem Empfänger vertraglich fest, wenn dies nötig ist, um eine sichere und nicht personenbezogene Verwendung der VOSTRA-Daten zu gewährleisten.

5. Kapitel: Inhalt von VOSTRA

1. Abschnitt: Eingetragene Daten im Bereich der Strafdatenverwaltung

Art. 15 Identifizierende Angaben zur Person (Art. 17 Abs. 2 StReG)

Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder, welche sich auf identifizierende Angaben zur Person beziehen, sind in Anhang 1 Spalte 1 geregelt.

Art. 16 Eintragungsvoraussetzungen bei Delikten, die mit einem Schuldspruch mit Absehen von Strafe sanktioniert worden sind (Art. 18 Abs. 1 Bst. c Ziff. 1 und Ziff. 3 Lemma 3 sowie Abs. 2 StReG)

1 Wird ein Verbrechen oder Vergehen infolge geringer Schuld und geringen Tatfolgen mit einem Schuldspruch mit Absehen von Strafe sanktioniert, werden weder dieses Delikt noch diese Rechtsfolge in VOSTRA eingetragen, unabhängig davon, ob das Absehen von Strafe in Anwendung von Artikel 52 StGB[9] oder einer analogen Spezialnorm erfolgt ist.

2 Ein Schuldspruch wegen einer Übertretung, bei der in Anwendung von Artikel 52 StGB oder einer analogen Spezialnorm wegen geringer Schuld und geringen Tatfolgen von einer Bestrafung abgesehen wurde, wird auch dann nicht in VOSTRA eingetragen, wenn die Übertretung Teil eines Urteils bildet, das andere einzutragende Delikte enthält.

8 SR **235.1**
9 SR **311.0**

Art. 17 Eintragungsvoraussetzungen für Grundurteile mit Delikten, die teils vor und teils nach Vollendung des 18. Altersjahrs begangen worden sind
(Art. 18 und 19 StReG)

[1] Grundurteile, welche gleichzeitig vor und nach Vollendung des 18. Altersjahres begangene Taten sanktionieren, werden als Ganzes eingetragen, wenn die Voraussetzungen für die Eintragung von Erwachsenendelikten (Art. 18 Abs. 1 und Art. 19 Bst. d Ziff. 1 StReG) und diejenigen für die Eintragung von Jugenddelikten (Art. 18 Abs. 2 und Art. 19 Bst. d Ziff. 2 StReG) oder nur eine von beiden erfüllt sind.

[2] Bei ausländischen Grundurteilen wird bei Sanktionen, welche die Eintragungspflicht des Grundurteils auslösen, vermutet, dass Erwachsenensanktionen für Erwachsenendelikte und Jugendsanktionen für Jugenddelikte ausgesprochen wurden. Diese Vermutung ist durch Vorlage einer Urteilskopie widerlegbar.

Art. 18 Eintragungsvoraussetzungen für Zusatz-, Teilzusatz- und Gesamtstrafenurteile
(Art. 18, Art. 19 sowie Art. 20 Abs. 4 StReG)

Bei Zusatz-, Teilzusatz- und Gesamtstrafenurteilen sind die Daten derjenigen Entscheide, auf welche diese Grundurteile Bezug nehmen, ohne Bedeutung für die Beurteilung der Eintragungsvoraussetzungen nach den Artikeln 18 und 19 StReG.

Art. 19 Eintragung von Delikten bei Auslandurteilen
(Art. 20 Abs. 1 Bst. e und Abs. 5 StReG)

[1] Bei Auslandurteilen wird als Delikt der analoge schweizerische Tatbestand in VOSTRA eingetragen, wenn:

a. das ausländische Delikt in den Deliktskatalog nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe c StReG fällt;

b. das ausländische Delikt in die Probezeit nach Artikel 40 Absatz 3 Buchstabe c StReG fällt;

c. die betroffene Person, die einen Privat- oder Sonderprivatauszug bestellt hat, ausdrücklich die Transponierung des ausländischen Delikts ins schweizerische Recht verlangt;

d. eine klare Zuordnung des analogen schweizerischen Delikts ohne unverhältnismässigen Aufwand möglich ist.

[2] Sind die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht erfüllt, werden bei Delikten in Auslandurteilen anstelle des analogen schweizerischen Tatbestandes folgende Angaben in VOSTRA eingetragen:

a. Vermerk „Widerhandlung gegen ausländische Gesetzesbestimmung“, mit Verweis auf die Kopie des ausländischen Meldeformulars, welches die konkreten Deliktsangaben des ausländischen Rechts enthält und

b. Angabe der jeweiligen Referenzkategorie von Straftatbeständen nach den Absätzen 3-5.

3 Die Referenzkategorie dient als Interpretationshilfe für die meist in ausländischer Sprache abgefassten Meldeformulare und enthält eine grobe Typisierung der im Urteil sanktionierten Auslandstaten.

4 Die Bildung der Referenzkategorie erfolgt durch die registerführende Stelle anhand der Titelgebung des StGB[10] und des MStG[11] sowie im Bereich des Nebenstrafrechts nach Rechtsgebieten.

5 Eine Referenzkategorie wird nur bei Einträgen nach Absatz 2 Buchstabe a gebildet, die nach dem Inkrafttreten des StReG in VOSTRA erfasst worden sind.

Art. 20 Eintragung von Sanktionen
(Art. 20 Abs. 1 Bst. f StReG)

1 Erfüllt ein Grundurteil die Eintragungsvoraussetzungen, so sind unter Vorbehalt der in Absatz 2 geregelten Ausnahmen alle im StGB[12], MStG[13] oder JStG[14] aufgezählten Sanktionen sowie in anderen Bundesgesetzen enthaltenen Nebenstrafen eintragungspflichtig.

2 Nicht eintragungspflichtig sind folgende Sanktionen:

a. die Veröffentlichung des Urteils (Art. 68 StGB und Art. 50*f* MStG);

b. eine in einem schweizerischen Grundurteil ausgesprochene Einziehung nach Artikel 69–72 StGB mit Bruttowert unter 100‘000 Franken und alle Einziehungen nach Artikel 51–52 MStG sowie alle in einem Auslandurteil ausgesprochenen Einziehungen;

c. die Verwendung zu Gunsten des Geschädigten (Art. 73 StGB und Art. 53 MStG);

d. eine in einem Auslandurteil ausgesprochene Landesverweisung;

e. die folgenden in Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer 1 StReG erwähnten Fälle:

   1. Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse nach Artikel 81 Absatz 3 oder 4 MStG; nicht eintragungspflichtig ist auch das dazugehörige Delikt,

   2. Disziplinarstrafen nach MStG; nicht eintragungspflichtig ist auch das dazugehörige Delikt;

f. die Ordnungsstrafen; nicht eintragungspflichtig ist dann auch das dazugehörige Delikt.

3 Erfüllt ein Grundurteil die Eintragungsvoraussetzungen, so sind auch die in Anhang 2 Ziffer 3.2 genannten Fälle des Verzichts auf eine strafrechtliche Sanktion eintragungspflichtig; davon ausgenommen sind die in Artikel 16 genannten Schuldsprüche.

10 SR **311.0**
11 SR **321.0**
12 SR **311.0**
13 SR **321.0**
14 SR **311.1**

Art. 21 Detaillierte Datenstruktur bei Grundurteilen (Art. 20 Abs. 5 StReG)

Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von eintragungspflichtigen Grundurteilen sind in Anhang 2 Spalte 1 geregelt.

Art. 22 Einzutragende nachträgliche Entscheide und ihre Struktur (Art. 21 Abs. 1 Bst. f und Abs. 2 StReG)

1 Eintragungspflichtig sind folgende nachträgliche Entscheide nach Artikel 21 StReG.

a. die bedingte Entlassung aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe oder eines Freiheitsentzugs, einschliesslich der Umwandlungsfälle (Art. 86 StGB[15], Art. 28 Abs. 1 JStG[16]);

b. Entscheide mit Bezug zur Probezeit einer bedingten Entlassung aus der Strafe nach Buchstabe a:

1. der Widerruf (Art. 89 Abs. 1 StGB, Art. 89 Abs. 2 vierter Satz StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 31 Abs. 1 JStG),
2. der Nichtwiderruf (Art. 89 Abs. 2 erster Satz StGB, Art. 31 Abs. 3 JStG),
3. der Teilwiderruf (Art. 31 Abs. 1 JStG),
4. die nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe (Art. 89 Abs. 6 i. V. m. Art. 49 StGB, Art. 31 Abs. 2 JStG); diese wird als Mutation am Grundurteil, dessen Sanktion durch die Gesamtstrafenbildung abgeändert wird, in VOSTRA eingetragen,
5. die Verwarnung (Art. 89 Abs. 2 zweiter Satz StGB, Art. 31 Abs. 3 JStG),
6. die Verlängerung der Probezeit (Art. 87 Abs. 3 StGB, Art. 89 Abs. 2 zweiter Satz StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 31 Abs. 3 JStG),
7. die Anordnung von Bewährungshilfe (Art. 87 Abs. 2 StGB, Art. 89 Abs. 2 vierter Satz StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB),
8. die Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 89 Abs. 2 vierter Satz StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB),
9. die Anordnung der Zuteilung einer Begleitperson (Art. 29 Abs. 3 JStG),
10. die Aufhebung der Zuteilung der Begleitperson,
11. die Erteilung einer Weisung (Art. 89 Abs. 2 vierter Satz StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 87 Abs. 2 StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 29 Abs. 2 JStG),

15 SR **311.0**
16 SR **311.1**

12. die Aufhebung einer Weisung (Art. 89 Abs. 2 vierter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),
13. die Änderung einer Weisung (Art. 89 Abs. 2 vierter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 89 Abs. 3 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB);

c. die bedingte Entlassung aus dem Vollzug einer stationären therapeutischen Massnahme (Art. 62 Abs. 1 StGB) oder einer Verwahrung (Art. 64*a* Abs. 1 StGB);

d. Entscheide mit Bezug zur Probezeit einer bedingten Entlassung aus der Massnahme nach Buchstabe c:
1. der Widerruf (Art. 62*a* Abs. 1 Bst. a StGB, Art. 62*a* Abs. 3 StGB, Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 64*a* Abs. 3 StGB, Art. 64*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 95 Abs. 5 StGB),
2. der Nichtwiderruf (Art. 62*a* Abs. 5 StGB),
3. die nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe (Art. 62*a* Abs. 2 StGB); diese wird als Mutation am Grundurteil, dessen Sanktion durch die Gesamtstrafenbildung abgeändert wird, in VOSTRA eingetragen,
4. die Verwarnung (Art. 62*a* Abs. 5 Bst. a StGB),
5. die Verlängerung der Probezeit (Art. 62*a* Abs. 5 Bst. d StGB, Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB], Art. 64*a* Abs. 2 StGB, Art. 64*a* Abs. 4 StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB),
6. die Anordnung von Bewährungshilfe (Art. 62 Abs. 3 StGB, Art. 62*a* Abs. 5 Bst. b StGB, Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 64*a* Abs. 1 StGB, Art. 64*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB),
7. die Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 64*a* Abs. 4 StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB),
8. die Erteilung einer Weisung (Art. 62 Abs. 3 StGB, Art. 62*a* Abs. 5 Bst. c StGB, Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*a* Abs. 1 StGB, Art. 64*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),
9. die Aufhebung einer Weisung (Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),

10. die Änderung einer Weisung (Art. 62*a* Abs. 6 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 64*c* Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),
11. die Anordnung einer ambulanten Behandlung (Art. 62 Abs. 3 StGB, Art. 62*a* Abs. 5 Bst. b StGB),
12. die Änderung der Massnahme (Art. 62*a* Abs. 1 Bst. b StGB),
13. die Aufhebung der Massnahme mit Anordnung des Vollzugs der Freiheitsstrafe (Art. 62*a* Abs. 1 Bst. c StGB);

e. die endgültige Entlassung:
1. aus der vollständig vollzogenen Freiheitsstrafe (Art. 88 StGB), sofern im dazugehörigen Grundurteil oder in einem nachträglichen Entscheid, der auf dieses Grundurteil Bezug nimmt, ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot nach StGB oder MStG[17] angeordnet wurde und beim Vollzug dieses Grundurteils der bedingte oder teilbedingte Vollzug dieser Freiheitsstrafe widerrufen wurde,
2. aus der stationären therapeutischen Massnahme (Art. 62*b* Abs. 1 StGB, Art. 62*b* Abs. 2 StGB, Art. 47 Abs. 1 MStG),
3. aus der Verwahrung (Art. 64*a* Abs. 5 StGB);

f. Entscheide mit Bezug zu einer bedingten oder teilbedingten Strafe infolge Nichtbewährung während der Probezeit oder aus anderen Gründen:
1. der Widerruf (Art. 46 Abs. 1 StGB, Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 40 Abs. 1 MStG, Art. 54 MStG, Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 1 JStG),
2. der Nichtwiderruf (Art. 46 Abs. 2 StGB, Art. 55 Abs. 1 StGB, Art. 40 Abs. 2 MStG, Art. 46*a* MStG, Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 3 JStG),
3. der Teilwiderruf (Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 1 JStG]),
4. die nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe (Art. 46 Abs. 1 zweiter Satz i. V. m. Art. 49 StGB, Art. 40 Abs. 1 zweiter Satz i. V. m. Art. 43 MStG, Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 JStG); diese wird als Mutation am Grundurteil, dessen Sanktion durch die Gesamtstrafenbildung abgeändert wird, in VOSTRA eingetragen,
5. die Verwarnung (Art. 46 Abs. 2 StGB, Art. 40 Abs. 2 MStG, Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 3 JStG),
6. die Verlängerung der Probezeit (Art. 46 Abs. 2 StGB, Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 40 Abs. 2 MStG, Art. 54 MStG, Art. 35 Abs. 2 i. V. m. Art. 31 Abs. 3 JStG),
7. die Anordnung von Bewährungshilfe (Art. 46 Abs. 2 dritter Satz StGB, Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 40 Abs. 2 dritter Satz MStG, Art. 54 MStG),

17 SR **321.0**

8. die Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 46 Abs. 4 StGB i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 54 MStG),
9. die Erteilung einer Weisung (Art. 46 Abs. 2 dritter Satz StGB, Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 40 Abs. 2 dritter Satz MStG, Art. 54 MStG),
10. die Aufhebung einer Weisung (Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 54 MStG),
11. die Änderung einer Weisung (Art. 46 Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 54 MStG);

g. Entscheide betreffend die Aufhebung einer therapeutischen Massnahme, einer Verwahrung oder einer Schutzmassnahme nach JStG (Art. 56 Abs. 6 StGB, Art. 61 Abs. 4 dritter Satz StGB, Art. 62*a* Abs. 1 Bst. b StGB, Art. 62*a* Abs. 1 Bst. c StGB, Art. 62*c* Abs. 1 Bst. a-c StGB, Art. 63*a* Abs. 2 Bst. a-c StGB, Art. 63*a* Abs. 3 StGB, Art. 64 Abs. 3 StGB, Art. 64*c* Abs. 6 StGB, Art. 47 Abs. 1 MStG, Art. 19 Abs. 1 zweiter Satz JStG, Art. 19 Abs. 2 JStG);

h. Entscheide betreffend die Änderung einer therapeutischen Massnahme, einer Verwahrung oder einer Schutzmassnahme nach JStG (Art. 62*a* Abs. 1 Bst. b StGB, Art. 62*c* Abs. 3 StGB, Art. 62*c* Abs. 4 StGB, Art. 62*c* Abs. 6 StGB, Art. 63*b* Abs. 5 StGB, Art. 64*c* Abs. 3 StGB, Art. 65 Abs. 1 erster Satz StGB, Art. 47 Abs. 1 MStG, Art. 18 JStG);

i. Entscheide betreffend die nachträgliche Anordnung einer therapeutischen Massnahme oder einer Verwahrung (Art. 65 Abs. 1 erster und zweiter Satz StGB, Art. 65 Abs. 2 StGB, Art. 47 Abs. 1 MStG);

j. Entscheide betreffend flankierende Anordnungen während einer laufenden ambulanten Behandlung:
   1. die Anordnung von Bewährungshilfe (Art. 63*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB,
   2. die Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 63*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB,
   3. die Erteilung einer Weisung (Art. 63*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB,
   4. die Aufhebung einer Weisung (Art. 63*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB,
   5. die Änderung einer Weisung (Art. 63*a* Abs. 4 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB;

k. Selbständige zusätzliche Anordnungen, welche das Verhältnis von freiheitsentziehenden Strafen und Massnahmen im Vollzug betreffen:
   1. der Vollzug der Reststrafe (Art. 62*a* Abs. 1 Bst. c StGB, Art. 62*c* Abs. 2 erster Satz StGB, Art. 63*b* Abs. 2 StGB, Art. 63*b* Abs. 3 StGB, Art. 32 Abs. 3 JStG, Art. 32 Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 32 Abs. 3 JStG),
   2. das Absehen vom Vollzug der Reststrafe (Art. 63*b* Abs. 1 StGB, Art. 62*b* Abs. 3 StGB, Art. 32 Abs. 2 JStG, Art. 32 Abs. 3 JStG, Art. 32 Abs. 4 zweiter Satz i. V. m. Art. 32 Abs. 2 und 3 JStG),

3. der nachträglich bedingte Vollzug der Reststrafe (Art. 62*c* Abs. 2 zweiter Satz StGB; Art. 63*b* Abs. 4 zweiter Satz StGB),
4. der Aufschub des Vollzugs der Reststrafe zugunsten der laufenden Massnahme (Art. 65 Abs. 1 dritter Satz StGB, Art. 31 Abs. 1 JStG, Art. 32 Abs. 4 erster Satz JStG);

l. Entscheide im Zusammenhang mit Tätigkeits- sowie Kontakt- und Rayonverboten:
   1. die Aufhebung des Verbots (Art. 67*c* Abs. 4–6 StGB, Art. 50*c* Abs. 4–6 MStG, Art. 19 Abs. 1 JStG, Art. 19 Abs. 2 JStG),
   2. die inhaltliche Einschränkung des Verbots (Art. 67*c* Abs. 4 und 5 StGB, Art. 50*c* Abs. 4 und 5 MStG, Art. 18 JStG),
   3. die zeitliche Einschränkung des Verbots (Art. 67*c* Abs. 4 und 5 StGB, Art. 50*c* Abs. 4 und 5 MStG, Art. 18 JStG),
   4. die inhaltliche Erweiterung des Verbots (Art. 67*d* Abs. 1 StGB, Art. 50*d* Abs. 1 MStG, Art. 18 JStG),
   5. die zeitliche Verlängerung des Verbots (Art. 67 Abs. 2bis und Art. 67*b* Abs. 5 StGB, Art. 50 Abs. 2bis und Art. 50*b* Abs. 5 MStG, Art. 18 JStG),
   6. die Anordnung eines neuen Verbots (Art. 67*d* Abs. 1 und 2 StGB, Art. 50*d* Abs. 1 und 2 MStG, Art. 18 JStG, Art. 19 Abs. 4 JStG),
   7. der Widerruf des bedingten oder teilbedingten Vollzugs einer Sanktion oder einer bedingten Entlassung (Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 5 StGB),
   8. die Verlängerung der Probezeit des bedingten oder teilbedingten Vollzugs einer Sanktion oder einer bedingten Entlassung (Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. a StGB),
   9. die Anordnung der Bewährungshilfe (Art. 67c Abs. 7 und 7bis StGB, Art. 50c Abs. 7 und 7bis MStG),
   10. die Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 67*c* Abs. 7 StGB, Art. 50*c* Abs. 7 MStG; Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. b StGB),
   11. die Erteilung einer Weisung (Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),
   12. die Aufhebung einer Weisung (Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB),
   13. die Änderung einer Weisung (Art. 67*c* Abs. 8 i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB, Art. 50*c* Abs. 8 MStG i. V. m. Art. 95 Abs. 4 Bst. c StGB);

m. die Begnadigung (Art. 383 StGB, Art. 232*a* MStG) und die Amnestie (Art. 384 StGB, Art. 232*e* MStG);

n. die Erklärung zur Vollstreckbarkeit des Grundurteils in der Schweiz (Art. 106 des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981[18]);

[18] SR **351.1**

o. Entscheide im Zusammenhang mit der Landesverweisung:
   1. der Aufschub des Vollzugs der Landesverweisung (Art. 66*d* StGB),
   2. die Aufhebung des Aufschubs des Vollzugs der Landesverweisung (Art. 66*d* StGB);

p. die nachträgliche Anordnung einer Strafe nach Artikel 100ter Ziffer 4 StGB in der Fassung vom 18. März 1971[19].

2 Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von eintragungspflichtigen nachträglichen Entscheiden, die in einem Zugangsprofil sichtbar sind, sind in Anhang 3 geregelt.

3 Eingetragen werden auch alle ausländischen nachträglichen Entscheide, die funktional den in Absatz 1 aufgeführten Entscheiden gleichgestellt sind.

4 Bei den nachträglichen Entscheiden wird auch die ausserordentliche Bestimmung eines angemessenen und ausschliesslich fristenrelevanten Vollzugsende-Datums nach Artikel 44 eingetragen, sofern das tatsächliche Vollzugsende nicht durch einen echten nachträglichen Entscheid belegt werden kann.

Art. 23 Eintragung von elektronischen Kopien von Grundurteilen und nachträglichen Entscheiden (Art. 22 Abs. 1 StReG)

1 Die Eintragungspflicht einer elektronischen Kopie nach Artikel 22 Absatz 1 StReG unterliegt folgenden Bedingungen:

a. bei Grundurteilen: Die betroffene Person hat im Zeitpunkt mindestens einer Tat das 18. Altersjahr bereits vollendet;

b. bei nachträglichen Entscheiden: Die betroffene Person hat im Zeitpunkt des Entscheides das 18. Altersjahr bereits vollendet.

2 Eintragungspflichtig ist die Kopie des bei Eintritt der Rechtskraft verfügbaren Entscheides.

3 Wird ein Entscheid erst nach Eintritt der Rechtskraft begründet und bezieht sich diese auf den Strafpunkt, so ist die entsprechende Kopie ebenfalls in VOSTRA einzutragen. Gleiches gilt für Entscheide, die gestaffelt in Rechtskraft erwachsen sind.

4 Einzutragen ist auch die Kopie eines Berichtigungsbeschlusses zu einem eingetragenen Entscheid.

5 Bei Zusatz-, Teilzusatz- oder Gesamtstrafenurteilen kann die Kopie des Entscheides mit eingetragen werden, auf den das vorliegende Grundurteil Bezug nimmt. Gleiches gilt für Entscheide, bei denen auf die Begründung der Vorinstanz verwiesen wird.

6 Kopien werden als Ganzes und ohne Schwärzungen in VOSTRA eingetragen, auch wenn sie Daten enthalten, die keinen Bezug zu den eintragungspflichtigen Strafdaten enthalten.

7 Kopien müssen nicht mit einer Unterschrift versehen sein.

19 AS **1971** 777 807

Art. 24 Automatisch generierte Systemdaten, welche auszugsrelevant und in VOSTRA eingetragen sind
(Art. 23 Abs. 2 StReG)

Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von Systemdaten, welche in einem Zugangsprofil oder auf einem gedruckten Auszug sichtbar sind und in VOSTRA gespeichert werden, sind in den folgenden Anhängen gekennzeichnet:

a. Systemdaten, die sich auf identifizierende Angaben zur Person beziehen, in Anhang 1 Spalte 2;

b. Systemdaten, die sich auf Grundurteile beziehen, in Anhang 2 Spalte 2;

c. Systemdaten, die sich auf nachträgliche Entscheide beziehen, in Anhang 3 Spalte 2;

d. Systemdaten, die sich auf hängige Strafverfahren beziehen, in Anhang 4 Spalte 2.

Art. 25 Automatisch generierte Systemmeldungen zur Gewährleistung einer korrekten Datenhaltung
(Art. 23 Abs. 2 StReG)

[1] VOSTRA generiert unter den nachfolgend genannten Bedingungen Systemmeldungen an spezifische Behörden, welche diese zur nachgenannten Datenbearbeitung verpflichten:

a. eine tägliche Meldung nach Art. 23 Abs. 1 Bst. b StReG
an die zuständigen Strafjustiz-, Vollzugs-, Begnadigungs- und Verwaltungsstrafbehörden,
falls die Begehungszeit von einem neu eingetragenen Verbrechen oder Vergehen oder einer Widerhandlung gegen eine ausländische Gesetzesbestimmung in die nicht widerrufene Probezeit einer bedingten oder teilbedingten Strafe oder einer bedingten Entlassung fällt und seit dem Ende der Probezeit noch keine 3 Jahre vergangen sind und der von VOSTRA ermittelte Meldungsadressat noch keinen nachträglicher Entscheid betreffend die Nichtbewährung gefällt und eingetragen hat:
zur Kontrolle einer möglichen Probezeitverletzung, insbesondere:
– zur Ausfällung und Nacherfassung fehlender nachträglicher Entscheide betreffend die Nichtbewährung
– zur Berichtigung falscher Daten, welche die Meldung ausgelöst haben;

b. eine tägliche Meldung nach Art. 23 Abs. 1 Bst. c StReG an die zuständige Verfahrensleitung, falls ein hängiges Strafverfahren länger als zwei Jahre eingetragen ist; falls das Strafverfahren danach nicht manuell entfernt wird, wird die Meldung mit einem maximalen Intervall von jeweils einem Jahr wiederholt:	zur Kontrolle, ob das Strafverfahren immer noch hängig ist und zur Aktualisierung der Daten;
c. eine wöchentliche Meldung nach Art. 23 Abs. 1 Bst. c StReG an die zuständigen Massnahmenvollzugsbehörden, falls bei stationären Massnahmen oder bei ambulanten Behandlungen nach 5 Jahren seit der Anordnung der Massnahme noch kein Massnahmenende in VOSTRA erfasst ist; die Meldung wird wenn nötig alle 5 Jahre wiederholt:	zur Kontrolle, ob Massnahme tatsächlich noch vollzogen wird und zur Nacherfassung fehlender nachträglicher Entscheide betreffend das Massnahmenende, die zur Berechnung der Fristen für das Erscheinen von Grundurteilen nach Art. 30 Abs. 3 Bst. b oder Art. 38 Abs. 4 Bst. b StReG benötigt werden;
d. eine jährliche Meldung an die registerführende Stelle, falls eine Person in VOSTRA eingetragen ist, die im betreffenden Meldejahr das 80., 85., 90. und 95. Altersjahr vollendet hat:	zur Überprüfung nach Art. 29 Abs. 3 StReG, ob diese Person noch am Leben ist und zur Löschung des Dossiers nach Art. 29 Abs. 1 StReG;
e. eine unverzügliche Meldung nach Art. 23 Abs. 1 Bst. d StReG an die registerführende Stelle, falls die automatische Zuteilung einer AHV-Nummer an eine in VOSTRA erfasste Hauptidentität oder die Änderung einzelner Hauptattribute von der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) abgelehnt wird:	zur Korrektur der entsprechenden identifizierenden Angaben zur Person oder zur Neuzuweisung der Strafdaten an andere Person;

f. eine wöchentliche Meldung nach Art. 23 Abs. 1 Bst. e StReG an alle Vollzugsbehörden von eingetragenen Grundurteilen oder nachträglichen Entscheiden, die eine freiheitsentziehende Sanktionen betreffen, falls gegen die betroffene Person ein schweizerisches Tätigkeits- oder Kontakt- und Rayonverbot nach StGB[20] oder MStG[21] neu in VOSTRA erfasst worden ist, es sei denn, es handelt sich um ein lebenslängliches und nicht zeitlich einschränkbares Tätigkeitsverbot nach Art. 67 Abs. 3 oder 4 StGB oder Art. 50 Abs. 3 oder 4 MStG, oder falls ein solches Verbot bereits vorhanden ist, sobald die Anordnung oder das Vollzugsende einer freiheitsentziehenden Sanktion neu in VOSTRA erfasst worden ist:	mit der Aufforderung, bei allen freiheitsentziehenden Sanktionen in diesem Dossier die Vollzugszeiten nach Art. 20 Abs. 2 StReG in VOSTRA zu erfassen, damit VOSTRA das Ruhen von Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverboten nach Art. 67*c* Abs. 2 StGB oder Art. 50*c* Abs. 2 MStG berechnen kann;
g. eine wöchentliche Meldung an die registerführende Stelle, falls ein Dossier entfernt wird, bei dem die Angabe nach Anhang 2 Ziffer 3.4.5.5 enthalten ist:	mit der Aufforderung, die bei der registerführenden Stelle aufbewahrten Unterlagen betreffend die Bewilligung des Gesuchs um Berechnung der Entfernungsfrist nach Art. 30 Abs. 2 Bst. n zweiter Satzteil StReG zu vernichten;
h. eine mindestens jährliche Meldung aller schweizerischen Grundurteile mit Landesverweisung an die für den Vollzug der Landesverweisung zuständigen Behörden, falls bei diesen Grundurteilen 5 Jahre nach Anordnung der Landesverweisung noch kein Ausreisedatum in VOSTRA erfasst ist.	zur Erfassung der Vollzugsdaten über den Beginn der Landesverweisung (Anhang 2 Ziff. 3.4.5.2 und 3.4.5.3) in VOSTRA;

20 SR **311.0**
21 SR **321.0**

i. eine wöchentliche Meldung an die registerführende Stelle, falls eine neue Einziehung in VOSTRA erfasst worden ist:	zur Kontrolle der Eintragungsvoraussetzungen nach Art. 20 Abs. 2 Bst. b dieser Verordnung und zur Weiterleitung von elektronischen Urteilskopien nach Art. 61 StReG und Art. 57 dieser Verordnung;
j. eine wöchentliche Meldung an die registerführende Stelle, falls für ein eingetragenes Grundurteil keine Regel zur Berechnung der Entfernungsfrist programmiert worden ist:	zur Überprüfung der Vollständigkeit der Datenerfassung;
k. eine wöchentliche Meldung an die Behörde, welche seit Inkrafttreten dieser Verordnung ein Grundurteil oder einen nachträglichen Entscheid eingetragen hat, falls in VOSTRA keine eintragungspflichtige Kopie nach Art. 22 StReG sowie Art. 23 Abs. 1 dieser Verordnung eingetragen ist:	zur Nacherfassung von Kopien nach Art. 22 StReG sowie Art. 23 dieser Verordnung;
l. eine zweimonatliche Meldung an die registerführende Stelle, falls die Begehungszeiten eines ausländischen Delikts, welches mit dem Vermerk «Widerhandlung gegen ausländische Gesetzesbestimmung» in VOSTRA erfasst ist, in die Probezeit nach Art. 40 Abs. 3 Bst. c StReG fällt:	zur Transponierung des ausländischen Delikts ins schweizerische Recht, damit eine Probezeitverletzung infolge eines Verbrechens oder Vergehens bei Bussenurteilen nach Art. 40 Abs. 3 Bst. c StReG vom System korrekt erkannt werden kann;
m. eine tägliche Meldung an die registerführende Stelle, falls in einem schweizerischen Grundurteil gegen Erwachsene oder einem schweizerischen gemischten Grundurteil, das mindestens ein Verbrechen oder Vergehen und mindestens eine Übertretung enthält, ein «Schuldspruch mit Absehen von Strafe» oder «keine Zusatzstrafe» zusammen mit einer anderen fristenrelevanten Sanktion angeordnet wurde:	zur Prüfung, ob das Grundurteil die Eintragungsvoraussetzungen nach Art. 40 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 StReG erfüllt;

n. eine tägliche Meldung an die registerführende Stelle, falls in einem schweizerischen gemischten Grundurteil, dessen Erwachsenendelikte nur Übertretungen sind, ein Tätigkeits- oder Kontakt- und Rayonverbot angeordnet wurde:	zur Prüfung, ob das Grundurteil die Eintragungsvoraussetzungen nach Art. 40 Abs. 1 Bst. b Ziff. 2 StReG erfüllt.

2 Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder dieser Systemmeldungen sind in Anhang 5 geregelt.

3 Die Meldungsadressaten nach Absatz 1 sind verpflichtet, Systemmeldungen, die ausnahmsweise nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, an die zuständige Behörde weiterzuleiten.

4 Die aufbereiteten Meldungen werden von den registerführenden Behörden an die Meldungsadressaten in ihrem Zuständigkeitsbereich verschickt.

Art. 26 Einzutragende Daten bei hängigen Strafverfahren (Art. 24 Abs. 3 StReG)

Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von eintragungspflichtigen hängigen Strafverfahren, die in einem Zugangsprofil sichtbar sind, sind in Anhang 4 geregelt.

Art. 27 Zuständigkeit für den Wechsel der Verfahrensleitung (Art. 24 Abs. 3 StReG)

1 Zuständig für die Erfassung des Wechsels der verfahrensleitenden Behörde in VOSTRA ist diejenige Behörde, welche das Verfahren übergibt.

2 Die abtretende Behörde informiert die neu zuständige Behörde über die Abtretung in VOSTRA. Letztere aktualisiert umgehend die zum hängigen Strafverfahren gehörenden übrigen Informationen.

2. Abschnitt: Eingetragene Daten ausserhalb der Strafdatenverwaltung

Art. 28 Automatisch protokollierte Daten bei Online-Abfragen zugangsberechtigter Behörden (Art. 25 Abs. 3 StReG)

1 Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von automatisch protokollierten Abfragen nach Artikel 25 StReG sind in Anhang 6 geregelt.

2 Für die registerführende Stelle sind alle in Anhang 6 Spalte 1 erwähnten Daten einsehbar.

3 Für die betroffene Person sind nur die in Anhang 6 Spalte 2 gekennzeichneten Daten einsehbar, sofern die protokollierte Abfrage diese Person betrifft und ihr darüber nach Artikel 57 StReG Auskunft erteilt werden muss.

Art. 29 Daten bei Online-Bestellung eines Auszugs aus einem ausländischen Strafregister
(Art. 26 Abs. 2 StReG)

Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder einer Online-Bestellung eines Auszuges aus einem ausländischen Strafregister sind in Anhang 7 geregelt.

Art. 30 Daten über die Bestellung der Privat- und Sonderprivatauszüge
(Art. 27 Abs. 2 dritter Satz und Abs. 3 StReG)

1 Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder der Hilfsdatenbank für die Bestellung der Privat- und Sonderprivatauszüge sind in Anhang 8 Spalte 2 gekennzeichnet.

2 Im Rahmen der Auszugsverarbeitung werden nur diejenigen Daten der Hilfsdatenbank nach Absatz 1 in VOSTRA übernommen, welche zur Generierung des Privat- und Sonderprivatauszugs in VOSTRA nötig sind. Während des Verarbeitungsprozesses werden in VOSTRA zusätzliche Daten generiert. Sämtliche in VOSTRA gespeicherten Bestelldaten sind in Anhang 8 Spalte 3 gekennzeichnet.

Art. 31 Von der registerführenden Stelle angestossene Suchabfragen zur Erstellung von Auswertungen

1 Die registerführende Stelle ist berechtigt, mittels spezifischer Suchabfragen Auswertungen von VOSTRA-Daten zu erstellen, sofern dies für die Aufgabenerfüllung notwendig ist.

2 Benötigt werden insbesondere folgende Auswertungen:

a. eine Auswertung der Nutzungsintensität von VOSTRA, mit Auflistung der Anzahl von Abfragen oder Erfassungen pro Behörde und pro Nutzerin oder Nutzer in einem Beurteilungszeitraum:	zur Prüfung der Voraussetzungen zur Erteilung von Online-Anschlüssen nach Art. 8 Abs. 1 Bst. e;
b. eine Auswertung über erfasste Grundurteile und nachträglichen Entscheide, mit Auflistung aller erfassten Daten pro Nutzerin oder Nutzer in einem Beurteilungszeitraum:	zur Kontrolle der Korrektheit der Datenerfassung nach Art. 3 Abs. 2 Bst. g StReG;
c. eine Auswertung über den Eintragungszeitpunkt von Grundurteilen, nachträglichen Entscheiden oder hängigen Strafverfahren, mit Auflistung der Grundurteile, nachträglichen Entscheide oder hängigen Strafverfahren, welche ausserhalb der vorgesehenen Eintragungsfrist erfasst worden sind:	zur Kontrolle der Einhaltung der in Art. 33 und 34 geregelten Eintragungsfristen.

3. Abschnitt: Fristen für die Eintragung von Daten in VOSTRA
(Art. 28 StReG)

Art. 32 Zeitpunkt der Eintragung von identifizierenden Angaben zur Person

1 Für die Eintragung von identifizierenden Angaben zur Person nach Artikel 17 StReG, welche mit der gleichzeitigen Eintragung von anderen VOSTRA-Daten im Zusammenhang stehen, gelten die Eintragungsfristen nach Artikel 33–37.

2 Neue Erkenntnisse, welche nur eine Änderung von identifizierenden Angaben zur Person notwendig machen, sind umgehend einzutragen.

Art. 33 Zeitpunkt der Eintragung von Grundurteilen, von nachträglichen Entscheiden sowie von nachträglich erfassten Vollzugsdaten

1 Schweizerische Grundurteile und nachträgliche Entscheide sind innerhalb einer Woche nach Feststellung des Eintritts der Rechtskraft des Grundurteils oder nachträglichen Entscheides einzutragen. Ausgenommen davon sind Entscheide nach Artikel 44 Absatz 4, welche umgehend eingetragen werden.

2 Ausländische Grundurteile und nachträgliche Entscheide sind innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der Meldung einzutragen. Ausnahmsweise darf die Eintragung später erfolgen, wenn Rückfragen im Urteilsstaat nötig sind oder wenn aufgrund der grossen Zahl zeitgleich eingegangener Meldungen nicht genügend spezialisierte Übersetzer verfügbar sind.

3 Grundurteile und nachträgliche Entscheide, die bloss teilweise in Rechtskraft erwachsen sind, werden als Bestandteil des rechtskräftigen höherinstanzlichen Grundurteils oder nachträglichen Entscheides eingetragen; die Frist für die Eintragung richtet sich nach diesen höherinstanzlichen Entscheiden.

4 Die Übersetzung des genauen Inhalts eines Tätigkeitsverbotes sowie eines Kontakt- und Rayonverbotes in die von VOSTRA verwendeten Sprachen ist innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Grundurteils beim Übersetzer einzutragen. Bis dahin wird das Verbot in allen Sprachversionen jeweils in der Originalsprache abgebildet.

5 Elektronische Kopien nach Artikel 22 StReG werden gleichzeitig mit den strukturierten Daten erfasst, auf die sie sich beziehen. Elektronische Kopien von nachträglich begründeten Entscheiden nach Artikel 23 Absatz 3 sind innerhalb einer Woche nach ihrer Ausfertigung einzutragen.

6 Die Ruhezeiten nach Artikel 20 Absatz 2 StReG sind spätestens eine Woche nach dem Antritt der freiheitsentziehenden Sanktion und eine Woche nach dem Austritt aus der freiheitsentziehenden Sanktion einzutragen. Erhält die zuständige Behörde erst danach Kenntnis, dass ein Tätigkeits- oder Kontakt- und Rayonverbote nach StGB[22] oder MStG[23] ausgesprochen worden ist, so gilt die Wochenfrist ab Eingang der entsprechenden Systemmeldung (Art. 25 Abs. 1 Bst. f).

22 SR **311.0**
23 SR **321.0**

7 Die zur Berechnung der Dauer einer schweizerischen Landesverweisung benötigten Vollzugsdaten nach Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe a StReG, sind spätestens eine Woche nach Kenntnis des jeweiligen Ausreisegrundes einzutragen.

8 Die Gutheissung des Gesuchs für eine Berechnung der Entfernungsfrist nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe n zweiter Satzteil StReG wird umgehend eingetragen.

9 Setzt die Eintragung der in den Absätzen 1–8 erwähnten Daten eine Meldung an die eintragungspflichtige Behörde voraus, so hat diese Meldung umgehend zu erfolgen.

Art. 34 Zeitpunkt der Eintragung von hängigen Strafverfahren

1 Daten über hängige Strafverfahren sind innerhalb von drei Arbeitstagen nach der formellen Eröffnung der Untersuchung einzutragen.

2 Wird ein Strafbefehl ohne Untersuchung eröffnet, so hat die Eintragung des hängigen Strafverfahrens innerhalb von drei Arbeitstagen nach Ausfertigung des Strafbefehls zu erfolgen.

3 Die Eintragung erheblicher Änderungen nach Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe e StReG hat innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eintritt des Ereignisses zu erfolgen.

4 Die Verfahrensleitung kann die Eintragung eines hängigen Strafverfahrens zurückstellen, solange die Eintragung den Zweck des Strafverfahrens vereiteln würde.

Art. 35 Zeitpunkt der Eintragung von Systemdaten, Suchabfragen und von protokollierten Abfragen

1 Systemdaten nach Artikel 24 und 25 sowie Suchabfragen nach Artikel 31 werden im Zeitpunkt ihrer Entstehung automatisch in VOSTRA eingetragen.

2 Daten über protokollierte Abfragen nach Artikel 28 werden automatisch in VOSTRA protokolliert:

a. bei der Ersterfassung von Strafdaten durch Nutzerinnen und Nutzer, die für eine registerführende Behörde tätig sind:	beim erstmaligen Speichern eines vollständig erfassten Grundurteils, nachträglichen Entscheids oder hängigen Strafverfahrens;
b. bei der Auszugserstellung durch Nutzerinnen und Nutzer, die für eine registerführende Behörde tätig sind, auf schriftliches Gesuch einer anderen Behörde:	beim Generieren eines PDF-Auszugs;
c. bei der Online-Abfrage durch Nutzerinnen und Nutzer, die für eine nicht registerführende Behörde tätig sind:	bei der Anzeige der Strafdaten.

Art. 36 Zeitpunkt der Eintragung von Daten betreffend die Bestellung von ausländischen Strafregisterauszügen

Daten, welche die Online-Bestellung von Auszügen aus einem ausländischen Strafregister betreffen, werden wie folgt eingetragen:

a. vom Besteller erfasste Angaben nach Anhang 7 Ziffer 1–3:	im Moment der Erfassung des Ersuchens in VOSTRA;
b. von der registerführenden Stelle erfasste Angaben nach Anhang 7 Ziffer 4 und 5:	innerhalb von drei Arbeitstagen seit dem Vorliegen neuer Erkenntnisse;
c. Daten, welche den Bestell- und Verarbeitungsprozess automatisch dokumentieren nach Anhang 7 Ziffer 4 und 5:	unmittelbar nach Abschluss des jeweiligen Verarbeitungsschritts.

Art. 37 Zeitpunkt der Eintragung von Daten betreffend die Bestellung von Privat- und Sonderprivatauszügen

Daten, welche die Bestellung von Privatauszügen und Sonderprivatauszügen betreffen, werden unmittelbar nach Abschluss des jeweiligen Verarbeitungsschritts in der Hilfsdatenbank oder in VOSTRA eingetragen.

4. Abschnitt: Entfernung sowie Nichterscheinen von VOSTRA-Daten

Art. 38 Entfernung eines Grundurteils mit «keine Zusatzstrafe» als einziger Rechtsfolge
(Art. 30 StReG)

[1] Ist eine Fristberechnung nach Artikel 30 StReG nicht möglich, weil als einzige anknüpfbare Rechtsfolge «keine Zusatzstrafe» ausgesprochen wurde, gelten für die entsprechenden Grundurteile folgende Entfernungsfristen:

a. Für schweizerische Grundurteile gegen Erwachsene sowie für Auslandurteile gegen Erwachsene, welche durch einen schweizerischen Exequaturentscheid angepasst wurden, gilt eine Frist von 15 Jahren ab Rechtskraft;

b. Für Auslandurteile gegen Jugendliche, welche durch einen schweizerischen Exequaturentscheid angepasst wurden, gilt eine Frist von 8 Jahren ab Rechtskraft.

[2] Vorbehalten bleibt eine Fristverlängerung nach Artikel 30 Absatz 1 StReG durch andere Grundurteile, bei denen die Entfernungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Art. 39 Nichterscheinen eines Grundurteils mit «keine Zusatzstrafe» als einziger Rechtsfolge im Behördenauszug 2 und 3
(Art. 38 Abs. 3–5 StReG)

Ist eine Fristberechnung nach Artikel 38 StReG nicht möglich, weil als einzige anknüpfbare Rechtsfolge «keine Zusatzstrafe» ausgesprochen wurde, gelten für die entsprechenden Grundurteile folgende Fristen für das Nichterscheinen im Behördenauszug 2 und 3:

a. Für schweizerische Grundurteile gegen Erwachsene sowie für Auslandurteile gegen Erwachsene, welche durch einen schweizerischen Exequaturentscheid angepasst wurden, gilt eine Frist von 10 Jahren ab Rechtskraft;

b. Für Auslandurteile gegen Jugendliche, welche durch einen schweizerischen Exequaturentscheid angepasst wurden, gilt eine Frist von 5 Jahren ab Rechtskraft.

Art. 40 Relevante Daten für die Fristberechnung bei Zusatz-, Teilzusatz- und Gesamtstrafenurteilen
(Art. 30, 38 Abs. 3–5, 40 Abs. 3 und 42 Abs. 3 StReG)

Für die Berechnung der Fristen für die Entfernung und das Nichterscheinen von Zusatz-, Teilzusatz- und Gesamtstrafenurteilen sind ausschliesslich die im jeweiligen Zusatz-, Teilzusatz- oder Gesamtstrafenurteil ausgewiesenen Delikte und Sanktionen massgebend.

Art. 41 Entfernung der VOSTRA-Daten spätestens mit Vollendung des 100. Altersjahrs
(Art. 29 Abs. 1 StReG)

Vollendet eine verzeichnete Person das 100. Altersjahr und konnten ihre VOSTRA-Daten bis dahin nicht entfernt werden, so wird deren Ableben vermutet und ihre sämtlichen Daten werden automatisch aus VOSTRA entfernt.

Art. 42 Entfernung von Systemmeldungen, Suchabfragen und anderen Meldungen

1 Systemmeldungen nach Artikel 25 sowie Suchabfragen nach Artikel 31 werden zwei Wochen, nachdem die Meldung von der zuständigen Behörde als erledigt gekennzeichnet wurde, automatisch aus VOSTRA entfernt.

2 Absatz 1 gilt auch für Meldungen nach den Artikeln 56, 58 und 61, die in VOSTRA am gleichen Ort erscheinen wie die Systemmeldungen nach Artikel 25.

3 Die Daten nach Absatz 1 und 2 werden spätestens 1 Jahr nach ihrer Erstellung automatisch aus VOSTRA entfernt.

Art. 43 Bearbeitung von Gesuchen um Sonderberechnung der Entfernungsfrist (Art. 30 Abs. 2 Bst. n StReG)

[1] Zur Berechnung der Entfernungsfrist nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe n zweiter Satzteil StReG hat die betroffene Person folgende Unterlagen einzureichen:

a. ein Identitätsnachweis;

b. eine Bestätigung, dass die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts vor mehr als acht Jahren erfolgt ist.

[2] Wird das Gesuch um Berechnung der Entfernungsfrist nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe n zweiter Satzteil StReG bewilligt, vermerkt dies die registerführende Stelle nach Anhang 2 Ziffer 3.4.5.5 in VOSTRA. Die registerführende Stelle bewahrt die Gesuchsunterlagen nach Absatz 1 in einer separaten Datenbank auf.

[3] Der Vermerk nach Absatz 2 wird aus VOSTRA entfernt, sobald über die betroffene Person keine Strafdaten mehr in VOSTRA eingetragen sind. Wird die betroffene Person aus VOSTRA entfernt, vernichtet die registerführende Stelle auch die aufbewahrten Gesuchsunterlagen nach Absatz 1.

Art. 44 Ausserordentliche Bestimmung eines angemessenen und ausschliesslich fristenrelevanten Vollzugsende-Datums

[1] Die registerführende Stelle ist berechtigt, von Amtes wegen oder auf Gesuch der betroffenen Person, anstelle des tatsächlichen Vollzugsende-Datums, ein angemessenes Vollzugsende-Datum selber festzulegen und in VOSTRA zu erfassen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

a. die Eintragung des tatsächlichen Vollzugsendes in VOSTRA ist zur korrekten Steuerung der Berechnung der Fristen für die Entfernung oder das Nichterscheinen von Grundurteilen erforderlich;

b. das tatsächliche Vollzugsende ist nicht in VOSTRA erfasst;

c. es ist sehr unwahrscheinlich, dass das effektive Vollzugsende jemals in VOSTRA eingetragen wird,

   1. weil das tatsächliche Vollzugsende nicht in einem eintragungspflichtigen nachträglichen Entscheid verfügt wird, oder

   2. weil die zuständigen Behörden auf Anfrage nicht bereit sind, die registerführende Stelle über die eintragungsrelevanten Daten eines nachträglichen Entscheides, welcher das tatsächliche Vollzugsende belegen könnte, zu informieren; und

d. die betroffene Person befindet sich offensichtlich nicht mehr im Vollzug der betreffenden Sanktion;

[2] Das angemessene Vollzugsende-Datum nach Absatz 1 ist nur für die Fristenberechnung relevant und sagt nichts aus über die tatsächliche Vollzugsdauer der betreffenden Sanktion. Es wird unter Berücksichtigung der im konkreten Einzelfall vorliegenden Datenlage festgelegt.

3 Kann der Aufenthaltsort der betroffenen Person ermittelt werden, wird der Entscheid nach Absatz 1 in Form einer beschwerdefähigen Verfügung erlassen, welche der betroffenen Person eröffnet wird. Die Verfügung wird nach deren Rechtskraft nach Artikel 22 Absatz 4 analog einem nachträglichen Entscheid in VOSTRA eingetragen.

4 Kann der Aufenthaltsort der betroffenen Person nicht ermittelt werden, wird der Entscheid nach Absatz 1 nicht eröffnet. Der nicht rechtkräftige begründete Entscheid wird ebenfalls nach Artikel 22 Absatz 4 analog einem nachträglichen Entscheid in VOSTRA eingetragen. Die betroffene Person kann jedoch spätestens 30 Tage nach Kenntnis des entsprechenden Eintrages verlangen, dass ihr der Entscheid in Form einer beschwerdefähigen Verfügung nach Absatz 3 eröffnet wird.

5 Entscheide nach Absatz 1 werden wieder aus VOSTRA entfernt, sobald ein nachträglicher Entscheid eingetragen wird, der das tatsächliche Vollzugsende belegt.

6. Kapitel: Bekanntgabe von Daten aus VOSTRA

1. Abschnitt: Zugangsprofile und Auszugsarten im Bereich der Strafdatenverwaltung

Art. 45 Unterschiede zwischen gedrucktem Auszug und Online-Auszug (Art. 35 Abs. 2 StReG)

1 Die Unterschiede in der Struktur von in VOSTRA eingetragenen Daten der Strafdatenverwaltung zwischen gedrucktem Auszug und Online-Auszug sind aus den Spalten 3 und 4 der Anhänge 1-4 ersichtlich.

2 Auf jedem gedruckten Behördenauszug sind zudem folgende in den Anhängen 1-4 nicht erwähnte Angaben ersichtlich:

a. Bezeichnung des Auszugs;

b. Behörde, in deren Namen der Auszug erstellt worden ist;

c. Zweck der Ausstellung des Auszugs;

d. Nutzerin oder Nutzer, der oder die den Auszug erstellt hat, mit Nachname und Vornamen;

e. Datum und Uhrzeit der Ausstellung;

f. Seitenzahlen des Auszugs.

3 Auf jedem gedruckten Privat- oder Sonderprivatauszug sind folgende in den Anhängen 1-4 nicht erwähnte Angaben ersichtlich:

a. Bezeichnung des Auszugs;

b. Nachname, Vornamen und Adressangaben der Person, an welche der Auszug zugestellt werden soll;

c. Datum und Uhrzeit des Drucks des Auszugs;

d. Auszugsnummer;

e. Hinweis zur Berechnung der Fristen für das Nichterscheinen eines Grundurteils auf den Auszügen; dieser Hinweis fehlt, wenn keine Strafdaten im Auszug erscheinen;

f. Der Sonderprivatauszug enthält folgende aus der Bestätigung nach Artikel 55 Absatz 4 StReG übernommenen Angaben:
   1. Bezeichnung des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde,
   2. Nachname und Vorname des verantwortlichen Mitarbeiters,
   3. Kontaktdaten.

Art. 46 Besonderheiten bei gedruckten Auszügen, die keine Strafdaten enthalten
(Art. 35 Abs. 2 StReG)

1 Wenn die gesuchte Person unter dem verwendeten Abfrageprofil in VOSTRA nicht verzeichnet ist, enthält der gedruckte Auszug folgende Aussage in Bezug auf mögliche Strafdaten:

a. bei den Behördenauszügen und beim Privatauszug: die Angabe, dass die gesuchte Person im Strafregister nicht verzeichnet ist;

b. beim Sonderprivatauszug: die Angabe, dass kein Berufs-, Tätigkeits- oder Kontakt- und Rayonverbot zum Schutz von Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen und kein Tätigkeitsverbot im Gesundheitsbereich mit direktem Patientenkontakt im Strafregister eingetragen ist;

c. beim Privat- und Sonderprivatauszug: einen Hinweis auf die Validierungsmöglichkeit nach Artikel 49.

2 Bei einer unter dem verwendeten Abfrageprofil in VOSTRA nicht verzeichneten Person, die in der «Unique Personal Identifier Database (UPI) der ZAS verzeichnet ist, enthält der gedruckte Auszug folgende identifizierende Angaben zur Person:

a. beim Behördenauszug: die UPI-Hauptattribute nach Anhang 1 Ziffer 1.1, aber ohne AHV-Nummer;

b. beim Privat- oder Sonderprivatauszug: Nachname, Vornamen, Geburtsdatum, Nationalität und Schweizer Heimatorte nach Anhang 8 Ziffer 1.2–1.5 und 1.11.

3 Bei einer weder in VOSTRA noch in der UPI verzeichneten Person, enthält der gedruckte Auszug folgende identifizierende Angaben zur Person:

a. beim Behördenauszug:
   1. die für die VOSTRA-Suche verwendeten Angaben: bestehend aus Nachname, Vornamen und Geburtsdatum,
   2. ein Hinweis, ob die Abfrage noch andere Suchtreffer generiert hat oder nicht.

b. Beim Privat- oder Sonderprivatauszug: Nachname, Vornamen, Geburtsdatum, Nationalität und Schweizer Heimatorte nach Anhang 8 Ziffer 1.2–1.5 und 1.11.

Art. 47 Systemdaten, die über ein Zugangsprofil einsehbar sind (Art. 37 Abs. 2, Art. 38 Abs. 2, Art. 40 Abs. 2, Art. 42 Abs. 2 StReG)

Aus den Tabellen in Anhang 1-4 ist ersichtlich, in welche automatisch generierten Systemdaten nach Artikel 24 das jeweilige Zugangsprofil Einblick gewährt.

Art. 48 Privat- und Sonderprivatauszüge mit elektronischer Signatur

Auf Wunsch des Bestellers wird anstelle eines gedruckten Privat- oder Sonderprivatauszuges ein Auszug übermittelt, der mit einer geregelten elektronischen Signatur oder mit einem geregelten elektronischen Siegel nach dem Bundesgesetz vom 18. März 2016[24] über die elektronische Signatur versehen ist.

Art. 49 Validierung von Privat- und Sonderprivatauszügen, die keine Grundurteile enthalten

1 Jeder Empfänger eines gedruckten Privat- oder Sonderprivatauszuges, der keine Grundurteile enthält, kann unter Verwendung eines von der registerführenden Stelle zur Verfügung gestellten Webservices überprüfen, ob der Originalauszug tatsächlich ohne Grundurteile ausgefertigt worden ist.

2 Die registerführende Stelle bestimmt den Zeitpunkt, ab wann eine Validierung von veralteten Privat- oder Sonderprivatauszügen nicht mehr möglich ist.

2. Abschnitt: Zugang für Behörden

Art. 50 Präzisierung einzelner Zugangszwecke für kantonale Migrationsbehörden und für das Staatssekretariat für Migration (Art. 46 Bst. f Ziff. 2–3 und Bst. h sowie Art. 62 Abs. 2 StReG)

1 Die kantonalen Migrationsbehörden und das Staatssekretariat für Migration (SEM) dürfen die zum Vollzug des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16. Dezember 2005[25] einsehbaren VOSTRA-Daten in Anwendung von Artikel 46 Buchstabe f Ziffer 2 und Buchstabe h StReG zu folgenden Zwecken nutzen:

a. zur Prüfung der Bedingungen für die Einreise in die Schweiz und die Erteilung von Visa;

b. zur Prüfung der Erteilung, der Verlängerung und des Widerrufs von Kurzaufenthaltsbewilligungen, Aufenthaltsbewilligungen, Niederlassungsbewilligungen und Grenzgängerbewilligungen;

c. zur Prüfung der Bewilligungen, die der Zustimmung durch das SEM unterliegen;

24 SR **943.03**

25 SR **142.20**

d. für die Erteilung der Bewilligung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder zur Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm für Asylsuchende;

e. zur Prüfung der Verhängung oder Aufhebung eines Einreiseverbots in die Schweiz;

f. zur Prüfung der Verfügung oder Aufhebung einer vorläufigen Aufnahme;

g. zur Prüfung von Zwangsmassnahmen.

2 Das Staatssekretariat für Migration darf die zum Vollzug des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998[26] einsehbaren VOSTRA-Daten in Anwendung von Artikel 46 Buchstabe f Ziffer 3 StReG zu folgenden Zwecken nutzen:

a. zur Prüfung der Erteilung, des Widerrufs und des Erlöschens des Asyls oder der Flüchtlingseigenschaft;

b. zur Prüfung der Erteilung, des Widerrufs und des Erlöschens von vorübergehendem Schutz.

3 Die in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Zwecke gelten auch für Verarbeitung von Meldungen nach Artikel 62 Absatz 2 StReG.

Art. 51 Prüfung der Erhältlichkeit von Auszügen aus einem ausländischen Strafregister
(Art. 49 Abs. 2 StReG)

1 Online an VOSTRA angeschlossene Behörden können bei der Erfassung eines Gesuchs nach Artikel 49 Absatz 1 StReG prüfen, ob für ihren Behördentyp zum gewünschten Zweck aus dem gewünschten Land gemäss der bisherigen Praxiserfahrung

a. ausländische Strafregisterauszüge erhältlich sind;

b. noch nie ausländische Strafregisterauszüge angefordert worden sind, weshalb mit einer grösseren Zeitdauer für die Verarbeitung der Gesuche gerechnet werden muss;

c. keine ausländischen Strafregisterauszüge abgegeben werden.

2 Für Bestellungen nach Absatz 1 Buchstabe c besteht eine Wartefrist von 3 Jahren seit der letztmaligen Anfrage an das betroffene Land, in der kein neues Gesuch nach Artikel 49 Absatz 1 StReG erfasst werden kann.

3. Abschnitt: Zugang für Private

Art. 52 Bestellung von Privat- und Sonderprivatauszügen
(Art. 54 und 55 StReG)

1 Privat- und Sonderprivatauszüge sind in einem Online-Bestellverfahren direkt bei der registerführenden Stelle oder am Kundenschalter eines ausgewählten, schweizweit tätigen Drittanbieters bestellbar.

26 SR **142.31**

2 Der Identitätsnachweis nach Artikel 54 Absatz 3 StReG ist mittels eines der folgenden amtlichen Ausweise zu erbringen: Pass, Identitätskarte oder Ausländerausweis. Im Online-Bestellverfahren wird auch eine anerkannte elektronische Identität (E-ID) oder eine Ausweiskopie akzeptiert.

3 Verfügt eine Person nicht über die nötigen Dokumente nach Absatz 2, so kann sie dennoch einen Privat- oder Sonderprivatauszug online bestellen, wenn die zuständige Migrationsbehörde auf dem einzureichenden Bestellformular bestätigt:

a. dass der Auszug zur Informationsvermittlung an eine Behörde nötig ist;

b. dass die auf dem Bestellformular angegebenen identifizierenden Angaben zur Person aus dem Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) stammen;

c. dass die angegebene ZEMIS-Nummer der betroffenen Person gehört.

4 Bei der Bestellung über eine Drittperson dürfen die Dokumente, welche die Vertretungsbefugnis nach Artikel 54 Absatz 3 StReG belegen, nicht älter als 6 Monate sein.

Art. 53 Inhalt, Gültigkeitsdauer und Kontrolle der Bestätigung nach Artikel 55 Absatz 4 StReG
(Art. 55 Abs. 4 StReG)

1 Die Bestätigung des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde nach Artikel 55 Absatz 4 StReG, der oder die den Sonderprivatauszug von der Privatperson verlangt, hat vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 folgende Daten zu enthalten:

a. Bezeichnung und Adresse des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde;

b. Nachname, Vornamen, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Unterschrift einer für die Anstellung mitverantwortlichen Person des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde;

c. Datum der Bestätigung;

d. Nachname, Vorname und Geburtsdatum der Privatperson;

e. Beschreibung der Tätigkeit der Privatperson, für die ein Sonderprivatauszug nach Artikel 55 Absätze 1 oder 1bis StReG verlangt wird.

2 Die Bestätigung ist nach deren Ausstellung drei Monate gültig.

3 Die registerführende Stelle überprüft die Bestätigungen stichprobenweise auf deren inhaltliche Korrektheit.

Art. 54 Gebühren für Privat- und Sonderprivatauszüge
(Art. 56 Abs. 2 StReG)

1 Die Gebühr für die Ausstellung eines Privat- oder Sonderprivatauszuges beträgt 17 Franken.

2 Werden über die gleiche Person mehrere Auszüge verlangt, so wird für jeden Auszug eine Gebühr von 17 Franken erhoben.

3 Für folgende Dienstleistungen wird die Gebühr nach Absatz 1 und 2 erhöht:

a. für den Versand per Einschreiben: um 5 Franken pro Sendung;

b. für den Versand mit Kurier ins Ausland: um 50 Franken pro Sendung.

c. für die Beglaubigung von Auszügen durch die Bundeskanzlei: um den nach Artikel 18 der Verordnung vom 10. September 1969[27] über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren festgelegten Betrag pro Auszug.

4 Entrichtete Gebühren werden nicht zurückerstattet.

5 In den Gebühren nach Absatz 1-3 sind alle anderen Auslagen eingeschlossen, namentlich die Kosten für beigezogene Dritte, die Leistungen im Zahlungsverkehr, beim Inkasso sowie im Bereich der Übermittlung, der Kommunikation und der Abwicklung des Bestellwesens erbringen.

6 Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004[28].

4. Abschnitt: Automatische Weiterleitung von Daten aus VOSTRA an Behörden

Art. 55 Vollzugsdetails der Meldung an die Gruppe Verteidigung (Art. 59 StReG)

1 Das Personalinformationssystem der Armee und des Zivilschutzes (PISA) meldet an VOSTRA über eine elektronische Schnittstelle eine täglich aktualisierte Liste der AHV-Nummern aller Stellungspflichtigen, Angehörigen der Armee sowie Schutzdienstpflichtigen.

2 Basierend auf der Liste nach Absatz 1 meldet VOSTRA täglich folgende Daten von neuen oder mutierten Grundurteilen sowie nachträglichen Entscheiden und hängigen Strafverfahren über die Schnittstelle nach Absatz 1 in strukturierter Form an PISA zurück, sofern die gemeldeten Objekte für die Erfüllung der Meldepflicht nach Artikel 59 Absatz 1 StReG relevant sind:

a. bei meldepflichtigen Grundurteilen: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren Daten nach Anhang 2, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 2 Ziffer 1.9) und der elektronischen Kopien von ausländischen Meldeformularen (Anhang 2 Ziffer 4.2);

b. bei meldepflichtigen nachträglichen Entscheiden: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren Daten nach Anhang 3, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 3 Ziffer 1.6) und der elektronischen Kopien von ausländischen Meldeformularen (Anhang 3 Ziffer 1.7.2);

c. bei meldepflichtigen hängigen Strafverfahren: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren Daten nach Anhang 4, mit Ausnahme der in der Rubrik Info

27 SR **172.041.0**
28 SR **172.041.1**

gespeicherten Daten (Anhang 4 Ziffer 1.4) und den Hinweisen an die Verfahrensleitung (Anhang 4 Ziffer 3).

3 Die betroffene Person wird in der Meldung nach Absatz 2 nur mit ihrer AHV-Nummer identifiziert.

Art. 56 Vollzugsdetails der Meldung an die Strassenverkehrsbehörden (Art. 60 StReG)

1 Die registerführende Stelle wird durch VOSTRA täglich über schweizerische Grundurteile informiert, bei denen ein Fahrverbot im Sinne von Artikel 67*e* StGB[29] oder Artikel 50*e* MStG[30] neu erfasst oder mutiert worden ist.

2 Die Meldung nach Absatz 1 erscheint in VOSTRA am gleichen Ort wie die Systemmeldungen nach Artikel 25.

3 Die Meldung besteht aus folgenden Daten:

a. diejenigen nach Anhang 5 Ziffer 1;

b. sämtliche in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 3 sichtbaren Daten des Grundurteils, welches das Fahrverbot enthält (Anhang 2), mit Ausnahme des Datums des Nichterscheinens (Anhang 2 Ziff. 5.3) und der elektronischen Kopie des ausländischen Meldeformulars (Anhang 2 Ziff. 4.2.1).

4 Die registerführende Stelle leitet die Meldung umgehend manuell an die zuständigen Strassenverkehrsbehörden des Wohnsitzkantons derjenigen Person weiter, die mit dem Fahrverbot belegt ist.

5 Verfügt die betroffene Person über keinen Wohnsitz in der Schweiz, so erfolgt die Meldung an folgende Stellen:

a. bei urteilenden zivilen Strafbehörden: an die Strassenverkehrsbehörden des Kantons, in dem die urteilende Behörde ihren Sitz hat;

b. bei urteilenden Militärjustizbehörden: an die Strassenverkehrsbehörde des Kantons, in dem die Koordinationsstelle der Militärjustiz ihren Sitz hat.

Art. 57 Vollzugsdetails der Meldung von Einziehungen (Art. 61 StReG)

1 Die registerführende Stelle wird über neu eingetragene Urteile, die eine Einziehung enthalten, durch die in Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe i vorgesehene Systemmeldung informiert.

2 Die relevanten Urteilskopien werden umgehend manuell an die für die Teilung eingezogener Vermögenswerte zuständige Stelle weitergeleitet.

29 SR **311**
30 SR **321.0**

Art. 58 Vollzugsdetails der Meldung an die kantonalen Ausländerbehörden (Art. 62 Abs. 1 StReG)

1 Die registerführende Stelle wird durch VOSTRA täglich über neu in VOSTRA erfasste schweizerische Grundurteile und hängige Strafverfahren informiert, sofern die betroffenen Ausländerinnen oder Ausländer mit einem Schweizer Wohnsitz in VOSTRA eingetragen sind.

2 Die Meldung nach Absatz 1 erscheint in VOSTRA am gleichen Ort wie die Systemmeldungen nach Artikel 25.

3 Die Meldung im PDF-Format besteht aus folgenden Daten:

a. diejenigen nach Anhang 5 Ziffer 1;

b. die AHV-Nummer;

c. sämtliche in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 2 sichtbaren Daten des Grundurteils (Anhang 2), mit Ausnahme des Datums des Nichterscheinens (Anhang 2 Ziff. 5.2);

d. sämtliche in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 2 sichtbaren Daten des hängigen Strafverfahrens (Anhang 4).

4 Die registerführende Stelle leitet die Meldung umgehend manuell an die kantonale Ausländerbehörde des Wohnsitzkantons weiter.

Art. 59 Vollzugsdetails der Meldung an das SEM (Art. 62 Abs. 1bis StReG)

VOSTRA meldet dem SEM über eine elektronische Schnittstelle zum ZEMIS täglich in strukturierter Form folgende Daten, die Ausländerinnen und Ausländer betreffen:

a. bei neu erfassten oder mutierten schweizerischen Grundurteilen nach Artikel 62 Absatz 1bis Buchstabe a und f StReG: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren Daten des Grundurteils nach Anhang 2, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 2 Ziffer 1.9) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4);

b. bei neu erfassten oder mutierten hängigen Strafverfahren nach Artikel 62 Absatz 1bis Buchstabe b und f StReG: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren Daten des hängigen Strafverfahrens nach Anhang 4, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 4 Ziff. 1.4) und der Hinweise an die Verfahrensleitung (Anhang 4 Ziff. 3);

c. bei neu erfassten oder mutierten Vollzugsdaten zur Landesverweisung nach Artikel 62 Absatz 1bis Buchstabe c und f StReG: die Angaben nach Anhang 2 Ziffer 3.4.5.2 und 3.4.5.3;

d. bei neu erfassten oder mutierten nachträglichen Entscheiden zur Landesverweisung nach Artikel 62 Absatz 1bis Buchstabe d, e und f StReG: die im Behördenauszug 2 online sichtbaren allgemeinen Angaben nach Anhang 3 Ziffer 1.1–1.5;

e. bei den identifizierenden Angaben zur Person, welche zu den in Buchstaben a-d erwähnten Daten gehören: die AHV-Nummer nach Anhang 1 Ziffer 1.1.1.

Art. 60 Vollzugsdetails der Meldung an die kantonalen Waffenbehörden (Art. 63 StReG)

[1] Das harmonisierte Informationssystem über den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen nach Artikel 32*a* Absatz 3 des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997[31] meldet an VOSTRA über eine elektronische Schnittstelle eine täglich aktualisierte Liste mit den AHV-Nummern derjenigen Personen, die in diesem Informationssystem mit ihrer AHV-Nummer erfasst sind, unter Angabe derjenigen Kantone, deren Waffenbehörden Daten über die gelisteten Personen bearbeiten.

[2] VOSTRA meldet über elektronische Schnittstellen zu den Informationssystemen über den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen nach Artikel 32*a* Absatz 2 des Waffengesetzes täglich folgende Daten von neuen oder mutierten Grundurteilen sowie hängigen Strafverfahren, welche Personen betreffen, die in der Liste nach Absatz 1 geführt werden, an die zuständigen kantonalen Waffenbehörden:

a. bei meldepflichtigen Grundurteilen:
   1. in strukturierter Form die im Behördenauszug 1 online sichtbaren Daten des Grundurteils nach Anhang 2, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 2 Ziffer 1.9), der Ruhezeiten (Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.3) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4),
   2. im PDF-Format die in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbaren Daten des Grundurteils nach Anhang 2, mit Ausnahme des Entfernungsdatums (Anhang 2 Ziff. 5.1) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4);
b. bei meldepflichtigen hängigen Strafverfahren:
   1. in strukturierter Form die im Behördenauszug 4 online sichtbaren Daten des hängigen Strafverfahrens nach Anhang 4, mit Ausnahme der in der Rubrik Info gespeicherten Daten (Anhang 4 Ziff. 1.4) und der Hinweise an die Verfahrensleitung (Anhang 4 Ziff. 3),
   2. im PDF-Format die in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 4 sichtbaren Daten des hängigen Strafverfahrens nach Anhang 4;
c. bei meldepflichtigen identifizierenden Angaben zur Person, welche zu den in Buchstaben a und b erwähnten Daten gehören:
   1. in strukturierter Form die im Behördenauszug 4 online sichtbare-AHV-Nummer nach Anhang 1 Ziffer 1.1.1,
   2. im PDF-Format die in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 4 sichtbaren Daten nach Anhang 1, mit Ausnahme der Bearbeitungsvermerke (Anhang 1 Ziff. 2), aber einschliesslich der AHV-Nummer (Anhang 1 Ziff. 1.1.1).

[31] SR **514.54**

Art. 61 Vollzugsdetails der Meldung an den Heimatstaat (Art. 64 StReG)

1 Die registerführende Stelle wird durch VOSTRA täglich über schweizerische Grundurteile und nachträgliche Entscheide informiert, sofern sie zwei Wochen zuvor in VOSTRA erstmals erfasst worden sind und Ausländerinnen oder Ausländer betreffen. Es wird für jedes erfasste Objekt eine eigene Meldung erstellt.

2 Alle jeweils am gleichen Tag aufbereiteten Meldungen nach Absatz 1 erscheinen in VOSTRA in einer Sammeldatei im PDF-Format, sortiert nach Zielstaaten, am gleichen Ort wie die Systemmeldungen nach Artikel 25.

3 Die Meldung besteht aus folgenden Daten:

a. die Daten nach Anhang 5 Ziffer 1;

b. bei meldepflichtigen Grundurteilen: sämtliche in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbaren Daten des Grundurteils nach Anhang 2, mit Ausnahme des Entfernungsdatums (Anhang 2 Ziff. 5.1), der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4.1) sowie der nach Artikel 64 Absatz 2 StReG nicht meldepflichtigen Delikte;

c. bei meldepflichtigen nachträglichen Entscheiden:

   1. sämtliche in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbaren Daten des nachträglichen Entscheides nach Anhang 3, mit Ausnahme der elektronischen Kopien (Anhang 3 Ziff. 1.7.1),

   2. sämtliche Daten des Grundurteils nach Buchstabe b, auf das sich der neue nachträgliche Entscheid bezieht,

   3. sämtliche Daten der anderen nachträglichen Entscheide nach Ziffer 1, die im Kontext des Grundurteils nach Ziffer 2 bereits in VOSTRA erfasst sind.

3 Die zuständige Behörde des Heimatstaats kann wählen, ob die Meldung in den Korrespondenzsprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch erstellt werden soll.

4 Die registerführende Stelle leitet die Meldung mindestens monatlich manuell an die zuständige Behörde des Heimatstaats weiter.

7. Kapitel: Automatische Weiterleitung von Daten an VOSTRA

Art. 62 Regelungsdetails bei Todesfallmeldungen vom Personenstandsregister (Art. 66 StReG)

1 Die Meldung der im Personenstandsregister vermerkten Todesfälle an VOSTRA erfolgt über die bestehende Schnittstelle zwischen der UPI und VOSTRA.

2 Nach der automatischen Registrierung des Todesfall-Datums in VOSTRA wird das gesamte Dossier der betroffenen Person vollautomatisch aus VOSTRA entfernt.

8. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 63 Aufhebung und Änderung anderer Erlasse

Die Aufhebung und die Änderung anderer Erlasse werden in Anhang 10 geregelt.

Art. 64 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am … Januar 2023 in Kraft.

… Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: …
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

Anhang 1
(Art. 15, 24 Bst. a, 45 Abs. 1 und 47)

Datensätze und Datenfelder von eintragungspflichtigen identifizierenden Angaben zur Person, die in einem Zugangsprofil (in dem Strafdaten gespeichert sind) sichtbar sind

B1 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 1 ersichtlich
B1-B4 = aufgeführte Datenfelder sind in den Behördenauszügen 1, 2, 3 und 4 ersichtlich
PA = aufgeführte Datenfelder sind im Privatauszug ersichtlich
SPA = aufgeführte Datenfelder sind im Sonderprivatauszug ersichtlich
alle Auszüge = aufgeführte Datenfelder sind auf allen Auszügen (B1-B4 sowie Privat- und Sonderprivatauszug) ersichtlich
nicht auszugsrelevant = entsprechende Datenfelder werden im gedruckten Auszug nicht abgebildet.
X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Identifizierende Angaben zur Person (Art. 15)	Diese Datenfelder sind automatisch (aus anderen Daten) generierte **Systemdaten** (Art. 24 Bst. a)	Diese Datenfelder erscheinen in der **Online-Ansicht** folgender Behördenauszüge (Art. 45 Abs. 1)	Diese Datenfelder erscheinen in der **PDF-Ansicht** folgender (gedruckter) Auszüge (Art. 45 Abs. 1)
1. **Hauptidentität (HI)** (einmal vergebene Identität, mit der die Person hauptsächlich identifiziert wird)			
1.1 Hauptattribute (enthalten die Attribute, welche auch in der UPI geführt werden)			
1.1.1 AHV-Nummer oder Status des Zuteilungsprozesses: Zuteilung beantragt, Zuteilung abgelehnt	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.1.2 Nachname	—	B1-B4	alle Auszüge
1.1.3 Vornamen	—	B1-B4	alle Auszüge
1.1.4 Geburtsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge

1.1.5 Geschlecht	—	B1-B4	B1-B4
1.1.6 (Haupt-)Nationalität	—	B1-B4	alle Auszüge (bei PA und SPA wird Angabe aus Bestellung übernommen)
1.1.7 Weitere Nationalität	—	B1-B4	B1-B4
1.1.8 Ledigname	—	B1-B4	B1-B4
1.1.9 Geburtsland	—	B1-B4	B1-B4
1.1.10 Geburtsort	—	B1-B4	B1-B4
1.1.11 Nachname der Mutter	—	B1-B4	B1-B4
1.1.12 Vornamen der Mutter	—	B1-B4	B1-B4
1.1.13 Nachname des Vaters	—	B1-B4	B1-B4
1.1.14 Vornamen des Vaters	—	B1-B4	B1-B4
1.2. Zusatzattribute			
1.2.1 Nur bei Schweizern: Heimatorte	—	B1-B4	alle Auszüge
1.2.2 Land, in dem die Person ihren Wohnsitz hat	—	B1-B4	B1-B4
1.2.3 Ort, in dem die Person ihren Wohnsitz hat	—	B1-B4	B1-B4
1.2.4 Zusätzliche Nationalitäten	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.2.5 Nur bei Ausländern: Ausländerkategorie	—	B1-B4	B1-B4
1.3. Herkunftsnachweise (Angabe, aus welcher Quelle die wichtigsten Attribute der HI stammen)			
1.3.1 Manuelle Herkunftsnachweise	—	B1-B4	B1-B4
1.3.2 Automatische Herkunftsnachweise	X	B1-B4	B1-B4
1.4. Info			

1.4.1 Dossier-ID sowie migrierte PSN-Nummer, welche im alten VOSTRA vor Inkraftsetzung des StReG zugewiesen war	X	B1-B4	Dossier-ID: B1-B4 PSN-Nummer: nicht auszugsrelevant
1.4.2 Systemnummer der HI sowie migrierte PSS-Nummer der HI, welche im alten VOSTRA vor Inkraftsetzung des StReG zugewiesen war	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.3 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern einer HI):			
1.4.3.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.3.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.4 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes einer HI):			
1.4.4.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.4.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.5 Ersterfassende Behörde mit Behördenbezeichnung	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.4.6 Voraussichtliches Entfernungsdatum B1 (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.1) mit Datum oder mit Angabe, dass Berechnung zurzeit nicht möglich ist oder mit Angabe, dass Eintrag entfernt wird, sobald Person als verstorben gilt	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.1 gesteuert)
1.4.7 Weitere Daten aus der Fristenberechnung (zur besseren Nachvollziehbarkeit einzelner Berechnungsschritte) Auflistung aller Grundurteile (GU) mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen sowie folgenden Angaben			

1.4.7.1 Voraussichtliche Daten des Nichterscheinens mit Datum oder Angabe, dass Berechnung zurzeit nicht möglich ist oder mit Angabe, dass Eintrag nicht mehr erscheint, sobald Person als verstorben gilt			
1.4.7.1.1 Datum des Nichterscheinens im B1, falls nur dieses eine GU vorhanden wäre («Zwischenfrist B1» genannt)	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.1.2 Datum des Nichterscheinens im B2 (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.2)	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.2 gesteuert)
1.4.7.1.3 Datum des Nichterscheinens im B3 (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.3)	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.3 gesteuert)
1.4.7.1.4 Datum des Nichterscheinens im B4 (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.4)	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.4 gesteuert)
1.4.7.1.5 Datum des Nichterscheinens im PA (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.5)	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.5 gesteuert)
1.4.7.1.6 Ev. Datum des Nichterscheinens im SPA (identisch mit Angabe nach Anhang 2 Ziff. 5.6)	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 5.6 gesteuert)
1.4.7.2 Angabe, mit welcher Hauptfristenregel das Datum des Nichterscheinens nach Ziff. 1.4.7.1 berechnet worden ist mit Hinweis auf Fragelogik gemäss Produktkonzept			
1.4.7.2.1 Für die Berechnung des Behördenauszugs 1	X	B1	nicht auszugsrelevant

1.4.7.2.2 Für die Berechnung des Behördenauszug 2	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.2.3 Für die Berechnung des Behördenauszug 3	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.2.4 Für die Berechnung des Behördenauszug 4	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.2.5 Für die Berechnung des Privatauszugs	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.2.6 Für die Berechnung des Sonderprivatauszugs, falls möglich	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.3 Auflistung aller in diesem GU oder den dazugehörigen NEN angeordneten Tätigkeits- sowie Kontakt- und Rayonverbote jeweils mit Bezeichnung des Verbots und folgenden Angaben			
1.4.7.3.1 Berechnungsrelevanter Beginn des Verbots mit «wirksam ab»-Datum nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.2 oder mit berechnungsrelevantem Neubeginn nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.4	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.2 und 3.4.4.2.4 gesteuert)
1.4.7.3.2 Für dieses Verbot relevante Ruhezeiten nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.3 mit Datum des Antritts des Vollzugs und Datum des Austritts aus dem Vollzug (falls vorhanden)	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.4.7.3.3 Voraussichtliches Enddatum des Verbots nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.5 mit Datum, an dem Verbot, unter Berücksichtigung sämtlicher vorhandener Angaben, nicht mehr gültig ist	X	B1	als HI-Information nicht auszugsrelevant (wird beim Grundurteil nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4.2.5 gesteuert)
2. **Bearbeitungsvermerke zur Identifizierung von Personen (BV)** (weisen auf mögliche Verwechslungsgefahren mit anderen Personen hin)			
2.1 Standardvermerk	—	B1-B4	B1-B4
2.2 Freitext-Zusatzvermerk	—	B1-B4	B1-B4
2.3. Info			
2.3.1 Systemnummer des BV	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant

2.3.2 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern eines BV):			
2.3.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.3.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.3.3 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes eines BV):			
2.3.3.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.3.3.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.3.4 Ersterfassende Behörde mit Behördenbezeichnung	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3. **Ehemalige Identitäten (EI)** (Identität, mit der die Person früher einmal identifiziert werden konnte)			
3.1 EI-Personenattribute			
3.1.1 Nachname	—	B1-B4	B1-B4
3.1.2 Vornamen	—	B1-B4	B1-B4
3.1.3 Geburtsdatum	—	B1-B4	B1-B4
3.1.4 Geschlecht	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.5. (Haupt-)Nationalität	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.6 Weitere Nationalität	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.7 Ledigname	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.8 Geburtsland	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant

3.1.9 Geburtsort	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.10 Nachname der Mutter	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.11 Vornamen der Mutter	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.12 Nachname des Vaters	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.1.13 Vornamen des Vaters	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.2. Herkunftsnachweise (Angabe, aus welcher Quelle die wichtigsten Attribute der EI stammen)			
3.2.1 Manuelle Herkunftsnachweise	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.2.2 Automatische Herkunftsnachweise	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.3. Info			
3.3.1 Systemnummer der EI sowie migrierte PSS-Nummer der EI, welche im alten VOSTRA vor Inkraftsetzung des StReG zugewiesen war	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.3.2 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern einer EI):			
3.3.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.3.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.3.3 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes einer EI):			
3.3.3.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.3.3.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant

3.3.4 Ersterfassende Behörde mit Behördenbezeichnung	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4. **Nebenidentitäten (NI)** (abweichende Identitäten, welche nicht den anderen Identitätsarten nach Ziff. 1, 3 und 5 zugeordnet werden können)			
4.1 NI-Personenattribute			
4.1.1 Nachname	—	B1-B4	B1-B4
4.1.2 Vornamen	—	B1-B4	B1-B4
4.1.3 Geburtsdatum	—	B1-B4	B1-B4
4.1.4 Geschlecht	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.5 (Haupt-)Nationalität	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.6 Weitere Nationalität	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.7 Ledigname	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.8 Geburtsland	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.9 Geburtsort	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.10 Nachname der Mutter	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.11 Vornamen der Mutter	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.12 Nachname des Vaters	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.1.13 Vornamen des Vaters	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.2. Herkunftsnachweise (Angabe, aus welcher Quelle die wichtigsten Attribute der NI stammen)			
4.2.1 Manuelle Herkunftsnachweise	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.2.2 Automatische Herkunftsnachweise	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3. Info			

4.3.1 Systemnummer der NI sowie migrierte PSS-Nummer der NI, welche im alten VOSTRA vor Inkraftsetzung des StReG zugewiesen war	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3.2 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern einer NI)			
4.3.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3.3 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes einer NI)			
4.3.3.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3.3.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4.3.4 Ersterfassende Behörde mit Behördenbezeichnung	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5. **Falschpersonalien (FP)** (Unechte Identität, welche die Person missbräuchlich verwendet hat)			
5.1 FP-Personenattribute			
5.1.1 Nachname	—	B1-B4	B1-B4
5.1.2 Vornamen	—	B1-B4	B1-B4
5.1.3 Geburtsdatum	—	B1-B4	B1-B4
5.2. Herkunftsnachweise (Angabe, aus welcher Quelle die wichtigsten Attribute der FP stammen)			
5.2.1 Manuelle Herkunftsnachweise	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.2.2 Automatische Herkunftsnachweise	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant

5.3. Info			
5.3.1 Systemnummer der FP sowie migrierte PSS-Nummer der FP, welche im alten VOSTRA vor Inkraftsetzung des StReG zugewiesen war	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.3.2 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern einer FP):			
5.3.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.3.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.3.3 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes einer FP)			
5.3.3.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.3.3.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer oder System-Kürzel, welches automatische Bearbeitung ausgelöst hat	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5.3.4 Ersterfassende Behörde mit Behördenbezeichnung	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
6. Prozesskontrollnummern (PCN) (wird zur Kennzeichnung erkennungsdienstlicher Daten verwendet, sofern ein Grundurteil oder ein hängiges Strafverfahren in VOSTRA erfasst wird)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant

Anhang 2
(Art. 21, 24 Bst. b, 45 Abs. 1 und 47)

Datensätze und Datenfelder von eintragungspflichtigen Grundurteilen, die in einem Zugangsprofil sichtbar sind (ohne identifizierende Angaben zur Person)

B1 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 1 ersichtlich
B2 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 2 ersichtlich
B3 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 3 ersichtlich
B4 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 4 ersichtlich
B1-B4 = aufgeführte Datenfelder sind in den Behördenauszügen 1, 2, 3 und 4 ersichtlich
PA = aufgeführte Datenfelder sind im Privatauszug ersichtlich
SPA = aufgeführte Datenfelder sind im Sonderprivatauszug ersichtlich
alle Auszüge = aufgeführte Datenfelder sind auf allen Auszügen (B1-B4 sowie Privat- und Sonderprivatauszug) ersichtlich
nicht auszugsrelevant = entsprechende Datenfelder werden im gedruckten Auszug nicht abgebildet.
X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Daten von Grundurteilen (GU)	Diese Datenfelder sind automatisch (aus anderen Daten) generierte **Systemdaten** (Art. 24 Bst. b)	Diese Datenfelder erscheinen in der **Online-Ansicht** folgender Behördenauszüge (Art. 45 Abs. 1)	Diese Datenfelder erscheinen in der **PDF-Ansicht** folgender (gedruckter) Auszüge (Art. 45 Abs. 1)
1. **Allgemeine Angaben**			
1.1 Urteilsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge
1.2 Urteilende Behörde	—	B1-B4	alle Auszüge
1.3 Aktenzeichen (das von der urteilenden Behörde für das GU verwendet wird)	—	B1-B4	alle Auszüge
1.4 Eröffnungsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge

1.5 Rechtskraftdatum	—	B1-B4	alle Auszüge
1.6 Bei Militärurteilen: Angabe des Vollzugskantons mit Kantonskürzel	—	B1-B4	alle Auszüge
1.7 Angabe, dass „keine besondere Verfahrensart“ vorliegt (falls kein Fall von Ziff. 1.8)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.8 Bei Revision und bei Neubeurteilung, Wiederaufnahme oder Wiedereinsetzung nach Abwesenheitsverfahren:			
1.8.1 Angabe, ob Revision	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.8.2 Angabe, ob Neubeurteilung, Wiederaufnahme oder Wiedereinsetzung nach Abwesenheitsverfahren	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.8.3 Angaben zum aufgehobenen Grundurteil mit Urteilsdatum, urteilende Behörde, Eröffnungsdatum und Rechtskraftdatum	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.9 Info			
1.9.1 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern der strukturierten Daten bei einem Grundurteil)			
1.9.1.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.9.1.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.9.2 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes bei einem Grundurteil)			
1.9.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.9.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.10 Angabe, ob ein Urteil, welches die Selektionskriterien nach Art. 25 Abs. 1 Bst. m und n erfüllt, für das Erscheinen im Behördenauszug 4 oder im Privatauszug relevant ist oder nicht	—	— (nur für registerführende Stelle einsehbar)	nicht auszugsrelevant
2. **Angaben zum Tatbestand**			
2.1 Angaben zum Ausgangstatbestand (diese beziehen sich auf die einzelnen Delikte, wie sie sich zum Beispiel aus dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuches ableiten lassen)			

2.1.1 Kurzreferenzierung (= in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die rechtliche Referenzierung nach Ziff. 2.1.2 Bezug nimmt und der schnelleren Datenerfassung dient)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.1.2 Rechtliche Referenzierung (= Angabe der genauen Fundstelle im Erlass)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.1.3 Bezeichnung (= sprachliche Umschreibung der Tathandlung des Ausgangstatbestandes)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.1.4 Gültigkeitsdauer der rechtlichen Referenzierung (zur Kennzeichnung der Fassung des Artikels und Erlasses, auf die Bezug genommen wird) mit Anfangs- und Enddatum (sofern vorhanden)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.1.5 Mögliche Daten bei Auslandurteilen (anstelle der Angaben gem. Ziff. 2.1.2–2.1.4 und Ziff. 2.2)			
2.1.5.1 Vermerk „ Widerhandlung gegen ausländische Gesetzesbestimmung“ bzw. „Widerhandlungen gegen ausländische Gesetzesbestimmungen“ mit Verweis auf die elektronische Kopie des ausländischen Meldeformulars (Ziff. 4.2)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.1.5.2 Angabe der CH-Referenzkategorie nach Art. 19 Abs. 3-5 (bei allen seit Inkrafttreten des StReG erfassten GU)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.2 Angaben zu Kombinationsmöglichkeiten (ausser bei Angaben nach Ziff. 2.1.5.1) (diese beziehen sich auf einzelne Tatbestandsvarianten, die jeweils bei sehr vielen Delikten vorkommen können, wie zum Beispiel Versuch, Gehilfenschaft, mehrfache Begehung)			
2.2.1 Kurzreferenzierung (in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die rechtliche Referenzierung nach Ziff. 2.2.2 oder auf die Bezeichnung nach Ziff. 2.2.3 Bezug nimmt und der schnelleren Datenerfassung dient)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2.2.2 Rechtliche Referenzierung (= Angabe der genauen Fundstelle im Erlass, falls vorhanden)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.2.3 Bezeichnung (= sprachliche Umschreibung der Tathandlung dieser Tatbestandsvariante)	—	B1-B4	alle Auszüge
2.2.4 Gültigkeitsdauer der rechtlichen Referenzierung (zur Kennzeichnung der Fassung des Artikels und Erlasses, auf den Bezug genommen wird) mit Anfangs- und Enddatum (sofern vorhanden)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant

2.3 Begehungszeiten mit Datum oder Zeitraum	—	B1-B4	alle Auszüge
2.4 Angaben zum Alkoholisierungsgrad (bei allen Strassenverkehrsdelikten, die das Fahren in alkoholisiertem Zustand unter Strafe stellen) mit Angabe in Promille oder Milligramm	—	B1-B4	B1-B4
3. **Angaben zu den Sanktionen**			
3.1 Allgemeine Angaben, die bei allen Sanktionen vorkommen			
3.1.1 Bezeichnung bzw. Art der Sanktion (= sprachliche Umschreibung dieser Sanktion; bei Massnahmen ist die rechtliche Referenzierung Teil der Bezeichnung)	—	B1-B4	alle Auszüge
3.1.2 Kurzbezeichnung (in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die Bezeichnung nach Ziff. 3.1.1 Bezug nimmt)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.2 Als Sanktion nach Ziff. 3.1 werden auch die in VOSTRA zu erfassenden Fälle des expliziten Verzichts auf eine Sanktion geführt			
3.2.1 Angabe, ob „Schuldspruch mit Absehen von Strafe“ mit rechtlicher Referenzierung des Grundes für das Absehen von Strafe	—	B1-B4	alle Auszüge
3.2.2 Angabe, ob „Keine Zusatzstrafe“ (vgl. zur Zusatzstrafe Ziff. 3.6.1)	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3 Zusätzliche Angaben, die bei Strafen vorkommen können			
3.3.1 Gesamthöhe der Strafe bemessen nach Zeit mit lebenslänglich oder Anzahl Jahre, Monate, Tage oder Stunden	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.2 Gesamthöhe der Strafe bemessen nach Geld			
3.2.2.1 Angabe von Bussenbetrag und Währung, oder	—	B1-B4	alle Auszüge
3.2.2.2 Angabe von Anzahl Tagessätzen sowie Höhe und Währung des einzelnen Tagessatzes	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.3 Vollzugsform der Strafe Angabe, ob unbedingt, bedingt, teilbedingt	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.4 Angaben zu den Probezeiten bei bedingten und teilbedingten Strafen			

3.3.4.1 Beginn (Datum) und Dauer (Anzahl Jahre, Monate, Tage) der Probezeit oder Beginn (Datum) und Ende (Datum) der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.4.2 Zusätzliche Anordnungen während Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.5 Zusätzlich nur bei teilbedingten Strafen: Höhe des bedingten Teils der Strafe (analog Gesamthöhe nach Ziff. 3.3.1 und 3.3.2)	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.6 Zusätzlich nur bei Bussen: im GU verhängte Ersatzfreiheitsstrafe mit Gesamthöhe nach Ziff. 3.3.1	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.7 Zusätzlich nur beim qualifizierten Verweis nach Art. 22 Abs. 1 JStG: Angaben zur Probezeit nach Ziff. 3.3.4.1 sowie Angabe, ob Begleitperson oder Weisung	—	B1-B4	alle Auszüge
3.3.7 Zusätzlich nur bei Berufsverbot nach Art. 54 Abs. 1 StGB in der Fassung vom 5. Okt. 1950[32]: Angaben nach Ziff. 3.4.4	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4 Zusätzliche Angaben bei Massnahmen (neben den in Ziff. 3.1 gemachten Angaben)			
3.4.1 Bei allen therapeutischen Erwachsenenmassnahmen, bei der Verwahrung nach Art. 43 Ziff. 1 Abs. 2 StGB in der Fassung vom 18. März 1971[33] sowie bei Jugendmassnahmen nach Art. 12-15 JStG: Angabe, ob „Aufschub des Vollzugs der Strafe zugunsten dieser Massnahme“	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.2 Bei der ambulanten Behandlung: Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.3 Beim Fahrverbot: Dauer des Fahrverbots: (Anzahl Jahre, Monate, Tage)	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.4 Beim Tätigkeitsverbot (TV) sowie Kontakt- und Rayonverbot (KRV):			
3.4.4.1 Inhaltliche Spezifizierung			
3.4.4.1.1 Angabe, ob Verbot zum Schutz von Minderjährigen oder besonders Schutzbedürftigen oder Patienten im Gesundheitsbereich vorliegt	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant

32 AS **1951** 1 16
33 AS **1971** 777 807

3.4.4.1.2 Inhalt gemäss Urteilsdispositiv (bei Kontakt- und Rayonverboten werden Angaben über vom Verbot geschützte Personen oder Orte, die Rückschlüsse auf geschützte Personen zulassen, anonymisiert, wobei der Anonymisierungsschlüssel in der Online-Ansicht offen gelegt wird)	—	B1-B4 (nicht anonymisiert)	alle Auszüge (anonymisiert)
3.4.4.2 Angaben zur Dauer des TV und KRV			
3.4.4.2.1 Grunddauer gemäss Urteilsdispositiv mit Anzahl Jahre, Monate, Wochen, Tage, Stunden oder lebenslänglich oder unbestimmte Dauer	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.4.2.2 Angaben zur Wirksamkeit des Verbots mit Datum, ab wann Verbot wirksam ist (Rechtskraftdatum) mit Datum gemäss Urteilsdispositiv, bis wann Verbot wirksam ist	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.4.2.3 Ev. Angaben zum Ruhen des Verbots nach Art. 67c Abs. 2 StGB bzw. Art. 50c Abs. 2 MStG mit Datum des Antritts des Vollzugs, Datum des Austritts aus dem Vollzug, erfassende Behörde	—	B1 (relevante Ruhezeiten sind auch via die Rubrik Info der HI nach Anhang 1 Ziff. 1.4.7.3.2 ersichtlich)	nicht auszugsrelevant
3.4.4.2.4 Ev. berechnungsrelevanter Neubeginn des Verbots nach Art. 67c Abs. 3 StGB bzw. Art. 50c Abs. 3 MStG mit Datum	X	— (nur via die Rubrik Info der HI nach Anhang 1 Ziff. 1.4.7.3.1 ersichtlich)	nicht auszugsrelevant
3.4.4.2.5 Voraussichtliches Enddatum des Verbots mit Datum, an dem Verbot, unter Berücksichtigung sämtlicher vorhandener Angaben, nicht mehr gültig ist oder Angabe, dass Enddatum nicht berechnet werden kann	X	— (via die Rubrik Info der HI nach Anhang 1 Ziff. 1.4.7.3.3 ersichtlich)	alle Auszüge
3.4.4.3 Zusätzliche Anordnungen (während der Verbotsdauer) mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.5 Bei der Landesverweisung			
3.4.5.1 Dauer gemäss Urteilsdispositiv auf Lebenszeit oder mit Anzahl Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
3.4.5.2 Beginn			

3.4.5.2.1 Nachträglich zu erfassendes Ausreisedatum (= effektives Ausreisedatum oder, sofern dieses Datum nicht bekannt ist, das von der Vollzugsbehörde festgelegte Ausreisedatum)	—	B1	alle Auszüge
3.4.5.2.2 Angabe, dass das eingetragene Ausreisedatum nicht mehr relevant ist («keine Ausreise»)	—	B1	alle Auszüge
3.4.5.3 Ausreisegrund mit Angabe, ob Ausschaffung, Auslieferung, Überstellung zum Zwecke des Sanktionenvollzugs im Ausland, freiwillige Ausreise	—	B1	alle Auszüge
3.4.5.4 Voraussichtliches Enddatum der Landesverweisung mit Datum, an dem die Landesverweisung nicht mehr gültig ist oder Angabe, dass Enddatum nicht berechnet werden kann	X	—	alle Auszüge
3.4.5.5 Angabe, ob Gesuch betreffend Berechnung der Entfernungsfrist nach Art. 30 Abs. 2 Bst. n zweiter Satzteil StReG bewilligt worden ist	—	— (nur für registerführende Stelle einsehbar)	nicht auszugsrelevant
3.5 Strafzumessungsgründe (nur Angaben, die nicht bereits als Kombinationsmöglichkeit in VOSTRA erfasst worden sind)			
3.5.1 Kurzreferenzierung (= in VOSTRA verwendete Abkürzung des Strafzumessungsgrundes)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.5.2 Rechtliche Referenzierung (= Angabe der genauen Fundstelle im Erlass)	—	B1-B4	alle Auszüge
3.5.3 Bezeichnung des Strafzumessungsgrundes	—	B1-B4	alle Auszüge
3.5.4 Gültigkeitsdauer der rechtlichen Referenzierung (zur Sichtbarmachung der Fassung des Artikels und Erlasses, auf die Bezug genommen wird) mit Anfangs- und Enddatum (sofern vorhanden)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
3.6 Zusätzliche Angaben zu Strafen, denen eine Sonderfunktion zugewiesen ist			
3.6.1 Bei Zusatz- bzw. Teilzusatzstrafen:			
3.6.1.1 Angabe, ob Zusatz- bzw. Teilzusatzstrafe	—	B1-B4	alle Auszüge
3.6.1.2 Referenzierung der GU, auf die Bezug genommen wird: (= GU, welches die Einsatzstrafe enthält) mit Angabe von Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen oder Angabe, dass dieses Urteil nicht eintragungspflichtig ist	—	B1-B4	alle Auszüge (ohne Aktenzeichen)

3.6.2 Bei Gesamtstrafen:			
3.6.2.1 Angabe, ob Gesamtstrafe	—	B1-B4	alle Auszüge
3.6.2.2 Referenzierung der GU, auf die Bezug genommen wird (= GU, das die Einsatzstrafe enthält) mit Angabe von Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen oder Angabe, dass dieses Urteil nicht eintragungspflichtig ist	—	B1-B4	alle Auszüge (ohne Aktenzeichen)
3.6.2.3 Referenzierung der bedingten Entlassungen, auf die Bezug genommen wird (= nachträgliche Entscheide, aus denen sich die zu vollziehende Reststrafe ableiten lässt) mit Angabe von Entscheiddatum, entscheidender Behörde und Aktenzeichen	—	B1-B4	alle Auszüge (ohne Aktenzeichen)
3.7. Anrechenbare Haft (= im Dispositiv angegebene bereits verbüsste Haftdauer, welche auf Vollzug der Sanktion anzurechnen ist) mit Angabe der Dauer (Jahre, Monate, Wochen, Tage, Stunden)	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
4. Elektronische Kopien			
4.1 Bei CH-Grundurteilen:			
4.1.1 Elektronische Kopien von CH-Grundurteil gegen Erwachsene	—	B1	— (kann für B1-Behörden auf Wunsch separat gedruckt werden)
4.1.2 System-ID, Dateiname und Erfassungsdatum	X	B1	nicht auszugsrelevant
4.2 Bei Auslandurteilen:			
4.2.1 Elektronische Kopien des ausländischen Meldeformulars	—	B1-B4	alle Auszüge (als Anhang)
4.2.2 System-ID, Dateiname und Erfassungsdatum	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
5. Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens des Grundurteils im Auszug mit Datum oder mit Angabe, dass Berechnung zurzeit nicht möglich ist oder mit Angabe, dass Eintrag nicht mehr erscheint, sobald Person als verstorben gilt			
5.1 Voraussichtliches Entfernungsdatum B1	X	—	B1
5.2 Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens im B2	X	—	B2

5.3 Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens im B3	X	—	B3
5.4 Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens im B4	X	—	B4
5.5 Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens im PA	X	—	PA
5.6 Voraussichtliches Datum des Nichterscheinens im SPA	X	—	SPA

Anhang 3
(Art. 22, 24 Bst. c, 45 Abs. 1 und 47)

Datensätze und Datenfelder von eintragungspflichtigen nachträglichen Entscheiden, die in einem Zugangsprofil sichtbar sind (ohne identifizierende Angaben zur Person)

B1 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 1 ersichtlich
B1-B4 = aufgeführte Datenfelder sind in den Behördenauszügen 1, 2, 3 und 4 ersichtlich
alle Auszüge = aufgeführte Datenfelder sind auf allen Auszügen (B1-B4 sowie Privat- und Sonderprivatauszug) ersichtlich
nicht auszugsrelevant = entsprechende Datenfelder werden im gedruckten Auszug nicht abgebildet.
X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Daten von nachträglichen Entscheiden (NEN)	Diese Datenfelder sind automatisch (aus anderen Daten) generierte **Systemdaten** (Art. 24 Bst. c)	Diese Datenfelder erscheinen in der **Online-Ansicht** folgender Behördenauszüge (Art. 45 Abs. 1)	Diese Datenfelder erscheinen in der **PDF-Ansicht** folgender (gedruckter) Auszüge (Art. 45 Abs. 1)
1. **Allgemeine Angaben, die jeder NEN enthält**			
1.1 Entscheiddatum	—	B1-B4	alle Auszüge
1.2 Entscheidende Behörde	—	B1-B4	alle Auszüge
1.3 Aktenzeichen (das von der entscheidenden Behörde für den NEN verwendet wird)	—	B1-B4	alle Auszüge
1.4 Bezeichnung des NEN	—	B1-B4	alle Auszüge
1.5 Kurzbezeichnung des NEN (in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die Bezeichnung nach Ziff. 1.4 Bezug nimmt)	—	B1-B4	alle Auszüge
1.6 Info			

1.6.1 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern der strukturierten Daten bei einem NEN)			
1.6.1.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.6.1.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.6.2 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation irgend eines Datenfeldes bei einem NEN)			
1.6.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.6.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
1.7 Elektronische Kopien			
1.7.1 Bei CH-NEN:			
1.7.1.1 Elektronische Kopien von CH-NEN gegen Erwachsene	—	B1	— (kann für B1-Behörden auf Wunsch separat gedruckt werden)
1.7.1.2 System-ID, Dateiname und Erfassungsdatum	X	B1	nicht auszugsrelevant
1.7.2 Bei ausländischen NEN:			
1.7.2.1 Elektronische Kopien des ausländischen Meldeformulars des NEN	—	B1-B4	alle Auszüge (als Anhang)
1.7.2.2 System-ID, Dateiname und Erfassungsdatum	X	B1-B4	nicht auszugsrelevant
2. Beim NEN «**Absehen vom Vollzug der Reststrafe**»:			
2.1 Falls Reststrafe im NEN ausgewiesen ist: Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
2.2 Falls keine Reststrafe im NEN ausgewiesen ist: Vermerk, dass keine Angaben vorhanden sind	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant

3. Beim NEN «**Amnestie**»:			
3.1 Angabe, ob Amnestie zur direkten Entlassung aus dem Strafvollzug führt (zur Berechnung des Neubeginns des Fristenlaufs nach Art. 67c Abs. 3 StGB)	—	B1-B4	alle Auszüge
4. Beim NEN «**Änderung der Massnahme**»: (zur gleichzeitigen Aufhebung und Neuanordnung von Massnahmen; nicht für Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote geeignet)			
4.1 Bezeichnung der aufgehobenen Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
4.2 Bezeichnung der neu angeordneten Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
4.3 Angabe, ob Reststrafe, keine Reststrafe, keine Angaben vorhanden	—	B1-B4	alle Auszüge (ausser wenn: «keine Angaben vorhanden»)
4.4 Falls Reststrafe ausgewiesen:			
4.4.1 Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
4.4.2 Auswirkungen auf Vollzug der Reststrafe mit Angabe ob, Aufschub des Vollzugs der Reststrafe zu Gunsten dieser Massnahme, Absehen vom Vollzug der Reststrafe, Vollzug der Reststrafe, bedingter Vollzug der Reststrafe	—	B1-B4	alle Auszüge
4.4.3 Falls bedingter Vollzug der Reststrafe angeordnet: mit folgenden Angaben zur Probezeit:			
4.4.3.1 Dauer der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
4.4.3.2 Eröffnungsdatum des NEN (Beginn der Probezeit)	—	B1-B4	alle Auszüge
4.4.3.3 Ende der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
4.4.3.4 Zusätzliche Anordnungen während der Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
5. Beim NEN «**Änderung der Weisung**»:			
5.1 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge

6. Beim NEN «**Anordnung der Zuteilung einer Begleitperson**»: (es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
7. Beim NEN «**Anordnung von Bewährungshilfe**»:			
7.1 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
8. Beim NEN «**Erteilung einer Weisung**»:			
8.1 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
9. Beim NEN «**Anordnung eines neuen Verbots**»: (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot)			
9.1 Bezeichnung des neu angeordneten Verbots	—	B1-B4	alle Auszüge
9.2 Alle Felder nach Anhang 2 Ziff. 3.4.4	(siehe Anhang 2 Ziff. 3.4.4)	(siehe Anhang 2 Ziff. 3.4.4)	(siehe Anhang 2 Ziff. 3.4.4)
10. Beim NEN «**Aufhebung der Zuteilung der Begleitperson**»: (es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
11. Beim NEN «**Aufhebung der Bewährungshilfe**»:			
11.1 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
12. Beim NEN «**Aufhebung der Massnahme**»: (nicht für Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote geeignet)			
12.1 Bezeichnung der aufgehobenen Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
12.2 Entlassungsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge
12.3 Angabe, ob Reststrafe, keine Reststrafe, keine Angaben vorhanden	—	B1-B4	alle Auszüge (ausser wenn: «keine Angaben vorhanden»)
12.4 Falls Reststrafe ausgewiesen:			
12.4.1 Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge

12.4.2 Auswirkungen auf Vollzug der Reststrafe mit Angabe ob, Absehen vom Vollzug der Reststrafe, Vollzug der Reststrafe, bedingter Vollzug der Reststrafe	—	B1-B4	alle Auszüge
12.4.3 Falls bedingter Vollzug der Reststrafe angeordnet: mit folgenden Angaben zur Probezeit:			
12.4.3.1 Dauer der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
12.4.3.2 Eröffnungsdatum des NEN (Beginn der Probezeit)	—	B1-B4	alle Auszüge
12.4.3.3 Ende der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
12.4.3.4 Zusätzliche Anordnungen während der Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
13. Beim NEN «**Aufhebung der Weisung**»:			
13.1 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
14. Beim NEN «**Aufhebung des Aufschubs des Vollzugs der Landesverweisung**»: (es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
15. Beim NEN «**Aufhebung des Verbots**»: (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot)			
15.1 Bezeichnung des Verbots, welches aufgehoben werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
15.2 Aufhebungsdatum (bezeichnet Datum, ab dem Verbot nicht mehr wirksam ist)	—	B1-B4	alle Auszüge
16. Beim NEN: «**Aufschubs des Vollzugs der Landesverweisung**»: (es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
17. Beim NEN «**Aufschub des Vollzugs der Strafe zugunsten der laufenden Massnahme**»: (es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
18. Beim unechten NEN «**Ausserordentliche Bestimmung eines angemessenen und ausschliesslich fristenrelevanten Vollzugsende-Datums**»: (unechter NEN nach Art. 44 zur Übersteuerung der Fristenberechnung, für den Fall, dass die dazu benötigten Daten nicht verfügbar sind)			

18.1 Bezeichnung der Sanktion, auf die sich das Vollzugsende bezieht	—	B1-B4	alle Auszüge
18.2 Vollzugsende-Datum (von stationären Massnahmen, ambulanten Behandlungen, widerrufenen Freiheitsstrafen bei einem Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot)	—	B1-B4	alle Auszüge
19. Beim NEN «**Bedingte Entlassung**»: (aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug)			
19.1 Angabe der Grundurteile, auf die sich die bedingte Entlassung bezieht mit Angabe von Urteilsdatum, urteilender Behörde, Aktenzeichen	—	B1-B4	alle Auszüge (ohne Aktenzeichen)
19.2 Bezeichnung der Sanktion, auf die sich die bedingte Entlassung bezieht	—	B1-B4	alle Auszüge
19.3 Entlassungsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge
19.4 Angaben zur Probezeit:			
19.4.1 Dauer der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
19.4.2 Eröffnungsdatum des NEN (Beginn der Probezeit)	—	B1-B4	alle Auszüge
19.4.3 Ende der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
19.4.4 Zusätzliche Anordnungen während der Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
19.5 Angabe, ob Reststrafe, keine Reststrafe, keine Angaben vorhanden	—	B1-B4	alle Auszüge (ausser wenn: «keine Angaben vorhanden»)
19.6 Falls Reststrafe ausgewiesen: Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
20. Beim NEN «**Begnadigung**»: (bezieht sich auf Strafen, für die eine mildere Strafe im Vollzug vorgesehen ist)			
20.1 Angabe der Grundurteile, auf die sich die Begnadigung bezieht mit Angabe von Urteilsdatum, urteilender Behörde, Aktenzeichen	—	B1-B4	alle Auszüge (ohne Aktenzeichen)
20.2 Bezeichnung der Strafe, für welche die Begnadigung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge

20.3 Bezeichnung der milderen Strafe, die zum Vollzug kommt mit Angabe der in Anhang 2 Ziff. 3.1–3.3 gelisteten Merkmale	—	B1-B4	alle Auszüge
20.4 Angabe, ob Begnadigung zur direkten Entlassung aus dem Strafvollzug führt (zur Berechnung des Neubeginns des Fristenlaufs nach Art. 67c Abs. 3 StGB)	—	B1-B4	alle Auszüge
21. Beim NEN «**Endgültige Entlassung**»:			
21.1 Bezeichnung der Sanktion, aus der endgültig entlassen wird	—	B1-B4	alle Auszüge
21.2 Entlassungsdatum	—	B1-B4	alle Auszüge
21.3 Angabe, ob Reststrafe, keine Reststrafe, keine Angaben vorhanden	—	B1-B4	alle Auszüge (ausser wenn: «keine Angaben vorhanden»)
21.4 Falls Reststrafe ausgewiesen:			
21.4.1 Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
21.4.2 Auswirkungen auf Vollzug der Reststrafe mit Angabe ob, Absehen vom Vollzug der Reststrafe, Vollzug der Reststrafe, bedingter Vollzug der Reststrafe	—	B1-B4	alle Auszüge
21.4.3 Falls bedingter Vollzug der Reststrafe angeordnet: mit folgenden Angaben zur Probezeit:			
21.4.3.1 Dauer der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
21.4.3.2 Eröffnungsdatum des NEN (Beginn der Probezeit)	—	B1-B4	alle Auszüge
21.4.3.3 Ende der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
21.4.3.4 Zusätzliche Anordnungen während der Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
22. Beim NEN «**Erklärung zur Vollstreckbarkeit des Grundurteils in der Schweiz**»: (nur bei ausländischen Grundurteilen, welche in der Schweiz vollstreckt werden)			
22.1 Angabe, ob zur Vollstreckung des Grundurteils eine Anpassung der Sanktion ausgesprochen wurde oder nicht	—	B1-B4	alle Auszüge

22.2 Falls Anpassung ausgesprochen:			
22.2.1 Bezeichnung der Sanktion des Grundurteils, die angepasst werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
22.2.2 Inhalt der Anpassung mit Bezeichnung der angepassten Sanktion mit Angabe ihrer in Anhang 2 Ziff. 3.3–3.4 gelisteten Sanktionsmerkmale	—	B1-B4	alle Auszüge
23. Beim NEN «**Förmliche Mahnung**»: (altrechtlicher NEN; bezieht sich auf Nichtbewährung während bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs; es sind keine zusätzlichen Felder vorhanden)			
24. Beim NEN «**Inhaltliche Einschränkung des Verbots**»: (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot, unter Beibehaltung des Verbotstyps)			
24.1 Bezeichnung des Verbots, welches inhaltlich eingeschränkt werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
24.2 Neue inhaltliche Spezifikation gemäss Urteilsdispositiv (bei Kontakt- und Rayonverboten werden Angaben über vom Verbot geschützte Personen oder Orte, die Rückschlüsse auf geschützte Personen zulassen, anonymisiert, wobei der Anonymisierungsschlüssel auf den Behördenauszügen in der Online-Ansicht offen gelegt wird)	—	B1-B4 (nicht anonymisiert)	alle Auszüge (anonymisiert)
24.3 Datum der Wirksamkeit der neuen Spezifikation (in der Regel das Rechtskraftdatum des NEN)	—	B1-B4	alle Auszüge
25. Beim NEN «**Inhaltliche Erweiterung des Verbots**»: (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot, unter Beibehaltung des Verbotstyps)			
25.1 Bezeichnung des Verbots, welches inhaltlich erweitert werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
25.2 Neue inhaltliche Spezifikation gemäss Urteilsdispositiv (bei Kontakt- und Rayonverboten werden Angaben über vom Verbot geschützte Personen oder Orte, die Rückschlüsse auf geschützte Personen zulassen, anonymisiert, wobei der Anonymisierungsschlüssel auf den Behördenauszügen in der Online-Ansicht offen gelegt wird)	—	B1-B4 (nicht anonymisiert)	alle Auszüge (anonymisiert)
25.3 Datum der Wirksamkeit der neuen Spezifikation (in der Regel das Rechtskraftdatum des NEN)	—	B1-B4	alle Auszüge
26. Beim NEN «**Nachträglich bedingter Vollzug der Reststrafe**»:			
26.1 Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge

26.2 Angaben zur Probezeit:			
26.2.1 Dauer der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
26.2.2 Eröffnungsdatum des NEN (Beginn der Probezeit)	—	B1-B4	alle Auszüge
26.2.3 Ende der Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
26.2.4 Zusätzliche Anordnungen während der Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
27. Beim NEN «**Nachträgliche Anordnung einer Massnahme**»: (nicht für Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote geeignet; siehe Ziff. 9)			
27.1 Bezeichnung der neu angeordneten Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
27.2 Auswirkungen auf Vollzug der Reststrafe mit Angabe, ob Aufschub des Vollzugs der Reststrafe zu Gunsten dieser Massnahme, Absehen vom Vollzug der Reststrafe, Vollzug der Reststrafe, keine Angaben vorhanden	—	B1-B4	alle Auszüge (ausser wenn: «keine Angaben vorhanden»)
27.3 Zusätzliche Anordnungen Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung	—	B1-B4	alle Auszüge
28. Beim NEN «**Nachträgliche Anordnung einer Strafe nach Art. 100ter Ziff. 4 StGB in der Fassung vom 18. März 1971**[34]»: (altrechtlicher NEN)			
28.1 Dauer der altrechtlichen, unbedingt vollziehbaren Freiheitsstrafe mit Angabe von Jahren, Monaten, Wochen, Tagen	—	B1-B4	alle Auszüge
29. Beim NEN «**Nicht widerrufen**»: (bezieht sich auf Verzicht auf Widerruf des bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs trotz Nichtbewährung)			
29.1 Bezeichnung der Sanktion, auf die Bezug genommen wird	—	B1-B4	alle Auszüge

34 AS **1971** 777 807

30. Beim NEN «**Teilweise widerrufen**»: (bezieht sich auf teilweisen Widerruf des bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs infolge Nichtbewährung)			
30.1 Bezeichnung der Sanktion, welche teilweise widerrufen wird	—	B1-B4	alle Auszüge
30.2 Bedingt zu vollziehender Teil der Sanktion: mit Dauer (mit Angabe von Jahren, Monaten, Wochen, Tagen, Stunden) oder mit Höhe (mit Angabe von Betrag und Währung)	—	B1-B4	alle Auszüge
30.3 Angabe, ob Aufschub des Vollzugs der Strafe zu Gunsten einer Massnahme mit Bezeichnung der Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
31. Beim NEN «**Verlängerung der Probezeit**»: (bezieht sich auf Geschehen während des bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs)			
31.1 Bezeichnung der Sanktion, deren Vollzug bedingt aufgeschoben wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
31.2 Angaben zur verlängerten Probezeit			
31.2.1 Dauer der Verlängerung der Probezeit mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge
31.2.2 Eröffnungsdatum des NEN (ist als Beginn der Verlängerung relevant, wenn Datum nach bisherigem Probezeitende liegt)	—	B1-B4	alle Auszüge
31.2.3 Ende der verlängerten Probezeit	—	B1-B4	alle Auszüge
31.2.4 Zusätzliche Anordnungen während der verlängerten Probezeit mit Angabe, ob Bewährungshilfe, Begleitperson, Weisung oder ambulante Behandlung	—	B1-B4	alle Auszüge
31.3 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
32. Beim NEN «**Verwarnung**»: (bezieht sich auf Nichtbewährung während bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs)			
32.1 Bezeichnung der Sanktion, auf die Bezug genommen wird	—	B1-B4	alle Auszüge
33. Beim NEN «**Vollzug der Reststrafe**»:			
33.1 Falls Reststrafe im NEN ausgewiesen ist: Dauer der Reststrafe mit Angabe der Jahre, Monate, Wochen, Tage	—	B1-B4	alle Auszüge

33.2 Falls keine Reststrafe im NEN ausgewiesen ist: Vermerk, dass keine Angaben vorhanden sind	—	B1-B4	nicht auszugsrelevant
34. Beim NEN «**Widerrufen**»: (bezieht sich auf Widerruf des bedingten bzw. teilbedingten Straf- oder Massnahmenvollzugs)			
34.1 Bezeichnung der Sanktion, auf die Bezug genommen wird	—	B1-B4	alle Auszüge
34.2 Angabe, ob Aufschub des Vollzugs der Strafe zu Gunsten einer Massnahme mit Bezeichnung der Massnahme	—	B1-B4	alle Auszüge
34.3 Vermerk, falls NEN nicht wegen einer Nichtbewährung ausgesprochen wurde	—	B1-B4	alle Auszüge
35. Beim NEN «**Zeitliche Einschränkung des Verbots**» (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot)			
35.1 Bezeichnung des Verbots, welches zeitlich eingeschränkt werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
35.2 Angabe, ob neue Grunddauer oder Verkürzung der Verbotsdauer vorliegt	—	B1-B4	alle Auszüge
35.3 Falls neue Grunddauer: Dauer (mit Angabe von Jahren, Monaten, Wochen, Tagen), welche als neuer Basiswert verwendet wird, womit bisher angeordnete Verlängerungen oder Verkürzungen nicht mehr zu beachten sind	—	B1-B4	alle Auszüge
35.4 Falls Verkürzung der Verbotsdauer: Dauer (mit Angabe von Jahren, Monaten, Wochen, Tagen), welche vom bisher berechneten Verbotsende abzuziehen ist	—	B1-B4	alle Auszüge
36. Beim NEN «**Zeitliche Verlängerung des Verbots**»: (bezieht sich auf ein Tätigkeitsverbot oder Kontakt- und Rayonverbot)			
36.1 Bezeichnung des Verbots, welches verlängert werden soll	—	B1-B4	alle Auszüge
36.2 Umfang der Verlängerung: mit Dauer (und Angabe von Jahren, Monaten, Wochen, Tagen), mit Vermerk unbestimmte Dauer oder mit Vermerk lebenslänglich	—	B1-B4	alle Auszüge
36.3 Rechtskraftdatum des NEN (Datum, ab dem die Verlängerung wirksam ist, sofern Verbot bereits vor Rechtskraft abgelaufen ist)	—	B1-B4	alle Auszüge

Anhang 4
(Art. 26, 24 Bst. d, 45 Abs. 1 und 47)

Datensätze und Datenfelder von eintragungspflichtigen hängigen Strafverfahren, die in einem Zugangsprofil sichtbar sind (ohne identifizierende Angaben zur beschuldigten Person)

B1 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 1 ersichtlich
B2 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 2 ersichtlich
B4 = aufgeführte Datenfelder sind im Behördenauszug 4 ersichtlich
nicht auszugsrelevant = entsprechende Datenfelder werden im gedruckten Auszug nicht abgebildet.
X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Daten von hängigen Strafverfahren (hS)	Diese Datenfelder sind automatisch (aus anderen Daten) generierte **Systemdaten** (Art. 24 Bst. d)	Diese Datenfelder erscheinen in der **Online-Ansicht** folgender Behördenauszüge (Art. 45 Abs. 1)	Diese Datenfelder erscheinen in der **PDF-Ansicht** folgender (gedruckter) Auszüge (Art. 45 Abs. 1)
1. **Allgemeine Angaben**			
1.1 Zeitpunkt der Verfahrenshängigkeit mit Eröffnungsdatum der Untersuchung oder mangels Eröffnung: Urteilsdatum des Strafbefehls	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
1.2 Verfahrensleitende Behörde	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
1.3 Aktenzeichen (das von der verfahrensleitenden Behörde für das hS verwendet wird)	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
1.4 Info			
1.4.1 Angaben zu Ersterfassung (bezogen auf erstmaliges Speichern der strukturierten Daten bei einem hS)			

1.4.1.1 Datum und Uhrzeit	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.1.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.2 Angaben zu letzter Mutation (bezogen auf letztmalige Mutation eines Datenfeldes bei einem hS):			
1.4.2.1 Datum und Uhrzeit	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.2.2 Verantwortliche Nutzerin oder verantwortlicher Nutzer mit Benutzernummer, Name, Vornamen und Telefonnummer	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.3 Ehemalige Verfahrensleitungen: (bei einem Wechsel der Verfahrensleitung, der nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt ist)			
1.4.3.1 Bezeichnung der ehemals zuständigen Behörde	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.3.2 Aktenzeichen des ehemaligen Verfahrens	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
1.4.3.3 Datum der Registrierung des Wechsels der Verfahrensleitung in VOSTRA	X	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
2. **Angaben zu den vorgeworfenen Delikten**			
2.1 Angaben zum Ausgangstatbestand (diese beziehen sich auf die einzelnen Delikte, wie sie sich zum Beispiel aus dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuches ableiten lassen)			
2.1.1 Kurzreferenzierung (= in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die rechtliche Referenzierung nach Ziff. 2.1.2 Bezug nimmt und der schnelleren Datenerfassung dient)	—	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
2.1.2 Rechtliche Referenzierung (= Angabe der genauen Fundstelle im Erlass)	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
2.1.3 Bezeichnung (= sprachliche Umschreibung der Tathandlung des Ausgangstatbestandes)	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
2.1.4 Gültigkeitsdauer der rechtlichen Referenzierung (zur Kennzeichnung der Fassung des Artikels und Erlasses, auf die Bezug genommen wird) mit Anfangs- und Enddatum (sofern vorhanden)	—	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant

2.2 Angaben zu Kombinationsmöglichkeiten (diese beziehen sich auf einzelne Tatbestandsvarianten, die jeweils bei sehr vielen Delikten vorkommen können, wie zum Beispiel Versuch, Gehilfenschaft, mehrfache Begehung)			
2.2.1 Kurzreferenzierung (in VOSTRA verwendete Abkürzung, welche auf die rechtliche Referenzierung nach Ziff. 2.2.2 oder auf die Bezeichnung nach Ziff. 2.2.3 Bezug nimmt und der schnelleren Datenerfassung dient)	—	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
2.2.2 Rechtliche Referenzierung (= Angabe der genauen Fundstelle im Erlass, falls vorhanden)	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
2.2.3 Bezeichnung (= sprachliche Umschreibung der Tathandlung dieser Tatbestandsvariante)	—	B1, B2 und B4	B1, B2 und B4
2.2.4 Gültigkeitsdauer der rechtlichen Referenzierung (zur Kennzeichnung der Fassung des Artikels und Erlasses, auf den Bezug genommen wird) mit Anfangs- und Enddatum (sofern vorhanden)	—	B1, B2 und B4	nicht auszugsrelevant
3. **Hinweise an die Verfahrensleitung** mit Datum, an dem die Meldung nach Art. 25 Abs. 1 Bst. b letztmals gesendet wurde und Datum, an dem diese Meldung wiederholt werden soll	X	B1, B2 und B4	Nicht auszugsrelevant

Anhang 5
(Art. 25)

Datensätze und Datenfelder von automatisch generierten Systemmeldungen, die durch die registerführenden Behörden für ihren Zuständigkeitsbereich abrufbar sind

X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2
Daten automatisch generierter Systemmeldungen	Daten, welche in der Meldung selbst verwendet werden
1. Daten, die bei allen Systemmeldungen vorhanden sind	
1.1 Meldungskategorie	—
1.2 Titel der Meldung	X
1.3 Beschreibung des Auftrags (enthält Meldungsursache und Handlungsanweisung an Empfänger)	X
1.4 Zeitpunkt der Erstellung der Meldung mit Datum und Uhrzeit	X
1.5 Empfänger der Meldung	
1.5.1 Bezeichnung des Endadressaten der Meldung, der letztlich die Kontrollen gemäss Auftrag nach Ziff. 1.3 vornehmen muss	X
1.5.2 Bezeichnung der registerführenden Behörde, in deren VOSTRA-Briefkasten die Meldung erscheint Bei Koordinationsstellen: mit Angabe des Kantons	—
1.6 Bearbeitungsstatus der Meldung mit Angabe ob neu oder erledigt	—
1.7 Nutzerin oder Nutzer, die oder der die Bearbeitung der Meldung übernommen hat mit Benutzernummer, Name und Vornamen	—

1.8 Bearbeitungsdatum (Datum, an dem die Meldung erstmals angeschaut wurde)	—
1.9 Betroffene Person bei Einzelmeldungen	
1.9.1 Dossier-ID	X
1.9.2 Hauptattribute der Hauptidentität nach Anhang 1 Ziff. 1.1, mit Ausnahme der AHV-Nummer nach Anhang 1 Ziff. 1.1.1	X
1.9.3 Zusatzattribute der Hauptidentität nach Anhang 1 Ziff. 1.2	X
1.9.4 Herkunftsnachweise der Hauptidentität nach Anhang 1 Ziff. 1.3	X
1.10 Betroffene Personen bei Listeneinträgen mit ihren Dossier-IDs nach Anhang 1 Ziff. 1.4.1	X
1.11 Anzahl Seiten der Meldung	X
1.12 Anzahl neu eingegangener Meldungen im Briefkasten	—
2. **Zusätzliche Daten bei der Rückfallmeldung** (Art. 25 Abs. 1 Bst. a)	
2.1 Grundurteil oder nachträglicher Entscheid, in dem die betroffene Probezeit angeordnet worden ist mit allen Daten, die zu diesem Objekt auch in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbar sind, mit Ausnahme des Entfernungsdatums (Anhang 2 Ziff. 5.1) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4 und Anhang 3 Ziff. 1.7)	X
2.2 Grundurteil, das die Begehungszeiten enthält, welche in die Probezeit des in Ziff. 2.1 genannten Objektes fallen mit allen Daten, die zu diesem Objekt auch in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbar sind, mit Ausnahme des Entfernungsdatums (Anhang 2 Ziff. 5.1) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4)	X
3. **Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Überprüfung der Verfahrenshängigkeit bei hS** (Art. 25 Abs. 1 Bst. b)	
3.1 Hängiges Strafverfahren, welches überprüft werden muss mit allen Daten, die zu diesem Objekt auch in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbar sind	X
3.2 Rubrik für Rückantwort an eintragende Behörde (falls nötige Korrekturen in VOSTRA nicht von der Verfahrensleitung selbst vorgenommen werden)	X (wird erst nach Meldungseingang von der Verfahrensleitung ausgefüllt)

4.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Überprüfung des fehlenden Massnahmenendes** (Art. 25 Abs. 1 Bst. c) Grundurteil mit sämtlichen nachträglichen Entscheiden, in dessen Zusammenhang die Massnahme angeordnet worden ist mit allen Daten, die zu diesen Objekten auch in der PDF-Ansicht des Behördenauszugs 1 sichtbar sind, mit Ausnahme des Entfernungsdatums (Anhang 2 Ziff. 5.1) und der elektronischen Kopien (Anhang 2 Ziff. 4 und Anhang 3 Ziff. 1.7)	X
5.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Überprüfung, ob Person noch lebt** (Art. 25 Abs. 1 Bst. d)	
	5.1 Geburtsdatum der Hauptidentität (Anhang 1 Ziff. 1.1.4)	X
	5.2 Nationalitäten (Anhang 1 Ziff. 1.1.6, 1.1.7 und 1.2.4)	X
	5.3 Wohnsitzland (Anhang 1 Ziff. 1.2.2)	X
	5.4 Wohnsitzort (Anhang 1 Ziff. 1.2.3)	X
6.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Datenbereinigung bei abgelehnter Zuteilung einer AHV-Nummer oder bei abgelehnter Änderung einzelner Hauptattribute** (Art. 25 Abs. 1 Bst. e) Begründung der ZAS für Ablehnung der Zuteilung bzw. der Änderung	X
7.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Eingabe der Vollzugszeiten** (Art. 25 Abs. 1 Bst. f)	
	7.1 Falls stationärer Vollzug der Sanktion im Grundurteil angeordnet wurde: Angabe von Urteilsdatum, urteilender Behörde, Aktenzeichen, Eröffnungsdatum und Rechtskraftdatum	X
	7.2 Falls stationärer Vollzug der Sanktion in einem nachträglicher Entscheid angeordnet wurde: mit Angaben zum NEN (Bezeichnung, Entscheiddatum, entscheidender Behörde und Aktenzeichen) und zum dazugehörigen Grundurteil (Urteilsdatum, urteilende Behörde, Aktenzeichen, Eröffnungsdatum und Rechtskraftdatum)	X
8.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Entfernung von Unterlagen bei Gesuchen um Sonderberechnung der Entfernungsfrist** (Art. 25 Abs. 1 Bst. g) Auflistung aller vorhandenen ehemaligen Identitäten mit Personenattributen nach Anhang 1 Ziffer 3.1 und 3.2	X
9.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Erfassung der Vollzugsdaten über den Beginn der Landesverweisung** (Art. 25 Abs. 1 Bst. h)	X

	Auflistung der Grundurteile mit Landesverweisung mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	
10.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Weiterleitung von Urteilskopien bei neuen Einziehungen nach Art. 61 StReG** (Art. 25 Abs. 1 Bst. i) Auflistung der Grundurteile mit neuen Einziehungen mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	X
11.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Korrektur von Grundurteilen ohne Regel zur Berechnung der Entfernungsfrist** (Art. 25 Abs. 1 Bst. j) Auflistung sämtlicher Grundurteile, für die keine Regel zur Berechnung der Entfernungsfrist programmiert wurde mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	X
12.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Nacherfassung fehlender eintragungspflichtiger Kopien** (Art. 25 Abs. 1 Bst. k)	
	12.1 Auflistung sämtlicher Grundurteile einer urteilenden Behörde, die ohne eintragungspflichtige Kopien erfasst worden sind mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	X
	12.2 Auflistung sämtlicher nachträglichen Entscheide einer entscheidenden Behörde, die ohne eintragungspflichtige Kopien erfasst worden sind mit Entscheiddatum, entscheidender Behörde und Aktenzeichen des nachträglichen Entscheides sowie Urteilsdatum und Aktenzeichen des dazugehörigen Grundurteils	X
13.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Feststellung möglicher Probezeitverletzungen nach Art. 40 Abs. 3 Bst. c StReG bei Bussenurteilen** (Art. 25 Abs. 1 Bst. l) Auflistung sämtlicher ausländischer Grundurteile, bei denen Deliktsangaben ins schweizerische Recht zu transponieren sind mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	X
14.	**Zusätzliche Daten bei der Kontrollmeldung zur Prüfung der Eintragungsvoraussetzungen nach Art. 40 Abs. 1 Bst. b StReG** (Art. 25 Abs. 1 Bst. m und n) Auflistung sämtlicher Grundurteile, welche die Selektionskriterien erfüllen mit Urteilsdatum, urteilender Behörde und Aktenzeichen	X

Anhang 6
(Art. 28)

Datensätze und Datenfelder von automatisch protokollierten Abfragen nach Artikel 25 StReG

X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2
In VOSTRA eingetragene Daten über automatisch protokollierte Abfragen	Bei Ausübung des Auskunftsrechts nach Art. 57 StReG **für betroffene Person sichtbare Daten**
1. Behörde, in deren Namen abgefragt wurde mit Bezeichnung und Behörden-ID	X
2. Nutzerin oder Nutzer, die oder der die Abfrage durchgeführt hat	
2.1 Benutzernummer	X
2.2 Name, Vornamen und Telefonnummer	—
3. Ausgewählter Zweck der Abfrage	X
4. Als Freitext erfasster Kontext der Abfrage (falls vorhanden)	X
5. Datum und Uhrzeit der Abfrage	
5.1 Bei Nutzerinnen und Nutzern, die für eine registerführende Behörde tätig sind: Datum und Uhrzeit bei der Ersterfassung von Strafdaten (beim erstmaligen Speichern eines vollständig erfassten Objektes) oder Datum und Uhrzeit bei der Auszugserstellung für eine andere Behörde (beim Generieren eines PDF-Auszugs im Namen einer anderen Behörde)	X
5.2 Bei Nutzerinnen und Nutzern, die nicht für eine registerführende Behörde tätig sind: Datum und Uhrzeit bei der erstmaligen Anzeige der Strafdaten	X
6. Hauptattribute nach Anhang 1 Ziff. 1.1.1–1.1.4 und Dossier-ID der abgefragten Person, die bei der Abfrage nach Ziff. 5 vorhanden sind	X
7. Bei der Abfrage nach Ziff. 5 vorhandene Strafdaten, die auch im PDF-Zugangsprofil der abfragenden Behörde sichtbar wären	X

Anhang 7
(Art. 29)

Datensätze und Datenfelder von Online-Bestellungen von Auszügen aus einem ausländischen Strafregister

In VOSTRA eingetragene und verarbeitete Daten von Online-Bestellungen von Auszügen aus einem ausländischen Strafregister
1. **Angaben zum Kontext der Bestellung**
1.1 Gesuchstellende Behörde (Besteller)
1.2 Zuständiger Mitarbeiters des Bestellers mit Name, Vornamen, Telefonnummer und E-Mail-Adresse
1.3 Aktenzeichen des Verfahrens, für das die ausländischen Strafregisterdaten benötigt werden
1.4 Zweck der Bestellung
1.5 Zusatzinformationen, falls Bestellung für eine Strafsache erfolgt
1.5.1 Angaben zum Delikt mit rechtlicher Referenzierung und Bezeichnung des Tatbestandes
1.5.2 Tatort
2. **Angaben zum Zielland, dessen Strafregisterauszug bestellt wird**
2.1 Bezeichnung der gewünschten Länder
2.2 Länderspezifische Zusatzinformation, welche vom jeweiligen Zielland verlangt werden
3. **Identifizierende Angaben der Person, über die ein Auszug bestellt werden soll** (In UPI oder VOSTRA vorhandene Daten werden automatisch übernommen)
3.1 Hauptattribute nach Anhang 1 Ziff. 1.1, ohne Angaben zur AHV-Nummer nach Anhang 1 Ziff. 1.1.1
3.2 Land, in dem die Person ihren Wohnsitz hat
3.3 Falls Person bereits in VOSTRA verzeichnet ist:

	3.3.1 Dossier-ID nach Anhang 1 Ziff. 1.4.1
	3.3.2 Personenattribute von Falschpersonalien nach Anhang 1 Ziff. 5.1
4.	**Angaben zu den Bestellchancen** (abhängig von Behördentyp, Zweck und Land)
	4.1 Angabe, dass Bestellung möglich (weil Zielland zu gewünschtem Zweck bereits Auszüge geliefert hat)
	4.2 Angabe, dass Bestellchancen unklar sind (weil noch nie eine Bestellung ausgelöst worden ist)
	4.3 Angabe, dass Bestellung nicht möglich ist, mit Angabe der Sperrfrist nach Art. 51 Abs. 2 (weil bisherige Bestellungen erfolglos verlaufen sind)
5.	**Daten, welche den weiteren Verarbeitungsprozess durch die registerführende Stelle dokumentieren**
	5.1 Datum der Bestellung durch Behörde
	5.2 Bearbeitungsstatus mit Datum der Statusänderung
	5.2.1 Angabe, seit wann Bestellung noch «offen» ist
	5.2.2 Angabe, wann Bestellung ans Ausland «versendet» wurde
	5.2.3 Angabe, wann die zuständige ausländische Behörde daran «erinnert» wurde, dass es noch nicht geantwortet hat
	5.2.4 Angabe, wann Bestellung «storniert» wurde
	5.2.5 Angabe, wann die «Antwort erhalten und weitergeleitet» worden ist
	5.3 Angabe, ob die registerführende Stelle einen «Auszug erhalten» hat
	5.4 Das ans Ausland versendete Gesuch (als Word-Datei)

Anhang 8
(Art. 30)

Datensätze und Datenfelder über die Bestellung der Privat- und Sonderprivatauszüge

X = Aussage trifft zu
— = Aussage trifft nicht zu

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Bestelldaten nach Art. 27 StReG	Diese Datenfelder werden in der Hilfsdatenbank «CREX» gespeichert	Diese Datenfelder werden in VOSTRA gespeichert
1. **Datensatz zur Identifizierung und Lokalisierung der bestellenden Person**		
1.1 AHV-Nummer	X	X
1.2 Nachname	X	X
1.3 Vornamen	X	X
1.4 Geburtsdatum	X	X
1.5 Nationalität	X	X
1.6 Ledigname	X	—
1.7 Nachname der Mutter	X	X
1.8 Vornamen der Mutter	X	X
1.9 Nachname des Vaters	X	X
1.10 Vornamen des Vaters	X	X
1.11 Bei Schweizer Staatsangehörigen: Heimatorte	X	X
1.12 E-Mail-Adresse	X	—

1.13 Telefonnummer	X	—
1.14 Wohnadresse	X	X (sofern keine Lieferadresse verwendet wird)
1.15 Lieferadresse	X	X
1.16 Ausweisschrift (Dokument, das bei Internetbestellung als Kopie mitgeliefert wird, oder das am Postschalter gezeigt wurde)		
1.16.1 Nummer des Ausweises	X	—
1.16.2 Typ des Ausweise mit Angabe, ob «Schweizer Reisepass», «Schweizer Identitätskarte», «ausländischer Reisepass», «ausländische Identitätskarte», «Ausländerausweis», «staatenlose Person»	X	—
2. Datensatz über die Bestellung und den Bestellvorgang		
2.1 Automatisch generierte Transaktionsnummer pro Bestellung	X	X
2.2 Datum und Uhrzeit der Bestellung	X	—
2.3 Datum und Uhrzeit des Ausdrucks des Bestellformulars durch Besteller	X	—
2.4 Bei Postschalterbestellung: Poststelle, Schalter, Sachbearbeiterin oder Sachbearbeiter, die oder der die Bestellung ausgelöst hat	X	—
2.5 Status der Bestellung: Angabe ob, Bestellung komplett erfasst worden ist oder nicht	X	—
2.6 Anzahl der bestellten Auszüge	X	—
2.7 Eingangsart der Bestellung: Angabe, ob mit oder ohne digitale Signatur	X	X
2.8 Auszugssprache	X	—
2.9 Auszugsart: Angabe, ob Privatauszug oder Sonderprivatauszug bestellt worden ist	X	—

2.10 Angaben zu Grosskunden (für Online-Bestellung via Monatsrechnung)		
2.10.1 Bezeichnung und Kürzel des Grosskunden für Rechnungsstellung	X	X
2.10.2 Bezeichnung und Kürzel des Ablegers des Grosskunden für Zustellung der Auszüge	X	—
2.10.3 Weblink, der dem Grosskunden die Online-Bestellung ermöglicht (automatisch zugeteilt)	X	—
2.10.4 Passwort, welches dem Grosskunden die Erfassung einer Online-Bestellung ermöglicht	X	—
2.10.5 Zustellungsart des Auszugs: Angabe ob «Papier» oder «digital»	X	—
2.10.6 Bei Zustellung «Papier»:		
2.10.6.1 Angabe, ob mehr als 1 Auszug pro Person bestellt werden darf	X	—
2.10.6.2 Angabe, ob ein Auszug beglaubigt werden kann	X	—
2.10.6.3 Lieferadresse des Grosskunden	X	—
2.10.7 Angabe, ob Wohnadresse der Person, über die der Auszug bestellt wird, erfasst werden muss	X	—
2.10.8 Bei Zustellung «Digital»:		
2.10.8.1 E-Mail Adresse, an welche die Zustellung erfolgt	X	—
2.10.8.2 (Verschlüsseltes) Passwort, mit dem der Grosskunde, die Auszüge abholen kann	X	—
2.10.9 Kontaktdaten des Grosskunden (für interne Korrespondenz bei Rückfragen)		
2.10.9.1 Angaben für postalische Rückfragen	X	—
2.10.9.1 E-Mail-Adresse für elektronische Rückfragen	X	—
2.10.10 Kontaktdaten derjenigen Mitarbeiter, welche im Namen des Grosskunden eine Bestellung visieren dürfen mit Angabe der zuständigen Organisationseinheit sowie Nachnamen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der zuständigen Mitarbeiter	X	—

2.10.11 Korrespondenzsprache für Abrechnungsliste nach Ziff. 4.9	—	X
3. **Datensatz über die Auftragsverarbeitung bei eingegangenem Auftrag**		
3.1 Status der Auftragsabwicklung		
3.1.1 Angabe, dass Bestellformular noch nicht eingetroffen ist («open»)	X	—
3.1.2 Angabe, dass Bestellformular eingetroffen ist und geprüft worden ist («Eingang)	X	—
3.1.3 Angabe, dass Auszug zur Beglaubigung weitergeleitet wurde («Beglaubigung»)	X	—
3.1.4 Angabe, dass das Bestellformular zur Ergänzung zurückgesendet wurde («Rücksendung»)	X	—
3.1.5 Angabe, dass Auszug verarbeitet und zugestellt wurde («Ausgang»)	X	—
3.2 Datum und Uhrzeit der elektronischen Erfassung des Eingangs bei der registerführenden Stelle	X	—
3.3 Support-Kommentar (Freitextfeld)	X	—
3.4 Bei Rücksendung:		
3.4.1 Rücksendegrund		
3.4.1.1 Kopie Ausweis fehlt, unvollständige Kopie, unlesbare Kopie	X	—
3.4.1.2 Ledigname fehlt	X	—
3.4.1.3 Nachname und/oder Vornamen der Eltern fehlen	X	—
3.4.1.4 Unterschrift des Gesuchstellers bzw. der Person, über die der Auszug bestellt wird, fehlt	X	—
3.4.1.5 Visum oder Stempel des Monatsrechnungsempfängers fehlt	X	—
3.4.1.6 Digitale Unterschrift fehlt oder wurde nicht akzeptiert	X	—
3.4.1.7 Nur bei Sonderprivatauszug: Bestätigung des Arbeitgebers fehlt	X	—
3.4.1.8 Nur bei Sonderprivatauszug: Bestätigung des Arbeitgebers wurde nicht unterschrieben	X	—
3.4.1.9 Nur bei Sonderprivatauszug: Nicht befugter Arbeitgeber	X	—

3.4.2 Datum und Uhrzeit der Rücksendung	X	—
3.5 Bei Beglaubigung:		
3.5.1 Angabe, für welches Land die Beglaubigung erfolgen soll	X	X
3.5.2 Datum und Uhrzeit der Weiterleitung des Auszugs zur Beglaubigung	X	—
3.5.3 Begleitblatt für Bundeskanzlei	X	—
3.6 Automatisch generierte technische Supportinformationen über die Verarbeitung der Bestellung	X	—
3.7 Nutzerin oder Nutzer, die oder der in der Einzelverarbeitung als letzter die Korrektheit des Auszugs geprüft hat mit Benutzernummer	—	X
4. **Datensatz über die Bezahlung der Gebühren**		
4.1 Kosten der bestellten Auszüge (ohne Kosten nach Ziff. 4.2 und 4.3)	X	—
4.2 Zusätzliche Kosten der Beglaubigung	X	—
4.3 Zusätzliche Lieferkosten	X	—
4.4 Zahlungsart		
4.4.1 Online-Zahlung mit Angabe des verwendeten Zahlungsmittels	X	—
4.4.2 Nur für Grosskunden: Monatsrechnung	X	—
4.4.3 Postschalter	X	—
4.5 Status der Bezahlung mit Angabe, ob «bezahlt», «nicht bezahlt» oder Bezahlung «storniert» wurde	X	—
4.6 Transaktionsnummer der Bezahlung	X	—
4.7 Zeitpunkt des Abschlusses des Bezahlungsvorgangs	X	—
4.8 Informationen über die Rückerstattung	X	—

4.9 Abrechnungsliste für die Grosskunden		
4.9.1 Bezeichnung und Kürzel des Grosskunden nach Ziff. 2.10.1	—	X
4.9.2 Abrechnungszeitraum mit Angabe von Monat und Jahr	—	X
4.9.3 Druck- oder Signierdatum des Auszugs nach Ziff. 5.11	—	X
4.9.4 Anzahl der bestellten Auszüge pro bestellender Person nach Ziff. 2.6	—	X
4.9.5 Anzahl der bestellten Auszüge pro Grosskunde	—	X
4.9.6 Nachname, Vornamen und Geburtsdatum der bestellenden Person nach Ziff. 1.2–1.4	—	X
4.9.7 (automatisch vergebene) Rechnungsnummer	—	X
5. **Datensatz über den Versand der Auszüge**		
5.1 Datum der voraussichtlichen Zusendung des Auszugs (wird dem Besteller automatisch mitgeteilt entsprechend der eingegebenen Verarbeitungszeit)	X	—
5.2 Versanddatum des Auszugs	X	—
5.3 Zustellungsart des Auszugs		
5.3.1 Papier	X	X
5.3.2 Einschreiben	X	X
5.3.3 Ausland Kurier	X	X
5.3.4 Digital	X	X
5.4 Zustellstatus des digitalen Auszugs mit Angabe, ob Auszug «bereit» zur Abholung ist oder bereits «abgeholt» worden ist	X	—
5.5 Bei Abruf eines digitalen Auszugs: Datum und Uhrzeit der Abholung	X	—
5.6 Bei Zustellung durch ausländischen Kurier:		
5.6.1 Automatisch generierte Zustellnummer	X	—

5.6.2 Angabe des Kuriers	X	X
5.7 Bei Zustellung per Einschreiben: Zustellungsnummer	X	—
5.8 Datum und Uhrzeit des Versandes des beglaubigten Auszugs	X	—
5.9 Bei digitaler Zustellung: Elektronische Zustelladresse	X	—
5.10 Auszugsnummer	—	X
5.11 Druck- oder Signierdatum	—	X
5.12 Auszugstyp mit Angabe, ob mit Strafdaten «verzeichnet» oder «nicht verzeichnet	—	X
5.13 Status der Verarbeitung mit Angabe, ob Auszug «druckbereit», «ausgedruckt», «storniert» worden ist	—	X
5.14 PDF-Kopie des Privat- oder Sonderprivatauszuges inklusive allfälliger Begleitblätter für die Zustellung eines beglaubigten, mit Kurier zugestellten oder digital signierten Auszugs oder zur Abklärung, ob die im ausländischen Meldeformular nach Art. 22 Abs. 2 StReG enthaltenen Delikte eines Auslandurteils ins schweizerische Recht transponiert werden sollen.	—	X
6. **Datensatz über die Bestätigung des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde bei der Bestellung von Sonderprivatauszügen** (Erklärung nach Art. 55 Abs. 4 StReG)		
6.1 Gesuchsteller (betroffene Person) mit Nachname, Vornamen und Geburtsdatum	X	— (siehe Ziff. 1.2–1.4)
6.2 Bezeichnung des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde	X	X
6.3 Verantwortliche Person des Arbeitgebers, der Organisation oder der Bewilligungsbehörde		
6.3.1 Nachname und Vornamen	X	X
6.3.2 Funktion in der Organisationsstruktur	X	—
6.3.3 E-Mail Adresse	X	—
6.3.4 Telefonnummer	X	—

6.4	Datum der Bestätigung	X	—
6.5	Beschreibung der Tätigkeit der Privatperson, für die ein Sonderprivatauszug nach Art. 55 Abs. 1 und 1bis StReG verlangt werden kann	X	—
6.6	Transaktionsnummer der Bestätigung	X	—

Berechtigung zum Bearbeiten von identifizierenden Angaben zur Person

alle = alle Behörden (mit Eintragungsrecht für Identitäten) dürfen
BJ = nur registerführende Stelle beim Bundesamt für Justiz darf
EB = nur erfassende Behörde (mit Eintragungsrecht für Identitäten) darf
EB+BJ = nur erfassende Behörde (mit Eintragungsrecht für Identitäten) und registerführende Stelle beim Bundesamt für Justiz dürfen
N = niemand darf
SA = Systemautomatismus (Erfassung oder Änderung erfolgt automatisch)
— = Fall gibt es nicht

1. Fallkonstellationen bei **Hauptidentität (HI)**	**Erfassen**	**Ändern**	**Entfernen**
1.1 Hauptattribute mit AHV-Nummer und «Quelle UPI»	*alle*	*SA*	*N, wenn Strafdaten vorhanden* *alle, wenn keine Strafdaten vorhanden*
1.2 Hauptattribute ohne AHV-Nummer (vor gestartetem AHV-Nummer-Zuteilungsprozess)	*alle*	—	—
1.3 Hauptattribute ohne AHV-Nummer (während AHV-Nummer-Zuteilungsprozess mit Status «Zuteilung beantragt»)	—	*BJ*	*BJ, wenn keine Strafdaten vorhanden sind*
1.4 Hauptattribute ohne AHV-Nummer (nach abgelehntem AHV-Nummer-Zuteilungsprozess mit Status «Zuteilung abgelehnt»)	—	*BJ*	*BJ, wenn keine Strafdaten vorhanden sind*
1.5 Hauptattribute mit AHV-Nummer und «Quelle VOSTRA»	*alle*	*BJ*	*N, wenn Strafdaten vorhanden* *alle, wenn keine Strafdaten vorhanden*
1.6 Zusatzattribute	*alle*	*alle*	*alle*
1.7 Automatischer Herkunftsnachweis	*SA*	*N*	*N*
1.8 Manueller Herkunftsnachweis	*alle*	*alle*	*alle*

2. Fallkonstellationen beim **Bearbeitungsvermerk**	**Erfassen**	**Ändern**	**Entfernen**
2.1 Standardvermerk (wenn kein Zusatzvermerk vorhanden)	*alle*	*EB+BJ*	*EB+BJ*
2.2 Standardvermerk (wenn Zusatzvermerk vorhanden)	—	*BJ*	*N*
2.3 Nur Zusatzvermerk (wenn kein Standardvermerk vorhanden)	*N*	*N*	*N*
2.4 Nur Zusatzvermerk (wenn Standardvermerk vorhanden)	*BJ*	*BJ*	*BJ*
2.5 Gesamter Bearbeitungsvermerk	*BJ*	*BJ*	*BJ*

3. Fallkonstellationen bei **ehemaliger Identität (EI)**	**Erfassen**	**Ändern**	**Entfernen**
3.1 EI-Attribute (wenn keine durch UPI-Abgleich mutierte HI)	*alle*	*EB*	*EB*
3.2 EI-Attribute (wenn durch UPI-Abgleich mutierte HI)	*SA*	*BJ*	*BJ*

3.3 Automatischer Herkunftsnachweis	*SA*	*N*	*N*
3.4 Manueller Herkunftsnachweis	*alle*	*alle*	*alle*

4. Fallkonstellationen bei **Nebenidentität (NI)**	**Erfassen**	**Ändern**	**Entfernen**
4.1 NI-Attribute	*alle*	*EB*	*EB*
4.2 Automatischer Herkunftsnachweis	*SA*	*N*	*N*
4.3 Manueller Herkunftsnachweis	*alle*	*alle*	*alle*

5. Fallkonstellationen bei **Falschpersonalien (FAP)**	**Erfassen**	**Ändern**	**Entfernen**
5.1 FAP-Attribute	*alle*	*EB*	*EB*
5.2 Automatischer Herkunftsnachweis	*SA*	*N*	*N*
5.3 Manueller Herkunftsnachweis	*alle*	*alle*	*alle*

Anhang 10
(Art. 63)

Aufhebung und Änderung anderer Erlasse

I

Die Verordnung vom 29. September 2006[35] über das Strafregister wird aufgehoben.

II

Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 4. März 2011[36] über die Personensicherheitsprüfungen

Art. 19 Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. a

1 Die Fachstelle PSP VBS hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben über ein Abrufverfahren direkten Zugriff auf die nachfolgend genannten Register und Datenbanken im Umfang der entsprechenden Gesetze und Registerverordnungen:

a. das Strafregister-Informationssystems VOSTRA nach dem Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016[37];

2. Verordnung vom 24. Oktober 2007[38] über die Gebühren zum Ausländer- und Integrationsgesetz

Art. 8 Abs. 1 Bst. i

1 Die kantonalen Höchstgebühren im Zusammenhang mit ausländerrechtlichen Bewilligungen betragen:

	Fr.
i. für das Einholen eines Auszugs aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA oder aus einem ausländischen Strafregister	25

35 SR **331**
36 SR **120.4**
37 SR **…**
38 SR **142.209**

3. Verordnung vom 20. September 2002[39] über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige

Art. 15 Abs. 1 Bst. a

1 Zur Überprüfung des guten Rufes kann das Bundesamt neben der Anordnung einer Personensicherheitsprüfung namentlich die folgenden Unterlagen von natürlichen oder juristischen Personen gemäss Artikel 6a Absätze 1 und 2 AwG, beziehungsweise deren Organe, einfordern:

a. Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA;

4. Verordnung vom 24. Oktober 2007[40] über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit

Art. 72b Abs. 1 Bst. a

1 Zur Überprüfung des guten Rufes der mit der Ausfertigung des biometrischen Ausländerausweises betrauten Stelle kann das SEM nach Artikel 41*b* AIG neben der Anordnung einer Personensicherheitsprüfung namentlich die folgenden Unterlagen von natürlichen oder von juristischen Personen oder deren Organen einfordern:

a. Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA;

5. Verordnung vom 5. Juli 2006[41] über Gebühren für Dienstleistungen des Bundesamtes für Justiz

Art. 1 Abs. 2 Bst. c

2 Diese Verordnung gilt nicht für Verfügungen und Dienstleistungen:

c. der registerführenden Stelle des Strafregister-Informationssystems VOSTRA;

6. Verordnung vom 12. Februar 2020[42] über das öffentliche Beschaffungswesen

Anhang 3 Ziff. 17

17. Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA der verantwortlichen Führungskräfte sowie der für die Ausführung des ausgeschriebenen Auftrages vorgesehenen verantwortlichen Personen.

39 SR **143.11**
40 SR **142.201**
41 SR **172.041.14**
42 SR **172.056.11**

7. Organisationsverordnung vom 17. November 1999[43] für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

Art. 8 Abs. 1 Bst. d

1 Das BJ führt unter anderen:

d. das Strafregister-Informationssystems VOSTRA unter Mitwirkung anderer Bundesbehörden und der Kantone.

8. Verordnung vom 29. Juni 2011[44] über die Adoption

Art. 5 Abs. 6 erster Satz

6 Zur Abklärung nach Absatz 2 Buchstabe d Ziffer 3 holt die kantonale Behörde einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. …

9. Verordnung vom 19. Oktober 1977[45] über die Aufnahme von Pflegekindern

Art. 7

Die Behörde hat die Verhältnisse in geeigneter Weise, vorab durch Hausbesuche und nötigenfalls unter Beizug von Sachverständigen, abzuklären. Für die Überprüfung des Leumunds der Pflegeeltern holt sie einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen kann sie einen Privatauszug aus VOSTRA verlangen.

Art. 10 Abs. 2

2 Diese Person prüft, ob die Voraussetzungen für die Weiterführung des Pflegeverhältnisses erfüllt sind. Insbesondere holt sie zur Überprüfung des Leumunds der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen kann sie einen Privatauszug aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

Art. 12 Abs. 2

2 Die Aufsicht der Behörde richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

43 SR **172.213.1**
44 SR **211.221.36**
45 SR **211.222.338**

Art. 14 Abs. 1 Bst. c

1 Das Gesuch muss alle sachdienlichen, mindestens aber folgende Angaben enthalten:

c. Personalien und Ausbildung der Leiterin oder des Leiters sowie der Mitarbeitenden;

Art. 15 Abs. 2

2 Bevor sie die Bewilligung erteilt, prüft die Behörde in geeigneter Weise, insbesondere durch Augenschein, Besprechungen und Erkundigungen und wenn nötig unter Beizug von Sachverständigen, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Zur Überprüfung des Leumunds der Leiterin oder des Leiters sowie aller Mitarbeitenden holt sie zudem einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein.

Art. 17 Sachüberschrift und Abs. 3

Führen von Verzeichnissen

3 Die Leitung oder Trägerschaft der Einrichtung stellt der Aufsichtsbehörde jährlich ein Verzeichnis mit den Personalien der Leiterin oder des Leiters sowie der Mitarbeitenden zu.

Art. 18 Abs. 1 und 4

1 Der Leiter und gegebenenfalls der Träger des Heims haben der Behörde beabsichtigte wesentliche Änderungen der Organisation, der Einrichtungen oder der Tätigkeit des Heims, insbesondere die Anstellung neuer Mitarbeitender sowie die Erweiterung, Verlegung oder Einstellung des Betriebs, rechtzeitig im Voraus mitzuteilen.

4 Zur Prüfung des Leumunds der neu gemeldeten Mitarbeitenden hat die Behörde einen Behördenauszug 2 einzuholen.

Art. 19 Abs. 4

4 Anhand des von der Einrichtung nach Artikel 17 Absatz 3 zugestellten Verzeichnisses überprüft die Behörde jährlich den Leumund der darin aufgeführten Personen und holt dazu einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein.

Art. 20b Abs. 1 Bst. b und c sowie 3

1 Die Meldung der Anbieterin oder des Anbieters muss mindestens folgende Angaben und Belege enthalten:

b. Personalien der geschäftsführenden Personen sowie Personalien und berufliche Qualifikationen der mit den Dienstleistungen betrauten Personen;

c. *Aufgehoben*

3 Zur Überprüfung des Leumunds der geschäftsführenden und der mit den Dienstleistungen betrauten Personen hat die Behörde bei Eingang der Meldung einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA einzuholen.

Art. 20c Abs. 2 Bst. b und 3

2 Zu melden sind insbesondere:

b. Wechsel der geschäftsführenden sowie mit den Dienstleistungen betrauten Personen;

3 Die Behörde prüft die Meldungen und holt bei Änderungen nach Absatz 2 Buchstabe b einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein.

Art. 20d Abs. 3a

3*a* Die Anbieterinnen und Anbieter führen zudem ein Verzeichnis mit den Personalien der geschäftsführenden und der mit den Dienstleistungen betrauten Personen.

Art. 20e Abs. 3

3 Anhand des zugestellten Verzeichnisses nach Artikel 20*d* Absatz 3*a* überprüft die Behörde jährlich den Leumund der darin aufgeführten Personen und holt dazu einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein.

10. Verordnung vom 21. Mai 2008[46] über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer

Art. 17 Bst. c

In das Register der Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (Geometerregister) eingetragen werden können Personen:

c. die nicht strafrechtlich verurteilt wurden wegen Handlungen, die im Privatauszug des Strafregister-Informationssystems VOSTRA erscheinen und mit der Ausübung des Geometerberufs unvereinbar sind; und

Art. 18 Abs. 2 Bst. c

2 Dem Gesuch sind folgende Urkunden beizulegen:

c. aktueller Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystems VOSTRA;

11. Verordnung vom 10. November 1999[47] über die berufsmässige Vermittlung von Personen aus dem Ausland oder ins Ausland zu Ehe oder fester Partnerschaft

Art. 5 Abs. 3 Bst. a

3 Dem Bewilligungsgesuch sind beizulegen:

46 SR **211.432.261**
47 SR **221.218.2**

a. der Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA für die gesuchstellende Person und für die Personen, die für die Vermittlung verantwortlich sind;

Art. 6 Bst. b

Die Bewilligung wird erteilt, wenn:

b. auf Grund des Bewilligungsgesuchs und der beigelegten Dokumente, namentlich der Privatauszüge aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA, anzunehmen ist, dass die Vermittlungstätigkeit sorgfältig und rechtmässig sein wird;

12. Verordnung vom 24. Oktober 1979[48] über die Militärstrafrechtspflege

Art. 60 Abs. 2 Bst. b Ziff. 1

2 Das Urteilsdispositiv wird folgenden Stellen zugestellt:

b. unverzüglich nach Eintritt der Rechtskraft:

1. der Koordinationsstelle der Militärjustiz zur Eintragung in das Strafregister-Informationssystem VOSTRA,

13. Verordnung vom 3. Dezember 2004[49] über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekannten oder vermissten Personen

Art. 2a Bst. d

Dem Gesuch um Anerkennung sind folgende Unterlagen beizulegen:

d. Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA sowie Auszug aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursregister der mit der Geschäftsführung betrauten Personen;

48 SR **322.2**
49 SR **363.1**

14. Verordnung vom 15. Oktober 2008[50] über das informatisierte Personennachweis, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im Bundesamt für Polizei

Art. 7 Abs. 1 Bst. h

[1] Fedpol kann im Rahmen der Amtshilfe aus dem IPAS stammende Daten folgenden Behörden auf Anfrage bekannt geben, soweit die Daten zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe der anfragenden Behörde erforderlich sind:

h. der registerführenden Stelle im Bundesamt für Justiz für die Personenidentifikation im Strafregister-Informationssystem VOSTRA beim Verdacht auf falsch verknüpfte Daten;

15. Verordnung vom 6. Dezember 2013[51] über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten

Art. 17 Löschung von Daten ausländischen erkennungsdienstlichen Daten

Ausländische erkennungsdienstliche Daten werden 30 Jahre nach deren Erfassung im IPAS gelöscht, falls sie nicht bereits nach Artikel 16–19 des DNA-Profil-Gesetzes vom 20. Juni 2003[52] gelöscht worden sind.

Art. 19–21

Aufgehoben

16. Verordnung vom 12. Oktober 2016[53] über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport

Art. 5 Abs. 3 Bst. a

[3] Die folgenden Daten werden während folgender verkürzten Dauer aufbewahrt:

a. Strafdaten, soweit sie zur Begründung eines Entscheids betreffend Erteilung, Sistierung oder Entzug einer Anerkennung als J+S-Kader erforderlich sind und sofern sie im Strafregister-Informationssystems VOSTRA nicht mehr im Behördenauszug 2 erscheinen: bis die betroffene Person die Vernichtung der Daten verlangt;

50 SR **361.2**
51 SR **361.3**
52 SR **363**
53 SR **415.11**

17. Verordnung vom 30. Juni 1993[54] über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes

Anhang Ziff. 88

Erhebungsorgan:	**Bundesamt für Statistik**
Erhebungsgegenstand:	Im Strafregister-Informationssystem VOSTRA eingetragene rechtskräftige Grundurteile und nachträglichen Entscheide betreffend Personen über 18 Jahren, Identifikationscode, soziodemografische Merkmale, Straftaten und Sanktionen
Art der Erhebung und Erhebungsmethode:	Alle in VOSTRA eingetragenen Grundurteile und nachträglichen Entscheide; Verknüpfung mit Daten der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), ausschliesslich zur Ergänzung eines fehlenden Aufenthaltsstatus.

18. Verordnung vom 22. November 2017[55] über die Militärdienstpflicht

Art. 22 Abs. 3 Bst. c Ziff. 2

3 Wer ein Gesuch stellt, muss:

c. folgende Unterlagen beilegen:

2. einen aktuellen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystems VOSTRA,

19. Verordnung vom 2. Juli 2008[56] über Waffen, Waffenzubehör und Munition

In den Artikeln 18 Absätze 3 und 4 sowie 24 Absatz 3 wird der Ausdruck «Auszug aus dem schweizerischen Strafregister» durch «Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA» ersetzt.

Art. 11 Abs. 3 Bst. b

Aufgehoben

54 SR **431.012.1**
55 SR **512.21**
56 SR **514.541**

Art. 12 Abs. 3 Bst. a
Aufgehoben

Art. 13d Abs. 2 Bst. a
Aufgehoben

Art. 13h Abs. 2 Bst. a
Aufgehoben

Art. 15 Abs. 2 Bst. a
Aufgehoben

Art. 28 Abs. 1 Bst. a
Aufgehoben

Art. 35 Abs. 2 Bst. a
Aufgehoben

Art. 39 Abs. 1 Bst. b
Aufgehoben

Art. 46 Abs. 3 Bst. a
Aufgehoben

Art. 48 Abs. 1 Bst. a
Aufgehoben

20. Verordnung vom 27. Oktober 1976[57] über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr

Art. 11b Abs. 2

2 Sie kann einen Behördenauszug 3 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA und in Zweifelsfällen einen polizeilichen Führungsbericht einholen.

57 SR **741.51**

21. Verordnung vom 2. September 2015[58] über die Zulassung als Strassentransportunternehmen im Personen- und Güterverkehr

Art. 2 erster Satz

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit ist ein Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA des Verkehrsleiters oder der Verkehrsleiterin vorzulegen. …

22. Vollziehungsverordnung vom 6. Juli 1951[59] zum Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmungen

Art. 17 Abs. 3

3 Der Führerausweis für Trolleybusse bildet eine eigene Kategorie des Führerausweises. Er darf nur Personen erteilt werden, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und die den ärztlichen Minimalanforderungen zur Führung eines schweren Motorwagens zum Personentransport entsprechen. Der Bewerber hat ein Zeugnis eines durch die kantonale Behörde anerkannten Arztes, ein Leumundszeugnis und einen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA beizubringen.

23. Verordnung vom 25. Mai 2011[60] über die Betäubungsmittelkontrolle

Art. 15 Abs. 2 Bst. b

2 Dem Bewilligungsgesuch sind folgende Ausweise beizulegen:

b. Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA der verantwortlichen Person, der nicht älter als sechs Monate ist; von einer Person mit Wohnsitz im Ausland kann die zuständige Behörde auch einen ausländischen Strafregisterauszug verlangen;

24. Verordnung vom 14. November 2018[61] über die Bewilligungen im Arzneimittelbereich

Art. 39 Abs. 4

4 Sie kann einen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA oder einen Auszug aus einem ausländischen Strafregister verlangen.

58 SR **744.103**
59 SR **744.211**
60 SR **812.121.1**
61 SR **812.212.1**

25. Verordnung vom 11. September 2002[62] über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

Art. 7b Abs. 1 Bst. a

[1] Die Bewilligung wird erteilt, wenn:

a. im Privatauszug der gesuchstellenden Person nach Artikel 41 des Strafregistergesetzes vom 17. Juni 2016[63] kein Delikt aufgeführt ist, das einen Bezug zur bewilligungspflichtigen Tätigkeit erkennen lässt;

26. Verordnung vom 22. Juni 2011[64] über die Aufsicht in der beruflichen Vorsorge

Art. 12 Abs. 3 Bst. a

[3] Für die Prüfung der Integrität und der Loyalität der Verantwortlichen müssen sie der Aufsichtsbehörde zudem folgende Unterlagen einreichen:

a. bei natürlichen Personen: Angaben über Nationalität, Wohnsitz, qualifizierte Beteiligungen an anderen Gesellschaften und hängige Gerichts- und Verwaltungsverfahren, einen unterzeichneten Lebenslauf, Referenzen und einen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA;

Art. 13 Abs. 3 Bst. a

[3] Bei der Prüfung der Integrität und Loyalität der Verantwortlichen berücksichtigt sie insbesondere:

a. strafrechtliche Verurteilungen, die im Privatauszug des Strafregister-Informationssystems VOSTRA erscheinen;

27. Verordnung vom 8. Mai 1934[65] über die Kontrolle des Verkehrs mit Edelmetallen und Edelmetallwaren

Ersatz eines Ausdrucks

In den Artikeln 21 Absatz 1, 165a, 165b Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 Buchstabe b wird der Ausdruck «Auszug aus dem schweizerischen Strafregister» durch «Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA» ersetzt.

62 SR **830.11**
63 SR **…**
64 SR **831.435.1**
65 SR **941.311**

28. Verordnung vom 4. September 2002[66] über das Gewerbe der Reisenden

Art. 7 Abs. 1 Bst. c

1 Die in Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes verlangten Dokumente müssen folgende Anforderungen erfüllen:

c. Der Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA muss innerhalb des letzten Monats ausgestellt worden sein.

Art. 8 Abs. 2

2 Kommt nach der Prüfung des Privatauszugs aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA eine Verweigerung der Bewilligung nach Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes in Betracht, so holt die zuständige kantonale Stelle beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) einen Vorbescheid ein. Sie übermittelt ihm dazu ohne Verzug das Bewilligungsgesuch sowie den Privatauszug und teilt das Datum mit, an dem die gesuchstellende Person ihre Tätigkeit aufnehmen will.

Art. 15 Abs. 2 erster Satz und 4 Bst. b

2 Kommt eine Verweigerung nach Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes in Frage, so leiten die ermächtigten Unternehmen und Branchenverbände das Gesuchsformular und den Privatauszugs aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA der entsprechenden Person an die zuständige kantonale Stelle weiter. …

4 Innerhalb von sieben Tagen seit der Abgabe oder der Erneuerung der Ausweiskarte übermitteln sie der zuständigen kantonalen Stelle:

b. eine Kopie des Privatauszugs des oder der Reisenden;

Art. 17 Abs. 1 zweiter Satz

1 … Sie überprüft zu diesem Zwecke periodisch die Kopien der Privatauszüge aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA und der Ausweiskarten.

Art. 27

Bestehen Anzeichen dafür, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, so kann die zuständige kantonale Stelle die betroffene Person auffordern, einen aktuellen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA einzureichen.

66 SR **943.11**

29. Verordnung vom 30. April 2014[67] über die Banken und Sparkassen

Art. 8 Abs. 1 Bst. a Ziff. 4

[1] Das Gesuch um Bewilligung für eine neue Bank oder Person nach Artikel 1*b* BankG muss zu den mit der Verwaltung und Geschäftsführung betrauten Personen nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c BankG sowie zu den Inhaberinnen und Inhabern einer qualifizierten Beteiligung nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c^{bis} BankG insbesondere folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

a. zu natürlichen Personen:

4. einen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA und einen Betreibungsregisterauszug oder entsprechende ausländische Bestätigungen bei Wohnsitz im Ausland;

30. Verordnung vom 6. November 2019[68] über die Finanzinstitute

Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 4

[1] Das Gesuch um Bewilligung für ein neues Finanzinstitut muss zu den mit der Verwaltung und Geschäftsführung betrauten Personen nach Artikel 11 Absätze 1 und 2 FINIG sowie zu den Inhaberinnen und Inhabern einer qualifizierten Beteiligung nach Artikel 11 Absatz 3 FINIG insbesondere folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

a. zu natürlichen Personen:

4. einen Privatauszug aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA und einen Betreibungsregisterauszug oder entsprechende ausländische Bestätigungen bei Wohnsitz im Ausland;

31. Verordnung vom 9. November 2005[69] über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen

Art. 185 Bst. b

Die Versicherungsvermittler und Versicherungsvermittlerinnen erfüllen folgende persönliche Voraussetzungen:

b. Es liegt keine strafrechtliche Verurteilung vor wegen Handlungen, die mit der Versicherungsvermittlungstätigkeit nicht zu vereinbaren sind und die im Privatauszug des Strafregister-Informationssystems VOSTRA oder in einer entsprechenden ausländischen Bestätigung für Personen mit Wohnsitz im Ausland erscheinen;

67 SR **952.02**
68 SR **954.11**
69 SR **961.011**

Art. 189 Abs. 1 Bst. i

[1] Der registrierte Versicherungsvermittler und die registrierte Versicherungsvermittlerin sind verpflichtet, der FINMA innert 14 Tagen nach Kenntnis folgende Änderungen bekannt zu geben:

i. Verurteilungen wegen strafbarer Handlungen gegen das Vermögen nach den Artikeln 137–172ter StGB, die im Strafregister-Informationssystem-VOSTRA eingetragen werden;

Ordonnance sur le casier judiciaire informatique VOSTRA
(Ordonnance sur le casier judiciaire, OCJ)

du …

Le Conseil fédéral suisse,
vu la loi du 17 juin 2016 sur le casier judiciaire (LCJ)[1],
arrête:

Chapitre 1 Objet et définitions

Art. 1 Objet

La présente ordonnance contient les dispositions d'exécution de la LCJ.

Art. 2 Définitions

Au sens de la présente ordonnance, on entend par:

a. *autorités qui gèrent VOSTRA*: les autorités responsables de VOSTRA suivantes:
   1. le service de l'Office fédéral de la justice chargé de VOSTRA visé à l'art. 3 LCJ (Service du casier judiciaire),
   2. les services de coordination cantonaux visés à l'art. 4 LCJ (SERCO),
   3. le service de coordination de la justice militaire visé à l'art. 5 LCJ (SERCO militaire);

b. *autorité raccordée:* toute autorité qui dispose d'un droit opérationnel de consultation ou de saisie en ligne;

c. *droit d'accès en ligne:* le droit de consulter des données (droit de consultation en ligne) ou de saisir, modifier et éliminer des données (droit de saisie en ligne) par l'intermédiaire de l'application Web de VOSTRA;

d. *données d'identification*: les données citées à l'art. 17, al. 1, LCJ, visant à identifier une personne déterminée.

Chapitre 2 Obligations de transmettre des données

Art. 3 Données relevant de l'entraide judiciaire internationale (art. 7 LCJ)

Le service de l'Office fédéral de la justice chargé de l'entraide judiciaire internationale transmet au Service du casier judiciaire, en vue de leur saisie dans VOSTRA:

RS .....
[1] RS **...**

a. toutes les décisions ultérieures rendues à l'encontre de Suisses dont l'objet est un exequatur suisse relatif à un jugement étranger;

b. en cas d'extradition ou de transfèrement en vue d'une exécution de sanction à l'étranger:

   1. la date à laquelle la personne concernée a quitté la Suisse,

   2. la raison du départ (extradition ou transfèrement).

Art. 4 Décisions de révocation

[1] L'autorité qui saisit un jugement a les obligations suivantes:

a. si elle constate que le juge a révoqué un sursis sans fixer de peine d'ensemble au sens de l'art. 46, al. 1, du code pénal (CP)[2], de l'art. 31, al. 2, du droit pénal des mineurs du 20 juin 2003 (DPMin)[3] ou de l'art. 40, al. 1, du code pénal militaire du 13 juin 1927 (CPM)[4], elle transmet la décision de révocation à l'autorité compétente pour l'exécution de la peine qui était assortie du sursis;

b. si elle constate que le juge a révoqué la libération conditionnelle de l'exécution d'une peine ou d'une mesure sans fixer de peine d'ensemble au sens de l'art. 62*a*, al. 2, ou 89, al. 6, CP, ou de l'art. 31, al. 2, DPMin, elle transmet la décision de révocation à l'autorité compétente pour l'exécution du solde de la peine.

Chapitre 3 Droits d'accès en ligne

Art. 5 Droit de saisie

[1] Le règlement sur le traitement des données définit le droit de saisie de chaque type d'autorité et son étendue.

[2] Pour chaque type d'autorité, le droit de saisir des données pénales est limité au minimum nécessaire.

[3] Les autorités qui n'ont pas le droit de saisir des données pénales n'ont pas non plus le droit de saisir des données d'identification, à l'exception des autorités qui gèrent VOSTRA, lesquelles peuvent saisir des données d'identification en leur propre nom.

Art. 6 Droit de modifier et d'éliminer des données des autorités qui gèrent VOSTRA
(art. 11, al. 2, let. b, LCJ)

[1] Les autorités qui gèrent VOSTRA ont le droit de modifier et d'éliminer toutes les données dans leur domaine de compétence respectif.

2 RS **311.0**
3 RS **311.1**
4 RS **321.0**

[2] Elles peuvent, dans leur domaine de compétence respectif, se connecter au nom de l'autorité pour laquelle elles saisissent les données afin de modifier ou d'éliminer ces dernières. Le traitement des données d'identification par le Service du casier judiciaire au sens de l'annexe 9 est réservé.

Art. 7 Règles particulières concernant la modification et l'élimination des données d'identification
(art. 11, al. 3, LCJ)

Le droit de modifier et d'éliminer les données d'identification est réglé à l'annexe 9.

Art. 8 Conditions d'octroi et de retrait des droits d'accès en ligne
(art. 3, al. 2, let. b, LCJ)

[1] Le Service du casier judiciaire octroie à l'utilisateur un droit de consultation en ligne lorsque les conditions suivantes sont réunies:

a. le droit de consultation en ligne de l'autorité concernée repose sur une base légale au sens formel;

b. l'utilisation prévue des données de VOSTRA correspond aux buts de l'accès définis par la loi;

c. les données nécessaires à la gestion des utilisateurs et des autorités sont complètes et exactes;

d. le droit de consultation en ligne de l'utilisateur ne lui a pas été retiré;

e. l'octroi du droit de consultation en ligne à l'utilisateur répond au principe de proportionnalité, notamment du fait:
   1. qu'il a besoin de pouvoir consulter souvent VOSTRA,
   2. que seuls quelques utilisateurs peuvent déjà consulter VOSTRA en ligne pour l'autorité concernée,
   3. que l'autorité concernée a besoin de pouvoir agir en urgence en dehors des heures habituelles de bureau,
   4. que l'organisation de l'autorité concernée ne permet pas de centraliser les droits de consultation auprès de quelques utilisateurs;

f. l'utilisateur a fourni par écrit les indications nécessaires pour juger du respect des conditions énumérées aux let. a à e.

[2] Lorsque les conditions suivantes supplémentaires sont réunies, il octroie à l'utilisateur un droit de saisie en ligne:

a. le droit de saisie en ligne de l'autorité concernée repose sur une base légale au sens formel;

b. la décision de principe de saisie décentralisée des données du casier judiciaire a été prise en vertu de l'art. 6, al. 2, LCJ; cette condition ne s'applique pas aux collaborateurs d'une autorité qui gère VOSTRA;

c. l'utilisateur est formé de manière adéquate à la saisie des données et a suivi avec succès les cours ordonnés par le Service du casier judiciaire;

d. son droit de saisie en ligne n'a pas été retiré;

e. il a fourni par écrit les indications nécessaires pour juger du respect des conditions énumérées aux al. 1 et 2, let. a et b.

3 Si les conditions fixées à l'al. 2 ne sont plus remplies, le Service du casier judiciaire retire à l'utilisateur son droit de saisie en ligne; il lui laisse uniquement un droit de consultation en ligne. Tel peut aussi être le cas si l'utilisateur a fait, de manière répétée, des erreurs graves en saisissant des données.

4 Si les conditions fixées à l'al. 1 ne sont plus remplies, le Service du casier judiciaire retire à l'utilisateur son droit de consultation en ligne. Tel peut aussi être le cas s'il a utilisé son droit de consultation, intentionnellement et de manière répétée, à des fins illicites. Le retrait du droit de consultation en ligne entraîne le retrait du droit de saisie en ligne.

5 Le Service du casier judiciaire peut inscrire les utilisateurs fautifs et les mesures prises à leur encontre dans une banque de données à part dans la mesure où cela lui est nécessaire pour octroyer et retirer les droits d'accès en ligne.

Art. 9 Collaboration entre les organes de protection des données et le Service du casier judiciaire en matière de contrôle des finalités de la consultation de données
(art. 3, al. 2, let. g, et 9 LCJ)

1 Les organes de protection des données compétents des autorités qui consultent VOSTRA en ligne ou qui demandent des extraits par écrit apportent leur soutien au Service du casier judiciaire de la manière suivante concernant les contrôles par sondage des finalités de la consultation des données:

a. le Service du casier judiciaire annonce et mène les contrôles en accord avec l'organe de protection des données compétent de l'autorité concernée;

b. l'organe de protection des données compétent vérifie à quels documents le Service du casier judiciaire doit avoir accès dans un cas concret pour retracer la finalité d'une consultation de données;

c. si un intérêt public prépondérant s'oppose à ce que le Service du casier judiciaire mène le contrôle annoncé, l'organe de protection des données compétent peut y procéder lui-même; dans ce cas, il confirme au Service du casier judiciaire que les données sont traitées dans les règles ou lui signale les utilisateurs fautifs.

2 Le Service du casier judiciaire mène au maximum deux contrôles par an et par autorité raccordée. Il tient compte de la charge de travail de l'organe de protection des données compétent lorsqu'il fixe la date du contrôle. Il peut augmenter la fréquence des contrôles si des abus ont été constatés.

Art. 10 Utilisation des interfaces standard
(art. 3, al. 2, let. e, 6 et 43 à 48 LCJ)

1 Toute autorité ayant un droit de saisie en ligne dans VOSTRA peut utiliser l'interface standard de VOSTRA servant à y importer les données depuis son appli-

cation (application externe). La décision de relier l'application d'une autorité à cette interface peut être considérée comme une décision de principe de saisie décentralisée des données du casier judiciaire au sens de l'art. 6, al. 2, LCJ.

[2] Toute autorité ayant un droit de consultation en ligne de VOSTRA peut utiliser les interfaces standard de VOSTRA suivantes:

a. l'interface servant à exporter les données destinées aux extraits du casier judiciaire vers les applications externes;

b. l'interface servant à lancer des recherches dans VOSTRA depuis une application externe (système de concordance/non-concordance).

[3] Toute autorité suisse peut utiliser le service Web des données de base de VOSTRA pour se procurer des données de base de VOSTRA sans caractère personnel. Le raccordement à ce service Web est obligatoire pour importer des données dans VOSTRA par l'interface visée à l'al. 1 ou pour en exporter des données structurées par l'interface visée à l'al. 2, let. a.

[4] L'application externe est reliée à une interface VOSTRA selon les modalités suivantes:

a. elle doit satisfaire aux conditions techniques des spécifications de l'interface et aux prescriptions applicables aux services Web du Département fédéral de justice et police (DFJP);

b. le bon fonctionnement de l'interface doit être testé; le Service du casier judiciaire détermine les tests à mener et le résultat à atteindre;

c. dès que le test est réussi, le Service du casier judiciaire active l'interface pour l'autorité concernée;

d. l'autorité concernée supporte les coûts que lui occasionne la connexion à l'interface.

[5] L'autorité qui importe des données pénales dans VOSTRA par le biais de l'interface standard doit vérifier de nouveau que ces données sont complètes et exactes après l'importation.

Chapitre 4 Sécurité des données, exigences techniques, journalisation conforme au droit de la protection des données et communication de données anonymisées

Art. 11 Sécurité des données (art. 14 LCJ)

[1] La sécurité des données est régie notamment par:

a. l'ordonnance du 14 juin 1993 relative à la loi fédérale sur la protection des données (OLPD)[5];

b. l'ordonnance du 27 mai 2020 sur les cyberrisques[6].

[5] RS **235.11**

2 Les autorités raccordées prennent dans leur domaine les mesures organisationnelles et techniques nécessaires à l'application de ces prescriptions. Les autorités cantonales veillent notamment à la mise en œuvre d'une protection informatique de base similaire à celle de l'administration fédérale dans leur domaine de compétence.

3 Le Service du casier judiciaire veille au respect des mesures garantissant la sécurité informatique.

Art. 12 Exigences techniques
(art. 14 LCJ)

1 L'infrastructure informatique des cantons doit satisfaire aux exigences techniques applicables à l'informatique au niveau fédéral.

2 Le DFJP peut édicter des instructions pour régler les détails.

Art. 13 Journalisation conforme au droit de la protection des données

1 Tout traitement de données dans VOSTRA est journalisé conformément à l'art. 10 OLPD[7].

2 La journalisation conforme au droit de la protection des données s'effectue en sus de la journalisation des consultations prévue à l'art. 25 LCJ.

Art. 14 Communication de données anonymisées
(art. 15 LCJ)

1 Le traitement de données personnelles de VOSTRA à des fins de recherche, de planification et de statistique est régi par l'art. 22 de la loi du 19 juin 1992 sur la protection des données[8].

2 Le Service du casier judiciaire statue sur les demandes de traitement au sens de l'al. 1.

3 Il fixe par contrat les conditions que doit remplir le destinataire en matière de traitement des données lorsque cela est nécessaire pour garantir que les données de VOSTRA sont utilisées de manière sûre et à des fins ne se rapportant pas à des personnes.

6 RS **120.73**
7 RS **235.11**
8 RS **235.1**

Chapitre 5 Contenu de VOSTRA

Section 1 Données saisies dans le système de gestion des données pénales

Art. 15 Données d'identification de la personne
(art. 17, al. 2, LCJ)

Les catégories et champs de données d'identification sont énumérés à l'annexe 1, 1re colonne.

Art. 16 Conditions applicables à la saisie des infractions lorsque la culpabilité de l'auteur est reconnue mais qu'aucune peine n'est prononcée
(art. 18, al. 1, let. c, ch. 1 et 3, 3e tiret, et al. 2, LCJ)

1 Si, en application de l'art. 52 CP[9] ou d'une disposition spéciale analogue, aucune peine n'est prononcée dans un jugement pour crime ou délit dans lequel la culpabilité de l'auteur est reconnue, parce que la culpabilité de l'auteur et les conséquences de son acte sont peu importantes, ni l'infraction ni ses conséquences juridiques ne sont enregistrées dans VOSTRA.

2 Si, en application de l'art. 52 CP ou d'une disposition spéciale analogue, aucune peine n'est prononcée dans un jugement pour contravention dans lequel la culpabilité de l'auteur est reconnue, parce que la culpabilité de l'auteur et les conséquences de son acte sont peu importantes, la contravention n'est pas enregistrée dans VOSTRA, même si elle fait partie d'un jugement qui porte sur d'autres infractions donnant lieu à la saisie dans VOSTRA.

Art. 17 Conditions applicables à la saisie des jugements portant sur des infractions commises avant et après l'âge de 18 ans
(art. 18 et 19 LCJ)

1 Un jugement portant sur des infractions commises avant et après les 18 ans de l'auteur est saisi dans son intégralité s'il remplit les conditions applicables à la saisie d'infractions commises par un adulte (art. 18, al. 1, et 19, let. d, ch. 1, LCJ) ou celles applicables à la saisie d'infractions commises par un mineur (art. 18, al. 2, et 19, let. d, ch. 2, LCJ), ou à la fois les unes et les autres.

2 Si des sanctions donnant lieu à la saisie sont prononcées dans un jugement rendu à l'étranger, l'autorité qui le saisit présume que les sanctions donnant lieu à la saisie se rapportent aux infractions commises en tant que mineur si elles relèvent du droit des mineurs et aux infractions en tant qu'adulte si elles relèvent du droit des adultes. Cette présomption peut être infirmée par la présentation d'une copie du jugement.

9 RS **311.0**

Art. 18 Conditions applicables à la saisie des jugements portant sur une peine complémentaire, une peine partiellement complémentaire ou une peine d'ensemble
(art. 18, 19 et 20, al. 4, LCJ)

Si une peine complémentaire, une peine partiellement complémentaire ou une peine d'ensemble est prononcée, les conditions applicables à la saisie du jugement en vertu des art. 18 et 19 LCJ doivent être appréciées sans égard aux prononcés qui se rapportent à ce jugement.

Art. 19 Saisie des infractions sanctionnées par un jugement étranger
(art. 20, al. 1, let. e, et 5, LCJ)

1 L'infraction analogue en droit suisse à celle sanctionnée par le jugement étranger est saisie dans VOSTRA si l'infraction étrangère:

a. appartient à la liste de l'art. 30, al. 2, let. c, LCJ;

b. a été commise durant le délai d'épreuve visé à l'art. 40, al. 3, let. c, LCJ;

c. figure sur un extrait destiné aux particuliers ou un extrait spécial et que la personne qui a demandé l'extrait requiert expressément sa transposition en droit suisse;

d. peut être transposée en une infraction analogue du droit suisse sans travail excessif.

2 Si les conditions de l'al. 1 ne sont pas réunies, la mention de l'infraction analogue en droit suisse est remplacée dans VOSTRA par:

a. la mention « infraction à une loi étrangère », avec un renvoi à la copie du formulaire de communication reçu de l'étranger, qui contient la qualification concrète de l'infraction relevant du droit étranger, et

b. l'indication de la catégorie de référence de l'infraction au sens des al. 3 à 5.

3 La catégorie de référence désigne la classe d'infractions à laquelle appartient l'acte sanctionné dans le jugement étranger, à titre d'aide à l'interprétation des formulaires de communication, souvent remplis dans une langue étrangère.

4 Le Service du casier judiciaire définit les catégories de référence en se basant sur les subdivisions du CP[10] et du CPM[11] et sur les domaines du droit pénal accessoire.

5 Seules les données saisies après l'entrée en vigueur de la LCJ selon l'al. 2, let. a, sont accompagnées d'une catégorie de référence.

Art. 20 Saisie des sanctions
(art. 20, al. 1, let. f, LCJ)

1 Si un jugement doit être saisi, toutes les sanctions relevant du CP[12], du CPM[13], du DPMin[14] ou du droit pénal accessoire fédéral qui y sont prononcées doivent être enregistrées, sous réserve des exceptions visées à l'al. 2.

10 RS **311.0**
11 RS **321.0**

2 Ne doivent pas être enregistrées:

a. la publication du jugement (art. 68 CP et art. 50*f* CPM);

b. les confiscations au sens des art. 69 à 72 CP prononcées dans un jugement suisse dont la valeur brute est inférieure à 100 000 francs, les confiscations au sens des art. 51 à 52 CPM et les confiscations prononcées dans un jugement étranger;

c. les allocations au lésé (art. 73 CP et art. 53 CPM);

d. les expulsions prononcées dans un jugement étranger;

e. les sanctions mentionnées à l'art. 18, al. 1, let. c, ch. 1, LCJ, soit:

   1. l'astreinte à un travail d'intérêt public au sens de l'art. 81, al. 3 ou 4, CPM, ainsi que l'infraction correspondante,

   2. les peines disciplinaires prévues par le CPM, ainsi que l'infraction correspondante;

f. les peines d'ordre, ainsi que l'infraction correspondante.

3 Si un jugement doit être saisi, l'exemption de toute sanction pénale dans les cas cités à l'annexe 2, ch. 3.2, doit aussi être enregistrée, à l'exception des cas visés à l'art. 16.

Art. 21 Structure des données relatives aux jugements (art. 20, al. 5, LCJ)

Les catégories et champs de données relatifs aux jugements qui doivent être saisis sont énumérés à l'annexe 2, 1re colonne.

Art. 22 Saisie des décisions ultérieures et structure des données (art. 21, al. 1, let. f, et 2, LCJ)

1 Les décisions ultérieures qui doivent être saisies selon l'art. 21 LCJ sont les suivantes:

a. la libération conditionnelle de l'exécution d'une peine privative de liberté ou d'une privation de liberté, y compris les peines de substitution (art. 86 CP[15], art. 28, al. 1, DPMin[16]);

b. les décisions relatives à la mise à l'épreuve dont est assortie la libération conditionnelle de l'exécution d'une peine au sens de la let. a:

   1. la révocation de la libération conditionnelle (art. 89, al. 1, CP, art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 95, al. 5, CP, art. 31, al. 1, DPMin),

12 RS **311.0**
13 RS **321.0**
14 RS **311.1**
15 RS **311.0**
16 RS **311.1**

2. la non-révocation de la libération conditionnelle (art. 89, al. 2, 1re phrase, CP art. 31, al. 3, DPMin),
3. la révocation partielle de la libération conditionnelle (art. 31, al. 1, DPMin),
4. la fixation a posteriori d'une peine d'ensemble (art. 89, al. 6, CP en relation avec l'art. 49 CP, art. 31, al. 2, DPMin); elle est enregistrée dans VOSTRA sous forme de modification du jugement prononçant la sanction ainsi redéfinie,
5. l'avertissement (art. 89, al. 2, 2e phrase, CP, art. 31, al. 3, DPMin),
6. la prolongation du délai d'épreuve (art. 87, al. 3, CP, art. 89, al. 2, 2e phrase, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 31, al. 3, DPMin),
7. la prescription d'une assistance de probation (art. 87, al. 2, CP, art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP),
8. la levée de l'assistance de probation (art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP),
9. la désignation d'une personne d'accompagnement (art. 29, al. 3, DPMin),
10. la levée de l'accompagnement,
11. la prescription de règles de conduite (art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 87, al. 2, CP art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 29, al. 2, DPMin),
12. la levée des règles de conduite (art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP),
13. la modification des règles de conduite (art. 89, al. 2, 4e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 89, al. 3, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP);

c. la libération conditionnelle de l'exécution d'une mesure thérapeutique institutionnelle (art. 62, al. 1, CP) ou d'un internement (art. 64*a*, al. 1, CP);

d. les décisions relatives à la mise à l'épreuve dont est assortie la libération conditionnelle de l'exécution d'une mesure au sens de la let. c:
1. la révocation de la libération conditionnelle (art. 62*a*, al. 1, let. a, CP, art. 62*a,* al. 3, CP, art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 64*a,* al. 3, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 95, al. 5, CP),
2. la non-révocation de la libération conditionnelle (art. 62*a,* al. 5, CP),
3. la fixation a posteriori d'une peine d'ensemble (art. 62*a,* al. 2, CP); elle est enregistrée dans VOSTRA sous forme de modification du jugement prononçant la sanction ainsi redéfinie,

4. l'avertissement (art. 62*a,* al. 5, let. a, CP),
5. la prolongation du délai d'épreuve (art. 62*a,* al. 5, let. d, CP, art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 64*a,* al. 2, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 95, al. 4, let. a, CP),
6. la prescription d'une assistance de probation (art. 62, al. 3, CP, art. 62*a,* al. 5, let. b, CP, art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 64*a,* al. 1, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP),
7. la levée de l'assistance de probation (art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP),
8. la prescription de règles de conduite (art. 62, al. 3, CP, art. 62*a,* al. 5, let. c, CP, art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*a,* al. 1, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP),
9. la levée des règles de conduite (art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP),
10. la modification des règles de conduite (art. 62*a,* al. 6, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 64*c,* al. 4, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP),
11. la prescription d'un traitement ambulatoire (art. 62, al. 3, CP, art. 62*a,* al. 5, let. b, CP),
12. la modification de la mesure (art. 62*a,* al. 1, let. b, CP),
13. la levée de la mesure avec ordre d'exécution de la peine privative de liberté (art. 62*a,* al. 1, let. c, CP);

e. la libération définitive:
1. d'une peine privative de liberté entièrement exécutée (art. 88 CP), si une interdiction d'exercer une activité, une interdiction de contact ou une interdiction géographique au sens du CP ou du CPM[17] est prononcée dans le jugement ou dans une décision ultérieure se rapportant à ce jugement et que le sursis ou le sursis partiel a été révoqué au cours de l'exécution du jugement,
2. d'une mesure thérapeutique institutionnelle (art. 62*b,* al. 1, CP, art. 62*b,* al. 2, CP, art. 47, al. 1, CPM),
3. d'un internement (art. 64*a,* al. 5, CP);

17 RS **321.0**

f. les décisions relatives à une peine avec sursis ou sursis partiel rendue suite à l'échec de la mise à l'épreuve ou pour d'autres motifs:
   1. la révocation du sursis (art. 46, al. 1, CP, art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 95, al. 5, CP, art. 40, al. 1, CPM, art. 54 CPM, art. 35, al. 2, DPMin en relation avec l'art. 31, al. 1, DPMin),
   2. la non-révocation du sursis (art. 46, al. 2, CP, art. 55, al. 1, CP, art. 40, al. 2, CPM, art. 46*a* CPM, art. 35, al. 2, DPMin en relation avec l'art. 31, al. 3, DPMin),
   3. la révocation partielle du sursis (art. 35, al. 2, DPMin en relation avec l'art. 31, al. 1, DPMin),
   4. la fixation a posteriori d'une peine d'ensemble (art. 46, al. 1, 2e phrase, CP en relation avec l'art. 49 CP, art. 40, al. 1, 2e phrase, CPM en relation avec l'art. 43 CPM, art. 35, al. 2 en relation avec l'art. 31, al. 2, DPMin); elle est enregistrée dans VOSTRA sous forme de modification du jugement prononçant la sanction ainsi redéfinie,
   5. l'avertissement (art. 46, al. 2, CP, art. 40, al. 2, CPM, art. 35, al. 2, DPMin en relation avec l'art. 31, al. 3, DPMin),
   6. la prolongation du délai d'épreuve (art. 46, al. 2, CP, art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 40, al. 2, CPM, art. 54, CPM, art. 35, al. 2, DPMin en relation avec l'art. 31, al. 3, DPMin),
   7. la prescription d'une assistance de probation (art. 46, al. 2, 3e phrase, CP, art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 40, al. 2, 3e phrase, CPM, art. 54 CPM),
   8. la levée de l'assistance de probation (art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 54 CPM),
   9. la prescription de règles de conduite (art. 46, al. 2, 3e phrase, CP, art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 40, al. 2, 3e phrase, CPM, art. 54 CPM),
   10. la levée des règles de conduite (art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95. al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 54 CPM),
   11. la modification des règles de conduite (art. 46, al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 54 CPM);

g. les décisions relatives à la levée d'une mesure thérapeutique, d'un internement ou d'une mesure de protection ordonnée en application du DPMin (art. 56, al. 6, CP, art. 61, al. 4, 3e phrase, CP, art. 62*a,* al. 1, let. b, CP, art. 62*a,* al. 1, let. c, CP, art. 62*c,* al. 1, let. a à c, CP, art. 63*a,* al. 2, let. a à c, CP, art. 63*a,* al. 3, CP, art. 64, al. 3, CP, art. 64*c,* al. 6, CP, art. 47, al. 1, CPM, art. 19, al. 1, 2e phrase, DPMin, art. 19, al. 2, DPMin);

h. les décisions relatives à la modification d'une mesure thérapeutique, d'un internement ou d'une mesure de protection ordonnée en application du DPMin (art. 62*a,* al. 1, let. b, CP, art. 62*c,* al. 3, CP, art. 62*c,* al. 4, CP, art. 62*c,* al. 6, CP, art. 63*b,* al. 5, CP, art. 64*c,* al. 3, CP, art. 65, al. 1, 1re phrase, CP, art. 47, al. 1, CPM, art. 18 DPMin);

i. la décision d'ordonner a posteriori une mesure thérapeutique ou un internement (art. 65, al. 1, 1re et 2e phrases, CP, art. 65, al. 2, CP, art. 47, al. 1, CPM);

j. la décision d'ordonner une mesure accessoire au traitement ambulatoire:
   1. la prescription d'une assistance de probation (art. 63*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP),
   2. la levée de l'assistance de probation (art. 63*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP),
   3. la prescription de règles de conduite (art. 63*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP),
   4. la levée des règles de conduite (art. 63*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP),
   5. la modification des règles de conduite (art. 63*a,* al. 4, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP);

k. les décisions ultérieures autonomes concernant la relation entre une mesure et une privation de liberté:
   1. l'exécution du solde de la peine (art. 62*a,* al. 1, let. c, CP, art. 62*c,* al. 2, 1re phrase, CP, art. 63*b,* al. 2, CP, art. 63*b,* al. 3, CP, art. 32, al. 3, DPMin, art. 32, al. 4, 2e phrase, DPMin en relation avec l'art. 32, al. 3, DPMin),
   2. l'exemption de l'exécution du solde de la peine (art. 63*b,* al. 1, CP, art. 62*b,* al. 3, CP; art. 32, al. 2, DPMin, art. 32, al. 3, DPMin, art. 32, al. 4, 2e phrase, DPMin en relation avec l'art. 32, al. 2 et 3, DPMin),
   3. la suspension ultérieure de l'exécution du solde de la peine (art. 62*c,* al. 2, 2e phrase, CP; art. 63*b,* al. 4, 2e phrase, CP),
   4. la suspension de l'exécution du solde de la peine au profit de la mesure en cours (art. 65, al. 1, 3e phrase, CP, art. 31, al. 1, DPMin, art. 32, al. 4, 1re phrase, DPMin);

l. les décisions relatives à une interdiction d'exercer une activité, une interdiction de contact ou une interdiction géographique:
   1. la levée de l'interdiction (art. 67*c,* al. 4 à 6, CP, art. 50*c,* al. 4 à 6, CPM, art. 19, al. 1, DPMin, art. 19, al. 2, DPMin),
   2. la limitation du contenu de l'interdiction (art. 67*c,* al. 4 et 5, CP, art. 50*c,* al. 4 et 5, CPM, art. 18 DPMin),
   3. la limitation de la durée de l'interdiction (art. 67*c,* al. 4 et 5, CP, art. 50*c,* al. 4 et 5, CPM, art. 18 DPMin),
   4. l'extension du contenu de l'interdiction (art. 67*d,* al. 1, CP, art. 50*d,* al. 1, CPM, art. 18 DPMin),
   5. la prolongation de l'interdiction (art. 67, al. 2bis, CP et 67*b,* al. 5, CP, art. 50, al. 2bis, CPM et 50*b,* al. 5, CPM, art. 18 DPMin),
   6. une nouvelle interdiction (art. 67*d,* al. 1 et 2, CP, art. 50*d,* al. 1 et 2, CPM, art. 18 DPMin, art. 19, al. 4, DPMin),

7. la révocation du sursis ou du sursis partiel ou bien de la libération conditionnelle (art. 67*c,* al. 8, CP, en relation avec l'art. 95, al. 5, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 5, CP),
8. la prolongation de la mise à l'épreuve dont est assorti un sursis ou un sursis partiel ou bien une libération conditionnelle (art. 67*c,* al. 8, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 4, let. a, CP),
9. la prescription d'une assistance de probation (art. 67c, al. 7 et 7bis, CP, art. 50c, al. 7 et 7bis, CPM),
10. la levée de l'assistance de probation (art. 67*c,* al. 7, CP, art. 50*c,* al. 7, CPM; art. 67*c,* al. 8, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 4, let. b, CP),
11. la prescription de règles de conduite (art. 67*c,* al. 8, CP, en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP),
12. la levée des règles de conduite (art. 67*c,* al. 8, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP),
13. la modification des règles de conduite (art. 67*c,* al. 8, CP en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP, art. 50*c,* al. 8, CPM en relation avec l'art. 95, al. 4, let. c, CP);

m. la grâce (art. 383 CP, art. 232*a* CPM) et l'amnistie (art. 384 CP, art. 232*e* CPM);

n. l'exequatur (art. 106 de la loi du 20 mars 1981 sur l'entraide pénale internationale[18]);

o. les décisions relatives à une expulsion:
   1. le report de l'exécution de l'expulsion (art. 66*d* CP),
   2. la levée du report de l'exécution de l'expulsion (art. 66*d* CP);

p. l'infliction a posteriori d'une peine selon l'art. 100ter, ch. 4, CP dans la version du 18 mars 1971[19].

2 Les catégories et champs de données relatifs aux décisions ultérieures qui doivent être saisies sont énumérés à l'annexe 3 avec les profils de consultation correspondants.

3 Les décisions ultérieures étrangères qui ont la même fonction que les décisions énumérées à l'al. 1 sont également saisies dans VOSTRA.

4 Si une date de fin de l'exécution appropriée est fixée exceptionnellement dans l'unique but de déterminer les délais, en vertu de l'art. 44, elle est enregistrée dans VOSTRA tant qu'aucune décision ultérieure proprement dite ne permet d'arrêter la date à laquelle l'exécution prendra effectivement fin.

18 RS **351.1**
19 RO **1971** 777 807

Art. 23 Enregistrement des copies électroniques des jugements et des décisions ultérieures
(art. 22, al. 1, LCJ)

[1] Une copie électronique doit être enregistrée au sens de l'art. 22, al. 1, LCJ:

a. dans le cas d'un jugement: lorsque la personne concernée avait 18 ans au moins au moment où elle a commis une des infractions au moins;

b. dans le cas d'une décision ultérieure: lorsque la personne concernée avait 18 ans au moins au moment où la décision a été rendue.

[2] La copie qui doit être enregistrée est celle du prononcé tel qu'il est entré en force.

[3] Si un prononcé n'est motivé qu'après son entrée en force et que la motivation concerne l'infraction ou la peine prononcée, la copie doit aussi être enregistrée. Il en va de même pour les prononcés qui entrent en force de manière échelonnée.

[4] La copie d'une décision de rectification d'un prononcé saisi doit être enregistrée.

[5] Si une peine complémentaire, une peine partiellement complémentaire ou une peine d'ensemble est prononcée, la copie du prononcé peut être enregistrée avec le jugement auquel elle se rapporte. Il en va de même pour les prononcés qui se réfèrent aux motivations de l'instance inférieure.

[6] Les copies sont enregistrées dans leur intégralité et sans caviardage, même si elles contiennent des données qui n'ont pas de lien avec les données pénales qui doivent être saisies.

[7] Les copies ne doivent pas être munies d'une signature.

Art. 24 Données système figurant sur les extraits du casier judiciaire
(art. 23, al. 2, LCJ)

Les catégories et champs de données générées par le système qui sont enregistrées dans VOSTRA et qui figurent sur les extraits en ligne ou imprimés du casier judiciaire sont énumérés:

a. à l'annexe 1, 2e colonne, pour celles qui se rapportent aux données d'identification;

b. à l'annexe 2, 2e colonne, pour celles qui se rapportent aux jugements;

c. à l'annexe 3, 2e colonne, pour celles qui se rapportent aux décisions ultérieures;

d. à l'annexe 4, 2e colonne, pour celles qui se rapportent aux procédures pénales en cours.

Art. 25 Avis automatiques servant à la gestion des données
(art. 23, al. 2, LCJ)

[1] VOSTRA génère des avis adressés à des autorités spécifiques, aux conditions mentionnées ci-après, afin qu'elles procèdent comme suit:

a. quotidiennement, aux autorités judiciaires pénales, aux autorités d'exécution, aux autorités compétentes en matière de grâce et aux autorités pénales administratives, des avis au sens de l'art. 23, al. 1, let. b, LCJ lorsqu'est saisi un crime, un délit ou une infraction à une loi étrangère commis durant une mise à l'épreuve dont est assorti un sursis, un sursis partiel ou une libération conditionnelle qui n'a pas été révoqué, à moins que 3 ans n'aient passé depuis la fin du délai d'épreuve et que l'autorité à qui l'avis est destiné selon VOSTRA n'ait déjà rendu et saisi une décision ultérieure relative à l'échec de la mise à l'épreuve:	pour que ces autorités vérifient s'il y a eu échec de la mise à l'épreuve, et notamment: – prennent une décision relative à l'échec de la mise à l'épreuve, si elle fait défaut, et la saisissent dans VOSTRA (décision ultérieure) – rectifient les données erronées en fonction de l'avis;
b. quotidiennement, à la direction de la procédure compétente, des avis au sens de l'art. 23, al. 1, let. c, LCJ lorsqu'une procédure pénale en cours est enregistrée depuis plus de 2 ans, puis, si la procédure n'est pas éliminée manuellement, le même avis à intervalles d'un an au plus:	pour que cette autorité vérifie si la procédure pénale est toujours pendante et mette à jour les données au besoin;
c. toutes les semaines, aux autorités d'exécution des mesures compétentes, des avis au sens de l'art. 23, al. 1, let. c, LCJ, lorsque la fin d'une mesure institutionnelle ou d'un traitement ambulatoire n'est pas encore enregistrée dans VOSTRA 5 ans après que la mesure ou le traitement a été ordonné, puis, au besoin, le même avis à intervalles de 5 ans:	pour que ces autorités vérifient si la mesure est encore en cours d'exécution et saisissent a posteriori une décision ultérieure relative à la fin de la mesure, si elle fait défaut, en vue du calcul des délais au terme desquels le jugement cesse de figurer sur l'extrait du casier judiciaire au sens de l'art. 30, al. 3, let. b, ou 38, al. 4, let. b, LCJ;

d.	tous les ans, au Service du casier judiciaire, des avis signalant qu'une personne inscrite dans VOSTRA a atteint l'âge de 80, 85, 90 ou 95 ans durant l'année concernée:	pour que ce service vérifie si la personne concernée est encore en vie conformément à l'art. 29, al. 3, LCJ, et élimine au besoin son dossier conformément à l'art. 29, al. 1, LCJ;
e.	sans délai, au Service du casier judiciaire, des avis au sens de l'art. 23, al. 1, let. d, LCJ lorsque la Centrale de compensation (CdC) refuse l'attribution automatique d'un numéro AVS à une identité principale saisie dans VOSTRA ou refuse la modification d'attributs principaux:	pour que ce service corrige les données d'identification ou attribue les données pénales à une autre personne;
f.	toutes les semaines, à toutes les autorités chargées de l'exécution de jugements ou de décisions ultérieures concernant une sanction privative de liberté saisis dans VOSTRA, des avis au sens de l'art. 23, al. 1, let. e, LCJ, lorsqu'est saisie une interdiction d'exercer une activité, une interdiction de contact ou une interdiction géographique prévue par le CP[20] ou le CPM[21] prononcée en Suisse à l'encontre de la personne concernée, à l'exception des interdictions au sens de l'art. 67, al. 3 ou 4, CP ou de l'art. 50, al. 3 ou 4, CPM prononcées à vie et sans possibilité d'en réduire la durée, ou, lorsqu'est saisie une sanction privative de liberté ou la fin de l'exécution d'une sanction privative de liberté à l'encontre d'une personne déjà frappée d'une telle interdiction:	pour que ces autorités saisissent dans VOSTRA les dates de début et de fin d'exécution de toutes les sanctions privatives de liberté du dossier au sens de l'art. 20, al. 2, LCJ, afin que le système puisse calculer le temps pendant lequel l'interdiction ne court pas selon l'art. 67*c,* al. 2, CP ou l'art. 50*c,* al. 2, CPM;

20 RS **311.0**
21 RS **321.0**

g. toutes les semaines, au Service du casier judiciaire, les avis signalant l'élimination d'un dossier contenant l'indication visée à l'annexe 2, ch. 3.4.5.5:	pour que ce service détruise les documents qu'il conserve concernant l'approbation de la demande visant le calcul d'un délai pour l'élimination au sens de l'art. 30, al. 2, let. n, *in fine*, LCJ;
h. au moins tous les ans, aux autorités compétentes en matière d'exécution des expulsions, les avis signalant tous les jugements suisses dans lesquels est prononcée une expulsion et pour lesquels aucune date de départ n'est enregistrée dans VOSTRA 5 ans après que l'expulsion a été ordonnée:	pour que ces autorités saisissent dans VOSTRA les données relatives à l'exécution concernant le début de la durée de l'expulsion (annexe 2, ch. 3.4.5.2 et 3.4.5.3);
i. toutes les semaines, au Service du casier judiciaire, les avis signalant qu'une confiscation a été enregistrée:	pour que ce service vérifie les conditions d'enregistrement au sens de l'art. 20, al. 2, let. b, et transmette les copies électroniques des jugements au sens de l'art. 61 LCJ et de l'art. 57 de la présente ordonnance;
j. toutes les semaines, au Service du casier judiciaire, les avis signalant qu'un jugement a été saisi sans qu'aucune règle de calcul du délai pour l'élimination des données ait été programmée:	pour que ce service vérifie que les données sont complètes;
k. toutes les semaines, aux autorités qui ont saisi un jugement ou une décision ultérieure après l'entrée en vigueur de la présente ordonnance, les avis signalant qu'il manque une copie devant être enregistrée selon l'art. 22 LCJ et l'art. 23, al. 1, de la présente ordonnance:	pour que ces autorités enregistrent a posteriori les copies visées par l'art. 22 LCJ et par l'art. 23 de la présente ordonnance;
l. tous les deux mois, au Service du casier judiciaire, les avis signalant qu'une infraction enregistrée dans VOSTRA comme « infraction à une loi étrangère » a été commise pendant un délai d'épreuve au sens de l'art. 40, al. 3, let. c, LCJ:	pour que ce service transpose l'infraction en droit suisse, afin que le système reconnaisse correctement un échec de la mise à l'épreuve suite à un crime ou un délit, dans le cas des jugements dans lesquels est prononcée une amende visés à l'art. 40, al. 3, let. c, LCJ.

m. quotidiennement, au Service du casier judiciaire, les avis signalant qu'un verdict de culpabilité sans peine ou l'exemption de toute peine complémentaire a été prononcé en même temps qu'une autre sanction ayant un effet sur le calcul des délais dans un jugement suisse rendu contre un adulte ou portant sur des infractions commises avant et après les 18 ans de l'auteur sanctionnant au moins un crime ou un délit et au moins une contravention:	pour que ce service vérifie les conditions d'enregistrement au sens de l'art. 40, al. 1, let. b, ch. 1, LCJ;
n. quotidiennement, au Service du casier judiciaire, les avis signalant qu'une interdiction d'exercer une activité, une interdiction de contact ou une interdiction géographique a été prononcée dans un jugement suisse portant sur des infractions commises avant et après les 18 ans de l'auteur et dont les secondes ne sont que des contraventions:	pour que ce service vérifie les conditions d'enregistrement au sens de l'art. 40, al. 1, let. b, ch. 2, LCJ.

[2] Les catégories et champs de données relatifs aux avis générés par le système sont énumérés à l'annexe 5.

[3] Les autorités à qui les avis sont destinés selon l'al. 1 transmettent à l'autorité compétente les avis qui ne sont pas de leur ressort.

[4] Les autorités qui gèrent VOSTRA envoient les avis reçus aux autorités à qui elles sont destinées et qui sont de leur ressort.

Art. 26 Saisie des données relatives aux procédures pénales en cours (art. 24, al. 3, LCJ)

Les catégories et champs de données relatifs aux procédures pénales en cours qui doivent être saisies sont énumérés à l'annexe 4 avec les profils de consultation correspondants.

Art. 27 Autorité compétente pour enregistrer une délégation de procédure (art. 24, al. 3, LCJ)

[1] L'autorité qui délègue une procédure pénale enregistre dans VOSTRA le changement de direction de la procédure.

[2] Elle informe la nouvelle autorité compétente qu'elle lui a délégué la procédure dans VOSTRA. Celle-ci met à jour immédiatement les informations relatives à la procédure pénale en cours.

Section 2 Données saisies en dehors du système de gestion des données pénales

Art. 28 Journalisation des consultations en ligne effectuées par les autorités (art. 25, al. 3, LCJ)

[1] Les catégories et champs de données relatifs aux consultations journalisées automatiquement au sens de l'art. 25 LCJ sont énumérés à l'annexe 6.

[2] Le Service du casier judiciaire peut consulter toutes les données journalisées mentionnées à l'annexe 6, 1re colonne.

[3] Toute personne peut consulter les données journalisées la concernant mentionnées à l'annexe 6, 2e colonne, qui doivent lui être communiquées en application de l'art. 57 LCJ.

Art. 29 Données concernant les demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger (art. 26, al. 2, LCJ)

Les catégories et champs de données relatifs aux demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger sont énumérés à l'annexe 7.

Art. 30 Données concernant les demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux (art. 27, al. 2, 3e phrase, et 3, LCJ)

[1] Les catégories et champs de données de la banque de données auxiliaire relatifs aux demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux sont énumérés à l'annexe 8, 2e colonne.

[2] Lors de l'établissement d'un extrait destiné aux particuliers ou d'un extrait spécial, seules les données nécessaires à cette fin sont transférées dans VOSTRA depuis la banque de données auxiliaire visée à l'al. 1. VOSTRA génère des données supplémentaires durant le processus de traitement. Toutes les données relatives aux demandes d'extrait qui sont enregistrées dans VOSTRA sont énumérées à l'annexe 8, 3e colonne.

Art. 31 Recherches à des fins d'analyse des données par le Service du casier judiciaire

[1] Le Service du casier judiciaire peut lancer des recherches dans VOSTRA à des fins d'analyse des données, dans la mesure où l'accomplissement de ses tâches l'exige.

[2] Il effectue notamment les analyses de données suivantes:

a. analyse de la fréquence d'utilisation de VOSTRA, sur la base du nombre de consultations et de saisies effectuées par une autorité ou par un utilisateur sur une période donnée:	pour contrôler les conditions d'octroi des raccordements en ligne au sens de l'art. 8, al. 1, let. e;
b. analyse des jugements et décisions ultérieures saisis, sur la base d'une liste de toutes les données saisies par un utilisateur sur une période donnée:	pour contrôler la conformité de la saisie de données au sens de l'art. 3, al. 2, let. g, LCJ;
c. analyse des dates de saisie des jugements, des décisions ultérieures ou des procédures pénales en cours, sur la base d'une liste de ceux qui ont été enregistrés en dehors du délai prescrit:	pour contrôler le respect des délais de saisie prévus aux art. 33 et 34.

Section 3 Délais de saisie des données dans VOSTRA
(art. 28 LCJ)

Art. 32 Délai de saisie des données d'identification

1 Les données d'identification visées à l'art. 17 LCJ sont saisies en même temps que les autres données auxquelles elles se rapportent, dans les délais fixés aux art. 33 à 37.

2 Toute modification touchant uniquement des données d'identification doit être saisie immédiatement.

Art. 33 Délai de saisie des jugements, des décisions ultérieures et des données relatives à l'exécution

1 Les jugements et les décisions ultérieures rendus en Suisse sont saisis dans la semaine suivant la constatation de leur entrée en force. Les décisions visées à l'art. 44, al. 4, sont saisies immédiatement.

2 Les jugements et les décisions ultérieures rendus à l'étranger sont saisis dans les deux mois suivant la réception de leur communication. Ils peuvent exceptionnellement être saisis plus tard lorsque des éclaircissements auprès de l'Etat concerné sont nécessaires ou lorsqu'il n'est pas possible de trouver suffisamment de traducteurs spécialisés en raison du nombre de communications reçues.

3 Les jugements et les décisions ultérieures qui ne sont entrés en force qu'en partie sont saisis en tant qu'élément du jugement ou de la décision ultérieure entrée en force de l'instance supérieure, dans les délais prévus pour le prononcé de l'instance supérieure.

4 La traduction littérale, dans les langues utilisées par VOSTRA, des interdictions d'exercer une activité, des interdictions de contact et des interdictions géographiques est saisie dans les deux semaines suivant la réception du jugement par le traducteur. Dans l'intervalle, l'interdiction est saisie dans sa langue originale.

5 Les copies électroniques visées à l'art. 22 LCJ sont saisies en même temps que les données structurées auxquelles elles se rapportent. Les copies électroniques des prononcés motivés après leur entrée en force au sens de l'art. 23, al. 3, sont saisies dans la semaine qui suit leur établissement.

6 Les données relatives au temps pendant lequel une interdiction ne court pas au sens de l'art. 20, al. 2, LCJ est enregistré dans la semaine suivant le début de l'exécution de la sanction privative de liberté et une semaine après sa fin. Si l'autorité compétente n'apprend qu'avec retard qu'une interdiction d'exercer une activité, une interdiction de contact ou une interdiction géographique au sens du CP[22] ou du CPM[23] a été prononcée, le délai d'une semaine court à partir de la réception de l'avis correspondant généré par VOSTRA (art. 25, al. 1, let. f).

7 Les données nécessaires pour calculer la durée d'une expulsion de Suisse et visées à l'art. 20, al. 3, let. a, LCJ, sont saisies dans la semaine suivant le jour où l'autorité a eu connaissance de la raison du départ.

8 Lorsque le Service du casier judiciaire approuve une demande visant le calcul d'un délai pour l'élimination au sens de l'art. 30, al. 2, let. n, *in fine*, LCJ, il saisit aussitôt sa décision.

9 Si les données visées aux al. 1 à 8 doivent être saisies suite à une communication, celle-ci doit avoir lieu immédiatement.

Art. 34 Délai de saisie des procédures pénales en cours

1 Les procédures pénales en cours sont saisies dans les trois jours ouvrables suivant l'ouverture formelle de l'instruction.

2 Si aucune instruction n'a été ouverte, elles sont saisies dans les trois jours ouvrables suivant la rédaction de l'ordonnance pénale.

3 Les modifications importantes visées à l'art. 24, al. 2, let. e, LCJ sont saisies dans les trois jours ouvrables.

4 La direction de la procédure peut ajourner la saisie d'une procédure pénale en cours aussi longtemps que sa saisie est susceptible de compromettre les objectifs de cette procédure.

Art. 35 Délai de saisie des données système, des recherches à des fins d'analyse des données et des consultations journalisées

1 Les données système visées aux art. 24 et 25 et celles afférant aux recherches à des fins d'analyse des données visées à l'art. 31 sont automatiquement enregistrées dans VOSTRA au moment où elles sont générées.

22 RS **311.0**
23 RS **321.0**

[2] Les données relatives aux consultations journalisées visées à l'art. 28 sont automatiquement enregistrées dans VOSTRA:

a. concernant la première saisie des données pénales par un utilisateur d'une autorité qui gère VOSTRA:	au moment du premier enregistrement complet d'un jugement, d'une décision ultérieure ou d'une procédure pénale en cours;
b. concernant l'établissement d'un extrait par un utilisateur d'une autorité qui gère VOSTRA à la demande écrite d'une autre autorité:	au moment où l'extrait au format PDF est généré;
c. concernant une consultation en ligne par un utilisateur d'une autre autorité:	au moment où les données pénales sont affichées.

Art. 36 Délai de saisie des données concernant les demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger

Les données concernant les demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger sont enregistrées comme suit:

a. les indications fournies par le demandeur et mentionnées à l'annexe 7, ch. 1 à 3:	au moment de la saisie de la demande dans VOSTRA;
b. les informations visées à l'annexe 7, ch. 4 et 5, enregistrées par le Service du casier judiciaire:	dans les trois jours ouvrables à compter du moment où elles sont portées à sa connaissance;
c. les données visées à l'annexe 7, ch. 4 et 5, que génère automatiquement le processus de demande et de traitement des extraits:	à la fin de chaque étape du processus.

Art. 37 Délai de saisie des données concernant les demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux

Les données concernant les demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux sont enregistrées dans la banque de données auxiliaire ou dans VOSTRA à la fin de chaque étape du traitement.

Section 4 Elimination des données du casier judiciaire et délai pendant lequel elles figurent sur les extraits

Art. 38 Elimination d'un jugement dont la seule conséquence juridique est l'exemption de toute peine complémentaire
(art. 30 LCJ)

[1] Lorsqu'il est impossible de calculer le délai au terme duquel un jugement doit être éliminé conformément à l'art. 30 LCJ parce que sa seule conséquence juridique est l'exemption de toute peine complémentaire, les délais suivants s'appliquent:

a. 15 ans à partir de l'entrée en force d'un jugement rendu en Suisse à l'encontre d'un adulte ou d'un jugement rendu à l'étranger à l'encontre d'un adulte et adapté par une décision d'exequatur suisse;

b. 8 ans à partir de l'entrée en force d'un jugement rendu à l'étranger à l'encontre d'un mineur et adapté par une décision d'exequatur suisse.

[2] Une prolongation du délai visé à l'art. 30, al. 1, LCJ en raison d'un autre jugement qui ne doit pas encore être éliminé est réservée.

Art. 39 Date à laquelle un jugement dont la seule conséquence juridique est l'exemption de toute peine complémentaire cesse de figurer sur les extraits 2 et 3 destinés aux autorités
(art. 38, al. 3 à 5, LCJ)

Lorsqu'il est impossible de calculer le délai au terme duquel un jugement cesse de figurer sur les extraits 2 et 3 destinés aux autorités conformément à l'art. 38 LCJ parce que sa seule conséquence juridique est l'exemption de toute peine complémentaire, les délais suivants s'appliquent:

a. 10 ans à partir de l'entrée en force d'un jugement rendu en Suisse à l'encontre d'un adulte ou d'un jugement rendu à l'étranger à l'encontre d'un adulte et adapté par une décision d'exequatur suisse;

b. 5 ans à partir de l'entrée en force d'un jugement rendu à l'étranger à l'encontre d'un mineur et adapté par une décision d'exequatur suisse.

Art. 40 Données pertinentes pour le calcul des délais en cas de jugement portant sur une peine complémentaire, une peine partiellement complémentaire ou une peine d'ensemble
(art. 30, 38, al. 3 à 5, 40, al. 3, et 42, al. 3, LCJ)

Si une peine complémentaire, une peine partiellement complémentaire ou une peine d'ensemble est prononcée, seules les infractions et les sanctions sur lesquelles porte le jugement correspondant sont déterminantes pour le calcul des délais au terme desquels il est éliminé ou cesse de figurer sur les extraits.

Art. 41 Elimination des données à l'âge de 100 ans
(art. 29, al. 1, LCJ)

Lorsqu'une personne inscrite dans VOSTRA atteint l'âge de 100 ans, son décès est présumé et toutes les données se rapportant à elle sont automatiquement éliminées.

Art. 42 Elimination des avis générés par le système, des recherches à des fins d'analyse des données et autres communications

[1] Les avis générés par le système visés à l'art. 25 et les recherches à des fins d'analyse des données visées à l'art. 31 sont automatiquement éliminées deux semaines après que l'avis soit marqué comme traité par l'autorité compétente.

[2] L'al. 1 s'applique aussi aux communications visées aux art. 56, 58 et 61 qui apparaissent dans VOSTRA au même endroit que les avis générés par le système visés à l'art. 25.

[3] Les données visées aux al. 1 et 2 sont éliminées automatiquement par VOSTRA au plus tard un an après leur création.

Art. 43 Traitement des demandes visant le calcul d'un délai pour l'élimination
(art. 30, al. 2, let. n, *in fine*, LCJ)

[1] La personne qui fait une demande visant le calcul d'un délai pour l'élimination au sens de l'art. 30, al. 2, let. n, *in fine*, LCJ doit présenter les documents suivants:

a. une preuve de son identité;

b. un document attestant que la nationalité suisse lui a été octroyée depuis au moins 8 ans.

[2] Si la demande est approuvée, le Service du casier judiciaire en fait mention dans VOSTRA selon l'annexe 2, ch. 3.4.5.5. Il conserve les documents visés à l'al. 1 dans une banque de données à part.

[3] La mention visée à l'al. 2 s'efface dès que VOSTRA ne contient plus de données pénales relatives à la personne concernée. Lorsque celle-ci n'est plus inscrite dans VOSTRA, le Service du casier judiciaire détruit les documents visés à l'al. 1.

Art. 44 Date de fin de l'exécution appropriée fixée exceptionnellement afin de déterminer les délais

[1] Le Service du casier judiciaire est habilité à fixer une date de fin de l'exécution théorique appropriée, d'office ou à la demande de la personne concernée, et à l'enregistrer dans VOSTRA, lorsque les conditions suivantes sont réunies:

a. l'enregistrement de la fin de l'exécution est nécessaire pour le calcul des délais au terme desquels le jugement sera éliminé ou cessera de figurer sur les extraits;

b. la fin effective de l'exécution n'est pas enregistrée dans VOSTRA;

c. il est très invraisemblable que la fin effective de l'exécution soit jamais enregistrée,
   1. parce qu'elle n'a pas été arrêtée dans une décision ultérieure devant être saisie, ou
   2. parce que l'autorité compétente n'est pas prête à informer le Service du casier judiciaire, à sa demande, des données qui doivent être saisies relatives à une décision ultérieure dans laquelle la fin de l'exécution serait arrêtée, et

d. la personne concernée ne se trouve manifestement plus en cours d'exécution de la sanction visée.

2 La date de fin de l'exécution appropriée visée à l'al. 1 sert exclusivement au calcul des délais et n'a pas d'incidence sur la durée effective de l'exécution de la sanction. Elle est fixée compte tenu des données disponibles concernant le cas considéré.

3 S'il peut déterminer le lieu où réside la personne concernée, le Service du casier judiciaire arrête la date visée à l'al. 1 sous la forme d'une décision sujette à recours. Cette décision est saisie dans VOSTRA après son entrée en force, par analogie avec une décision ultérieure, conformément à l'art. 22, al. 4.

4 Si le Service du casier judiciaire ne peut pas déterminer le lieu où réside la personne concernée, il renonce à communiquer sa décision. La décision motivée, non encore entrée en force, est saisie dans VOSTRA par analogie avec une décision ultérieure, conformément à l'art. 22, al. 4. La personne concernée peut exiger, au plus tard 30 jours après avoir eu connaissance de la décision, qu'une décision sujette à recours au sens de l'al. 3 lui soit communiquée.

5 La date visée à l'al. 1 est éliminée de VOSTRA dès qu'y est saisie une décision ultérieure attestant la date à laquelle l'exécution prendra effectivement fin.

Chapitre 6 Communication des données du casier judiciaire

Section 1 Profils de consultation et types d'extraits dans le domaine de la gestion des données pénales

Art. 45 Différences entre l'extrait imprimé et l'extrait en ligne (art. 35, al. 2, LCJ)

1 Les différences entre les données enregistrées dans le système de gestion des données pénales qui figurent sur l'extrait imprimé et sur l'extrait consulté en ligne ressortent des 3e et 4e colonnes des annexes 1 à 4.

2 Les indications suivantes figurent en sus sur tout extrait imprimé destiné aux autorités:

a. la désignation de l'extrait;

b. l'autorité au nom de laquelle il est établi;

b. le but dans lequel il est établi;

c. les nom et prénoms de l'utilisateur qui a l'établi;

d. la date et l'heure d'établissement;

e. le nombre de pages.

3 Les indications suivantes figurent en sus sur tout extrait destiné aux particuliers ou extrait spécial imprimé:

a. la désignation de l'extrait;

b. les nom et prénoms et l'adresse de la personne à qui l'extrait est destiné;

c. la date et l'heure d'impression;

d. un numéro d'ordre;

e. si l'extrait comprend des données pénales, une mention concernant le calcul des délais au terme desquels le jugement n'y figurera plus;

f. s'il s'agit d'un extrait spécial, les données suivantes telles qu'elles figurent dans l'attestation prévue par l'art. 55, al. 4, LCJ:

1. le nom de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente,
2. les nom et prénoms du collaborateur responsable,
3. l'adresse de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente.

Art. 46 Règles particulières concernant les extraits imprimés vierges (art. 35, al. 2, LCJ)

1 Si la recherche d'une personne dans VOSTRA ne donne pas de résultat avec le profil de consultation utilisé, l'extrait imprimé contient les mentions suivantes:

a. l'extrait destiné aux autorités et l'extrait destiné aux particuliers: l'indication que la personne recherchée n'est pas inscrite au casier judiciaire;

b. l'extrait spécial: l'indication que la personne concernée n'est pas sous le coup d'une interdiction d'exercer une profession ou une activité, d'une interdiction de contact ou d'une interdiction géographique visant à protéger les mineurs et les autres personnes particulièrement vulnérables, ni d'une interdiction d'exercer une activité relevant du domaine de la santé qui implique des contacts directs avec des patients;

c. l'extrait destiné aux particuliers et l'extrait spécial: la mention des possibilités de validation prévues à l'art. 49.

2 Si la recherche d'une personne dans VOSTRA ne donne pas de résultat avec le profil de consultation utilisé, mais qu'elle est inscrite dans la base de données UPI (Unique Personal Identifier Database) de la CdC, l'extrait imprimé contient les données d'identification suivantes:

a. l'extrait destiné aux autorités: les attributs principaux de la personne concernée tirés de l'UPI et énumérés à l'annexe 1, ch. 1.1, à l'exception du numéro AVS;

b. l'extrait destiné aux particuliers et l'extrait spécial: les nom et prénoms, la date de naissance, la nationalité et le lieu d'origine suisse de la personne concernée, conformément à l'annexe 8, ch. 1.2 à 1.5 et 1.11.

[3] Si la personne recherchée n'est inscrite ni dans VOSTRA ni dans l'UPI, l'extrait imprimé contient les données d'identification suivantes:

a. l'extrait destiné aux autorités:
   1. les nom et prénoms et la date de naissance indiqués pour la recherche,
   2. la présence ou l'absence de résultats proposés par le système;

b. l'extrait destiné aux particuliers et l'extrait spécial: les nom et prénoms, la date de naissance, la nationalité et le lieu d'origine suisse de la personne concernée, conformément à l'annexe 8, ch. 1.2 à 1.5 et 1.11.

Art. 47 Données système qui peuvent être consultées (art. 37, al. 2, 38, al. 2, 40, al. 2, et 42, al. 2, LCJ)

Les données système visées à l'art. 24 qui peuvent être consultées sont énumérées aux annexes 1 à 4, avec les profils de consultation correspondants.

Art. 48 Extraits destinés aux particuliers et extraits spéciaux munis d'une signature électronique

Toute personne qui demande un extrait destiné aux particuliers ou un extrait spécial peut exiger un extrait muni d'une signature électronique règlementée ou d'un cachet électronique règlementé au sens de la loi du 18 mars 2016 sur la signature électronique[24] au lieu d'un extrait imprimé.

Art. 49 Service de validation des extraits destinés aux particuliers et des extraits spéciaux vierges

[1] Tout détenteur d'un extrait destiné aux particuliers ou d'un extrait spécial vierge imprimé peut vérifier qu'aucun jugement ne figure sur l'original au moyen d'un service Web mis à la disposition du public par le Service du casier judiciaire.

[2] Le Service du casier judiciaire détermine le temps pendant lequel un extrait peut être vérifié.

Section 2 Droit de consultation des autorités

Art. 50 Buts particuliers de la consultation par les services cantonaux des migrations et par le Secrétariat d'Etat aux migrations (art. 46, let. f, ch. 2 et 3, et h, et art. 62, al. 2, LCJ)

[1] Les services cantonaux des migrations et le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) peuvent utiliser les données de VOSTRA consultées dans le cadre de la mise en œuvre de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration[25], en application de l'art. 46, let. f, ch. 2, et h, LCJ, dans les buts suivants:

24 RS **943.03**
25 RS **142.20**

a. pour examiner les conditions d'entrée en Suisse et l'octroi de visas;

b. pour examiner l'octroi, la prolongation et la révocation des autorisations de séjour de courte durée, des autorisations de séjour, des autorisations d'établissement et des autorisations pour les frontaliers;

c. pour examiner les autorisations soumises à l'approbation du SEM;

d. pour octroyer l'autorisation d'exercer une activité lucrative ou de participer à un programme d'occupation pour les requérants d'asile;

e. pour examiner le prononcé ou la suspension de l'interdiction d'entrée en Suisse;

f. pour examiner le prononcé ou la levée de l'admission provisoire;

g. pour examiner les mesures de contrainte.

2 Le Secrétariat d'Etat aux migrations peut utiliser les données de VOSTRA consultées dans le cadre de la mise en œuvre de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile[26], en application de l'art. 46, let. f, ch. 3, LCJ, dans les buts suivants:

a. pour examiner l'octroi, la révocation ou l'extinction de l'asile ou de la qualité de réfugié;

b. pour examiner l'octroi, la révocation ou l'extinction de la protection provisoire.

3 Les communications visées à l'art. 62, al. 2, LCJ peuvent être traitées dans les buts mentionnés aux al. 2 et 3.

Art. 51 Vérification préalable à la demande d'extrait d'un casier judiciaire étranger
(art. 49, al. 2, LCJ)

1 Une autorité raccordée peut vérifier en saisissant une demande d'extrait d'un casier judiciaire étranger conformément à l'art. 49, al. 1, LCJ, si, d'expérience, pour ce type d'autorité et ce but, l'Etat concerné:

a. fournit des extraits du casier judiciaire;

b. n'a jamais reçu de demande d'extrait, si bien que le traitement de la demande est susceptible de prendre plus de temps;

c. ne fournit pas d'extrait du casier judiciaire.

2 Dans le cas visé à l'al. 1, let. c, aucune nouvelle demande au sens de l'art. 49 LCJ ne peut être saisie pendant les 3 ans suivant la dernière demande adressée à l'Etat concerné.

26 RS **142.31**

Section 3 Droit de consultation des particuliers

Art. 52 Demande d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux (art. 54 et 55 LCJ)

1 Les demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux peuvent être faites directement en ligne auprès du Service du casier judiciaire ou au guichet d'un fournisseur de prestation actif dans toute la Suisse qui a été mandaté à cet effet.

2 Sont admis comme preuves de l'identité au sens de l'art. 54, al. 3, LCJ les passeports, les cartes d'identité et les titres de séjour pour étranger. Dans le cas d'une demande en ligne, sont également admis les moyens d'identification électroniques reconnus et les copies des documents d'identité.

3 Faute de document au sens de l'al. 2, il est possible de demander un extrait en ligne si l'autorité migratoire compétente complète le formulaire de demande en confirmant:

a. que l'extrait doit être remis à une autorité;

b. que les données d'identification correspondent à celles enregistrées dans le Système d'information central sur la migration (SYMIC);

c. que le numéro SYMIC indiqué est bien celui de la personne concernée.

4 En cas de demande relative à un tiers au sens de l'art. 54, al. 3, LCJ, les documents attestant le pouvoir de représentation ne doivent pas dater de plus de 6 mois.

Art. 53 Contenu, durée de validité et contrôle de l'attestation prévue à l'art. 55, al. 4, LCJ (art. 55, al. 4, LCJ)

1 L'attestation de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente qui exige la production d'un extrait spécial, prévue à l'art. 55, al. 4, LCJ, doit contenir les données suivantes, sous réserve de l'al. 2:

a. le nom et l'adresse de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente;

b. les nom et prénoms, le numéro de téléphone, l'adresse de messagerie électronique et la signature d'une personne dépendant de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente et ayant part à la procédure d'engagement;

c. la date d'établissement de l'attestation;

d. les nom et prénoms et la date de naissance du particulier;

e. la description de l'activité qu'exerce ou que doit exercer le particulier pour lequel l'extrait spécial est demandé selon l'art. 55, al. 1 ou 1bis, LCJ.

2 L'attestation est valable 3 mois à compter de son établissement.

3 Le Service du casier judiciaire contrôle par sondage le contenu des attestations.

Art. 54 Emoluments dus pour les extraits destinés aux particuliers et les extraits spéciaux
(art. 56, al. 2, LCJ)

1 Le Service du casier judiciaire perçoit un émolument de 17 francs pour l'établissement d'un extrait destiné aux particuliers ou d'un extrait spécial.

2 Si plusieurs extraits sont demandés pour la même personne, l'émolument est de 17 francs par extrait.

3 L'émolument visé aux al. 1 et 2 est majoré:

a. en cas d'envoi recommandé: de 5 francs par envoi;

b. en cas d'envoi par un service d'expédition à l'étranger: de 50 francs par envoi;

c. en cas de légalisation de l'extrait par la Chancellerie fédérale: pour chaque extrait, de l'émolument prévu à l'art. 18 de l'ordonnance du 10 septembre 1969 sur les frais et indemnités en procédure administrative[27].

4 Les émoluments versés ne sont pas remboursés.

5 Sont inclus dans le montant des émoluments visés aux al. 1 à 3 tous les autres débours, notamment les frais afférents aux prestations de tiers, ceux liés au trafic des paiements et au recouvrement, les frais de transmission et de communication et le coût de l'exécution des demandes.

6 Les dispositions de l'ordonnance générale du 8 septembre 2004 sur les émoluments[28] s'appliquent au demeurant.

Section 4 Communication automatique de données du casier judiciaire à des autorités

Art. 55 Communication au Groupement Défense
(art. 59 LCJ)

1 Le système d'information sur le personnel de l'armée et de la protection civile (SIPA) communique à VOSTRA, par l'intermédiaire d'une interface électronique, la liste des numéros AVS des conscrits, des militaires et des personnes astreintes à la protection civile, mise à jour quotidiennement.

2 Sur la base de la liste visée à l'al. 1, VOSTRA communique chaque jour au SIPA via l'interface les données suivantes concernant les jugements, décisions ultérieures et procédures pénales en cours nouvellement saisis ou modifiés, sous forme de données structurées, dans les limites de la mise en œuvre de l'obligation de communiquer visée à l'art. 59, al. 1, LCJ:

a. pour les jugements qui doivent être communiquées: les données qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux autorités selon l'annexe 2,

27 RS **172.041.0**
28 RS **172.041.1**

à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 2, ch. 1.9) et des copies électroniques des formulaires de communication étrangers (annexe 2, ch. 4.2) ;

b. pour les décisions ultérieures qui doivent être communiquées: les données qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux autorités selon l'annexe 3, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 3, ch. 1.6) et des copies électroniques des formulaires de communication étrangers (annexe 3, ch. 1.7.2);

c. pour les procédures pénales en cours qui doivent être communiquées: les données qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux autorités selon l'annexe 4, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 4, ch. 1.4) et des notes à la direction de la procédure (annexe 4, ch. 3).

3 La personne concernée est identifiée uniquement par son numéro AVS dans les communications visées à l'al. 2.

Art. 56 Communication aux autorités compétentes en matière de circulation routière
(art. 60 LCJ)

1 VOSTRA signale chaque jour au Service du casier judiciaire les jugements suisses dans lesquels est prononcée une interdiction de conduire au sens de l'art. 67*e* CP[29] ou de l'art. 50*e* CPM[30], lorsque cette interdiction est nouvellement saisie ou modifiée.

2 La communication mentionnée à l'al. 1 apparaît dans VOSTRA au même endroit que les avis générés par le système visés à l'art. 25.

3 Elle comprend les données suivantes:

a. les données visées à l'annexe 5, ch. 1;

b. toutes les données relatives aux jugements concernés qui figurent sur l'extrait 3 destiné aux autorités au format PDF (annexe 2), à l'exception de la date à laquelle les jugements devraient cesser de figurer sur les extraits (annexe 2, ch 5.3) et des copies électroniques des formulaires de communication étrangers (annexe 2, ch. 4.2.1).

4 Le Service du casier judiciaire transmet la communication manuellement et sans délai aux autorités compétentes en matière de circulation routière du canton de domicile de la personne sous le coup d'une interdiction de conduire.

5 Si la personne concernée n'a pas de domicile en Suisse, il transmet la communication:

a. si le jugement a été rendu par une autorité civile de droit pénal: aux autorités compétentes en matière de circulation routière du canton où est située cette autorité;

29 RS **311**
30 RS **321.0**

b. si le jugement a été rendu par une autorité militaire de droit pénal: à l'autorité compétente en matière de circulation routière du canton où est situé le service de coordination de la justice militaire.

Art. 57 Communication des confiscations (art. 61 LCJ)

[1] VOSTRA signale au Service du casier judiciaire les jugements nouvellement saisis dans lesquels est ordonnée une confiscation, par un avis généré par le système au sens de l'art. 25, al. 1, let. i.

[2] Le Service du casier judiciaire communique les copies des jugements manuellement et sans délai au service chargé du partage des valeurs patrimoniales confisquées.

Art. 58 Communication aux services cantonaux des migrations (art. 62, al. 1, LCJ)

[1] VOSTRA signale chaque jour au Service du casier judiciaire les jugements et procédures pénales en cours suisses nouvellement saisis à l'encontre d'un étranger domicilié en Suisse.

[2] La communication mentionnée à l'al. 1 apparaît dans VOSTRA au même endroit que les avis générés par le système au sens de l'art. 25.

[3] Elle comprend les données suivantes au format PDF:

a. les données visées à l'annexe 5, ch. 1;

b. le numéro AVS;

c. pour les jugements: les données relatives aux jugements concernés qui figurent sur l'extrait 2 destiné aux autorités au format PDF (annexe 2), à l'exception de la date à laquelle les jugements devraient cesser de figurer sur les extraits (annexe 2, ch 5.2);

d. pour les procédures pénales en cours: toutes les données relatives aux procédures concernées qui figurent sur l'extrait 2 destiné aux autorités au format PDF (annexe 4).

[4] Le Service du casier judiciaire transmet la communication manuellement et sans délai au service des migrations du canton de domicile de la personne concernée.

Art. 59 Communication au SEM (art. 62, al. 1bis, LCJ)

VOSTRA communique chaque jour au SYMIC, par une interface électronique, les données suivantes concernant les étrangers, sous forme de données structurées:

a. pour tout jugement suisse nouvellement saisi ou modifié au sens de l'art. 62, al. 1bis, let. a et f, LCJ: les données relatives au jugement concerné selon l'annexe 2 qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux

autorités, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 2, ch. 1.9) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4);

b. pour toute procédure pénale en cours nouvellement saisie ou modifiée au sens de l'art. 62, al. 1bis, let. b et f, LCJ: les données relatives à la procédure pénale en cours selon l'annexe 4 qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux autorités, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 4, ch. 1.4) et des notes à la direction de la procédure (annexe 4, ch. 3);

c. pour toute donnée nouvellement saisie ou modifiée relative à l'exécution d'une expulsion au sens de l'art. 62, al. 1bis, let. c et f, LCJ: les données visées à l'annexe 2, ch. 3.4.5.2 et 3.4.5.3;

d. pour toute décision ultérieure nouvellement saisie ou modifiée relative à une expulsion au sens de l'art. 62, al. 1bis, let. d, e et f, LCJ: les indications générales qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 2 destiné aux autorités (annexe 3, ch. 1.1 à 1.5);

e. le numéro AVS comme seule donnée d'identification concernant les communications visées aux let. a à d (annexe 1, ch. 1.1.1).

Art. 60 Communication aux offices cantonaux des armes (art. 63 LCJ)

1 Le système d'information harmonisé relatif à l'acquisition et à la possession d'armes à feu visé à l'art. 32*a*, al. 3, de la loi du 20 juin 1997 sur les armes[31] communique chaque jour à VOSTRA, par une interface électronique, la liste actualisée des numéros AVS des personnes qui y sont enregistrées, avec pour chacune de ces personnes le canton dont les offices des armes traitent des données la concernant.

2 VOSTRA signale chaque jour aux offices cantonaux des armes compétents, par une interface électronique avec leurs systèmes d'information visés à l'art. 32*a*, al. 2, de la loi du 20 juin 1997 sur les armes, les jugements et les procédures pénales en cours nouvellement saisis ou modifiés à l'encontre des personnes de la liste visée à l'al. 1, soit les données suivantes:

a. pour les jugements qui doivent être communiqués:
   1. sous forme de données structurées, les données au sens de l'annexe 2 qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 1 destiné aux autorités, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 2, ch. 1.9), des données relatives au temps pendant lequel une interdiction ne court pas (annexe 2, ch. 3.4.4.2.3) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4),
   2. au format PDF, les données au sens de l'annexe 2 qui peuvent être consultées sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception de la date prévue pour l'élimination (annexe 2, ch. 5.1) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4);

31 RS **514.54**

b. pour les procédures pénales en cours qui doivent être communiquées:
   1. sous forme de données structurées, les données qui peuvent être consultées en ligne sur l'extrait 4 destiné aux autorités au sens de l'annexe 4, à l'exception des données enregistrées dans la rubrique « info » (annexe 4, ch. 1.4) et des notes à la direction de la procédure (annexe 4, ch. 3),
   2. au format PDF, les données qui peuvent être consultées sur l'extrait 4 destiné aux autorités au format PDF au sens de l'annexe 4;

c. pour les données d'identification qui sont associées aux données visées aux let. a et b:
   1. sous forme de données structurées, le numéro AVS consultable en ligne sur l'extrait 4 destiné aux autorités au sens de l'annexe 1, ch. 1.1.1,
   2. au format PDF, les données qui figurent sur l'extrait 4 destiné aux autorités au format PDF au sens de l'annexe 1, à l'exception des notes à usage interne (annexe 1, ch. 2), mais numéro AVS compris (annexe 1, ch. 1.1.1).

Art. 61 Communication à l'Etat d'origine (art. 64 LCJ)

1 VOSTRA signale chaque jour au Service du casier judiciaire les jugements et décisions ultérieures rendus en Suisse à l'encontre d'étrangers qui ont été saisis dans les deux semaines précédentes. Il émet une communication par prononcé.

2 Toutes les communications du jour au sens de l'al. 1 apparaissent dans VOSTRA au format PDF dans un fichier unique, classées par Etat, au même endroit que les avis automatiques au sens de l'art. 25.

3 La communication comprend les données suivantes:

a. les données visées à l'annexe 5, ch. 1;

b. pour les jugements qui doivent être communiqués: toutes les données au sens de l'annexe 2 qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception de la date à laquelle le jugement devrait être éliminé (annexe 2, ch. 5.1), des copies électroniques (annexe 2, ch. 4.1) et des infractions qui ne doivent pas être communiquées selon l'art. 64, al. 2, LCJ;

c. pour les décisions ultérieures qui doivent être communiquées:
   1. les données au sens de l'annexe 3 qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception des copies électroniques (annexe 3, ch. 1.7.1),
   2. toutes les données visées à la let. b et relatives au jugement auquel se rapporte la décision ultérieure,
   3. toutes les données visées au ch. 1 et relatives aux autres décisions ultérieures qui ont été saisies dans VOSTRA en rapport avec le jugement au sens du ch. 2.

3 L'autorité compétente de l'Etat d'origine peut choisir de recevoir les communications en allemand, français ou italien.

[4] Le Service du casier judiciaire transmet manuellement, chaque mois au moins, les communications à l'autorité compétente de l'Etat d'origine.

Chapitre 7 Communication automatique de données à VOSTRA

Art. 62 Communication des décès par le registre de l'état civil (art. 66 LCJ)

[1] Le registre de l'état civil communique les décès à VOSTRA par l'interface électronique entre l'UPI et VOSTRA.

[2] La totalité du dossier de la personne concernée est éliminée de VOSTRA après l'enregistrement automatique du décès.

Chapitre 8 Dispositions finales

Art. 63 Abrogation et modification d'autres actes

L'abrogation et la modification d'autres actes sont réglées à l'annexe 10.

Art. 64 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le ….

… Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, …
Le chancelier de la Confédération, Walter Thurnherr

Annexe 1
(Art. 15, 24, let. a, 45, al. 1, et 47)

Catégories et champs de données d'identification de la personne, selon le profil de consultation (avec données pénales)

Extrait 1 = champ de données figurant sur l'extrait 1 destiné aux autorités
Extrait 1 à 4 = champ de données figurant sur les extraits 1, 2, 3 et 4 destinés aux autorités
Extrait P = champ de données figurant sur l'extrait destiné aux particuliers
Extrait S = champ de données figurant sur l'extrait spécial destiné aux particuliers
Tous les extraits = champ de données figurant sur tous les extraits (extraits 1 à 4, extrait destiné aux particuliers et extrait spécial)
Aucun extrait = champ de données ne figurant pas sur les extraits imprimés
X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne	3e colonne	4e colonne
Données d'identification de la personne (art. 15)	**Données système** générées automatiquement (à partir d'autres données) (art. 24, let. a)	**Données** figurant sur les extraits destinés aux autorités **consultés en ligne** (art. 45, al. 1)	**Données** figurant sur les extraits imprimés **au format PDF** (art. 45, al. 1)
1. **Identité principale** (identité attribuée à une personne, par laquelle elle est principalement identifiée)			
1.1 Attributs principaux (soit les attributs contenus dans l'UPI)			
1.1.1 N° AVS ou statut de l'attribution du n° AVS, soit attribution demandée ou attribution refusée	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.1.2 Nom	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.1.3 Prénoms	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.1.4 Date de naissance	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

1.1.5 Sexe	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.6 Nationalité (principale)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (Extrait P et S: telle qu'elle figure sur la demande)
1.1.7 Autre nationalité	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.8 Nom de célibataire	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.9 Etat de naissance	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.10 Lieu de naissance	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.11 Nom de la mère	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.12 Prénoms de la mère	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.13 Nom du père	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.1.14 Prénoms du père	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.2. Attributs complémentaires			
1.2.1 Pour les ressortissants suisses: lieu(x) d'origine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.2.2 Etat de domicile	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.2.3 Lieu de domicile	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.2.4 Nationalité supplémentaire	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.2.5 Pour les non-ressortissants suisses: catégorie d'étranger	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.3. Source des données (source d'où proviennent les principaux attributs de l'identité principale)			
1.3.1 Source de données manuelle	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.3.2 Source de données automatique	X	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
1.4. Info			

1.4.1 ID du dossier et PSN repris de l'ancien système VOSTRA	X	Extrait 1 à 4	ID du dossier: Extrait 1 à 4 PSN : Aucun extrait
1.4.2 Numéro attribué par le système à l'identité principale et PSS de l'identité principale repris de l'ancien système VOSTRA	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.3 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement de l'identité principale):			
1.4.3.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.3.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.4 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de l'identité principale):			
1.4.4.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.4.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.5 Autorité ayant fait la première saisie soit sa désignation	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.4.6 Date probable de l'élimination des données de l'extrait 1 (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.1) soit la date ou l'indication que le calcul n'est pas encore possible ou l'indication que les données seront éliminées dès que la personne concernée sera réputée décédée	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.1)
1.4.7 Autres données concernant le calcul des délais (données visant à retracer les étapes du calcul) Liste des jugements comprenant la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu, le numéro de dossier et les indications suivantes			

1.4.7.1 Date probable à laquelle le jugement cessera de figurer sur les extraits soit la date ou l'indication que le calcul n'est pas encore possible ou l'indication que les données ne figureront plus sur les extraits dès que la personne concernée sera réputée décédée			
1.4.7.1.1 Date à laquelle il cesserait de figurer sur l'extrait 1, s'il n'y avait que ce jugement («délai intermédiaire du extrait 1 »)	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.1.2 Date à laquelle il cesse de figurer sur l'extrait 2 (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.2)	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.2)
1.4.7.1.3 Date à laquelle il cesse de figurer sur l'extrait 3 (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.3)	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.3)
1.4.7.1.4 Date à laquelle il cesse de figurer sur l'extrait 4 (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.4)	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.4)
1.4.7.1.5 Date à laquelle il cesse de figurer sur l'extrait destiné aux particuliers (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.5)	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.5)
1.4.7.1.6 Le cas échéant, date à laquelle il cesse de figurer sur l'extrait spécial (identique à l'indication visée à l'annexe 2, ch. 5.6)	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 5.6)

1.4.7.2 Indication de la règle de calcul des délais pendant lesquels les données figureront sur les extraits selon le ch. 1.4.7.1 avec référence au diagramme oui/non selon le concept du produit			
1.4.7.2.1 Pour l'extrait 1	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.2.2 Pour l'extrait 2	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.2.3 Pour l'extrait 3	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.2.4 Pour l'extrait 4	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.2.5 Pour l'extrait destiné aux particuliers	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.2.6 Pour l'extrait spécial, si c'est possible	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.3 Liste des interdictions d'exercer une activité, des interdictions de contact et des interdictions géographiques prononcées dans le jugement ou dans une décision ultérieure se rapportant au jugement, soit le type d'interdiction et les données suivantes			
1.4.7.3.1 Début de l'interdiction pertinent pour le calcul soit la date d'entrée en force visée à l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.2 ou la nouvelle date pertinente pour le calcul visée à l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.4	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.2 et 3.4.4.2.4)
1.4.7.3.2 Temps pendant lequel l'interdiction ne court pas, visé à l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.3 soit la date de début et de fin de l'exécution (le cas échéant)	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.4.7.3.3 Date probable de la fin de l'interdiction, visée à l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.5 soit la date à laquelle l'interdiction n'aura plus effet compte tenu de toutes les informations disponibles	X	Extrait 1	Aucun extrait, en tant qu'élément de l'identité principale (dépend des règles applicables au jugement selon l'annexe 2, ch. 3.4.4.2.5)
2. **Notes à usage interne concernant l'identification des personnes** (visant à éviter des confusions entre personnes)			
2.1 Mention standard	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4

2.2 Ajout sous forme de champ de texte	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
2.3. Info			
2.3.1 Numéro attribué par le système aux notes à usage interne	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3.2 Indications sur la première saisie (information sur le premier enregistrement de la note à usage interne):			
2.3.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3.3 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de la note à usage interne):			
2.3.3.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3.3.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3.4 Autorité ayant fait la première saisie soit sa désignation	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3. **Anciennes identités** (identités sous lesquelles la personne a été identifiée dans le passé)			
3.1 Attributs de l'ancienne identité			
3.1.1 Nom	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
3.1.2 Prénoms	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
3.1.3 Date de naissance	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
3.1.4 Sexe	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.5. Nationalité (principale)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

3.1.6 Autre nationalité	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.7 Nom de célibataire	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.8 Etat de naissance	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.9 Lieu de naissance	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.10 Nom de la mère	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.11 Prénoms de la mère	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.12 Nom du père	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.1.13 Prénoms du père	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.2. Source des données (source d'où proviennent les principaux attributs de l'ancienne identité)			
3.2.1 Source de données manuelle	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.2.2 Source de données automatique	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.3. Info			
3.3.1 Numéro attribué par le système à l'ancienne identité et PSS repris de l'ancien système VOSTRA	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.3.2 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement de l'ancienne identité):			
3.3.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.3.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.3.3 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de l'ancienne identité):			
3.3.3.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

3.3.3.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.3.4 Autorité ayant fait la première saisie soit sa désignation	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4. **Identités secondaires** (autres identités qui ne peuvent pas être classées parmi les identités définies aux ch. 1, 3 et 5)			
4.1 Attributs de l'identité secondaire			
4.1.1 Nom	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
4.1.2 Prénoms	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
4.1.3 Date de naissance	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
4.1.4 Sexe	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.5 Nationalité (principale)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.6 Autre nationalité	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.7 Nom de célibataire	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.8 Etat de naissance	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.9 Lieu de naissance	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.10 Nom de la mère	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.11 Prénoms de la mère	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.12 Nom du père	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.1.13 Prénoms du père	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.2. Source des données (source d'où proviennent les principaux attributs de l'identité secondaire)			
4.2.1 Source de données manuelle	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

4.2.2 Source de données automatique	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3. Info			
4.3.1 Numéro attribué par le système à l'identité secondaire et PSS de l'identité secondaire repris de l'ancien système VOSTRA	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3.2 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement de l'identité secondaire)			
4.3.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3.3 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de l'identité secondaire)			
4.3.3.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3.3.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4.3.4 Autorité ayant fait la première saisie soit sa désignation	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5. **Fausses identités** (identités fausses que la personne a utilisées abusivement)			
5.1 Attributs de la fausse identité			
5.1.1 Nom	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
5.1.2 Prénoms	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
5.1.3 Date de naissance	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
5.2. Source des données (source d'où proviennent les principaux attributs de la fausse identité)			

5.2.1 Source de données manuelle	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.2.2 Source de données automatique	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3. Info			
5.3.1 Numéro attribué par le système à la fausse identité et PSS de la fausse identité repris de l'ancien système VOSTRA	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3.2 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement de la fausse identité):			
5.3.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3.3 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de la fausse identité)			
5.3.3.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3.3.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone ou code du système qui a déclenché le traitement	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5.3.4 Autorité ayant fait la première saisie soit sa désignation	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
6. Numéros de contrôle de processus (PCN) (soit les numéros utilisés pour marquer des données signalétiques lorsqu'un jugement ou une procédures pénales en cours est saisi dans VOSTRA)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

Annexe 2
(Art. 21, 24, let. b, 45, al. 1, et 47)

Catégories et champs de données relatifs aux jugements qui doivent être saisis, selon le profil de consultation (sans les données d'identification de la personne)

Extrait 1 = champ de données figurant sur l'extrait 1 destiné aux autorités
Extrait 2 = champ de données figurant sur l'extrait 2 destiné aux autorités
Extrait 3 = champ de données figurant sur l'extrait 3 destiné aux autorités
Extrait 4 = champ de données figurant sur l'extrait 4 destiné aux autorités
Extrait 1 à 4 = champ de données figurant sur les extraits 1, 2, 3 et 4 destinés aux autorités
Extrait P = champ de données figurant sur l'extrait destiné aux particuliers
Extrait S = champ de données figurant sur l'extrait spécial destiné aux particuliers
Tous les extraits = champ de données figurant sur tous les extraits (extraits 1 à 4, extrait destiné aux particuliers et extrait spécial)
Aucun extrait = champ de données ne figurant pas sur les extraits imprimés
X = oui
— = non

1re colonne	**2e colonne**	**3e colonne**	**4e colonne**
Jugements	**Données système** générées automatiquement (à partir d'autres données) (art. 24, let. a)	**Données** figurant sur les extraits destinés aux autorités **consultés en ligne** (art. 45, al. 1)	**Données** figurant sur les extraits imprimés **au format PDF** (art. 45, al. 1)
1. **Indications générales**			
1.1 Date du jugement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.2 Autorité qui a rendu le jugement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.3 Numéro de dossier (numéro associé au jugement par l'autorité qui l'a rendu)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.4 Date de notification	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

1.5 Date d'entrée en force	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.6 Pour les jugements de la justice militaire: canton d'exécution avec son abréviation	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.7 Indication « pas de type de procédure particulier » dans les cas autres que ceux visés au ch. 1.8	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.8 En cas de révision et de nouveau jugement, reprise de la procédure ou relevé de défaut à la suite de la procédure par défaut:			
1.8.1 Révision	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.8.2 Nouveau jugement, reprise de la procédure ou relevé de défaut à la suite de la procédure par défaut	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.8.3 Indications sur le jugement annulé soit date du jugement, autorité qui l'a rendu, date de notification et date d'entrée en force	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.9 Info			
1.9.1 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement des données structurées relatives au jugement)			
1.9.1.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.9.1.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.9.2 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données du jugement)			
1.9.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.9.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.10 Indication qu'un jugement qui remplit les critères de sélection de l'art. 25, al. 1, let. m et n, doit ou non figurer sur l'extrait 4 destiné aux autorités ou sur l'extrait destiné aux particuliers	—	— (visible seulement pour le Service du casier judiciaire)	Aucun extrait
2. **Infractions**			
2.1 Données relatives à l'infraction elle-même (données se référant aux infractions définies notamment dans la partie spéciale du code pénal)			

2.1.1 Abréviation de référence (= abréviation utilisée dans VOSTRA de la référence légale visée au ch. 2.1.2, servant à accélérer la saisie)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.1.2 Référence légale (= référence exacte à la disposition normative)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.1.3 Désignation (= description textuelle des faits constitutifs de l'infraction)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.1.4 Durée de validité de la référence légale (à des fins de détermination de la version de l'article et de l'acte normatif auxquels il est fait référence) soit le début et la fin (le cas échéant) de la durée de validité de la disposition	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.1.5 Données relatives aux jugements étrangers (au lieu des données visées aux ch. 2.1.2 à 2.1.4 et 2.2)			
2.1.5.1 Mention « infraction à une loi étrangère » ou « infractions à une loi étrangère » avec renvoi à la copie du formulaire de communication reçu de l'étranger (ch. 4.2)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.1.5.2 Indication de la catégorie de référence au sens de l'art. 19, al. 3 à 5 (pour les jugements saisis après l'entrée en vigueur de la présente loi)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.2 Données relatives aux combinaisons possibles (à l'exception des cas visés au ch. 2.1.5.1) (par ex. tentative, complicité, commission répétée)			
2.2.1 Abréviation de référence (= abréviation utilisée dans VOSTRA de la référence légale visée au ch. 2.2.2 ou de la désignation visée au ch. 2.2.3 servant à accélérer la saisie)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.2.2 Référence légale (= référence exacte à la disposition normative)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.2.3 Désignation (= description textuelle des faits constitutifs de l'infraction)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.2.4 Durée de validité de la référence légale (à des fins de détermination de la version de l'article et de l'acte normatif auxquels il est fait référence) soit le début et la fin (le cas échéant) de la durée de validité de la disposition	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2.3 Dates de l'infraction sous forme de date ou de plage de temps	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

2.4 Données sur le taux d'alcoolémie (pour toutes les infractions au droit de la circulation punies en cas de conduite en état d'ébriété) en ‰ ou en milligrammes	—	Extrait 1 à 4	Extrait 1 à 4
3. **Sanctions**			
3.1 Données générales applicables à toutes les sanctions			
3.1.1 Désignation de la sanction (= description textuelle de la sanction; la référence légale fait partie de la désignation dans le cas des mesures)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.1.2 Forme abrégée (forme abrégée de la désignation du ch. 3.1.1)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.2 Données qui doivent être saisies sous « sanctions » lorsque l'autorité renonce explicitement à une sanction			
3.2.1 Indication « verdict de culpabilité sans peine » avec une référence légale à l'appui du motif de l'exemption de peine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.2.2 Exemption de toute peine complémentaire (voir ch. 3.6.1)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3 Données complémentaires relatives à des peines			
3.3.1 En cas de privation de liberté: durée totale « à vie » ou nombre de jours, mois, années et heures	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.2 En cas de peine à caractère pécuniaire: montant total			
3.2.2.1 Dans le cas d'une amende, montant et devise	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.2.2.2 Dans le cas d'une peine pécuniaire, nombre de jours-amendes, montant du jour-amende et devise	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.3 Conditionnalité de l'exécution de la peine Ferme, avec sursis ou avec sursis partiel	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.4 En cas de sursis ou de sursis partiel: données relatives au délai d'épreuve			
3.3.4.1 Date de début et durée (en jours, mois et années) du délai d'épreuve ou date de début et date de fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

3.3.4.2 Autres mesures accessoires au sursis soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.5 En cas de sursis partiel: Quotité de la partie de la peine avec sursis (comme au ch. 3.3.1 et 3.3.2)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.6 En cas d'amende: peine privative de liberté de substitution prononcée dans le jugement et sa durée totale au sens du ch. 3.3.1	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.7 En cas de réprimande qualifiée au sens de l'art. 22, al. 1, DPMin: données relatives au délai d'épreuve au sens du ch. 3.3.4.1 et indication de la désignation d'une personne d'accompagnement ou de l'imposition de règles de conduite	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.3.7 En cas d'interdiction d'exercer une profession ordonnée en application de l'art. 54, al. 1, CP dans la version du 5 octobre 1950[32]: données visées au ch. 3.4.4	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4 Données complémentaires relatives à des mesures (en plus des indications visées au ch. 3.1)			
3.4.1 En cas de mesure thérapeutique ordonnée à l'encontre d'un adulte, d'internement au sens de l'art. 43, ch. 1, par. 2, CP dans la version du 18 mars 1971[33] ou de mesure ordonnée en application des art. 12 à 15 DPMin: indication selon laquelle l'exécution de la peine est ou non suspendue au profit de la mesure	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.2 En cas de traitement ambulatoire: indication de l'imposition d'une assistance de probation, de l'assignation d'une personne d'accompagnement ou de l'imposition de règles de conduite	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.3 En cas d'interdiction de conduire: durée de l'interdiction (en jours, mois et années)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.4 En cas d'interdiction d'exercer une activité, d'interdiction de contact et d'interdiction géographique:			
3.4.4.1 Spécification matérielle			

32 RO **1951** 1 16
33 RO **1971** 777 807

3.4.4.1.1 Indication selon laquelle l'interdiction vise ou non à protéger les mineurs et les autres personnes particulièrement vulnérables ou à protéger les patients dans le domaine de la santé	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.4.4.1.2 Extrait du dispositif de la décision (dans le cas des interdictions de contact et des interdictions géographiques, les indications relatives à des personnes ou à des lieux qui pourraient permettre de déduire qui sont les personnes protégées sont anonymisées; l'extrait destiné aux autorités contient la clef de décodage)	—	Extrait 1 à 4 (non anonymisé)	Tous les extraits (anonymisé)
3.4.4.2 Données relatives à la durée de l'interdiction			
3.4.4.2.1 Durée initiale selon le dispositif du jugement soit le nombre d'années, mois, semaines, jours et heures, ou « à vie » ou « durée indéterminée »	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.4.2.2 Données relatives à la période de validité de l'interdiction soit la date à laquelle l'interdiction entre en force et la date jusqu'à laquelle elle aura effet selon le dispositif du jugement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.4.2.3 Le cas échéant, données relatives au temps pendant lequel l'interdiction ne court pas selon l'art. 67*c,* al. 2, CP ou l'art. 50*c,* al. 2, CPM soit la date de début de l'exécution, la date de fin de l'exécution et l'autorité qui saisit les données	—	Extrait 1 (les dates pertinentes peuvent aussi être consultées dans la rubrique « Info » de l'identité principale selon l'annexe 1, ch. 1.4.7.3.2)	Aucun extrait
3.4.4.2.4 Le cas échéant, nouvelle date fixée pour le début de l'interdiction selon l'art. 67*c*, al. 3, CP ou l'art. 50*c*, al. 3, CPM, si elle influe sur le calcul des délais	X	— (seulement dans la rubrique « Info » de l'identité principale selon l'annexe 1, ch. 1.4.7.3.1)	Aucun extrait
3.4.4.2.5 Date à laquelle l'interdiction devrait cesser d'avoir effet soit la date à laquelle l'interdiction n'aura plus effet selon les indications disponibles ou l'indication selon laquelle la date de fin de l'interdiction ne peut pas être calculée	X	— (peuvent être consultées dans la rubrique « Info » de l'identité principale selon l'annexe 1, ch. 1.4.7.3.3)	Tous les extraits

3.4.4.3 Autres mesures ordonnées (pendant la durée de l'interdiction) soit l'indication de l'imposition d'une assistance de probation, de l'assignation d'une personne d'accompagnement ou de l'imposition de règles de conduite)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.5 En cas d'expulsion			
3.4.5.1 Durée selon le dispositif du jugement soit « à vie » ou nombre d'années, de mois, de semaines et de jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.4.5.2 Début de la durée de l'expulsion	—	Extrait 1	Tous les extraits
3.4.5.2.1 Date de départ saisie a posteriori (= date effective de sortie du territoire ou, si elle n'est pas connue, date fixée par l'autorité d'exécution)	—	Extrait 1	Tous les extraits
3.4.5.2.2 Mention que la date de départ saisie n'est plus valable («pas de départ »)	—	Extrait 1	Tous les extraits
3.4.5.3 Raison du départ expulsion, extradition, transfèrement en vue de l'exécution d'une sanction à l'étranger, départ volontaire	—	Extrait 1	Tous les extraits
3.4.5.4 Date à laquelle l'expulsion devrait cesser d'avoir effet soit la date à laquelle l'expulsion n'aura plus effet ou l'indication selon laquelle cette date ne peut pas être calculée	X	—	Tous les extraits
3.4.5.5 En cas de demande visant le calcul d'un délai pour l'élimination au sens de l'art. 30, al. 2, let. n, *in fine*, LCJ, indication selon laquelle cette demande a été ou non approuvée	—	— (visible seulement pour le Service du casier judiciaire)	Aucun extrait
3.5 Motifs de la fixation de la peine (hormis les indications enregistrées comme combinaisons possibles)			
3.5.1 Abréviation de référence (= abréviation utilisée dans VOSTRA du motif de la fixation de la peine)	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
3.5.2 Référence légale (= référence exacte à la disposition normative)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.5.3 Désignation du motif de la fixation de la peine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.5.4 Durée de validité de la référence légale (à des fins de détermination de la version de l'article et de l'acte normatif auxquels il est fait référence) soit le début et la fin (le cas échéant) de la durée de validité de la disposition	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

3.6 Données complémentaires relatives aux peines ayant une fonction spéciale			
3.6.1 En cas de peine complémentaire ou partiellement complémentaire:			
3.6.1.1 Type de peine (complémentaire ou partiellement complémentaire)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.6.1.2 Référence aux jugements auxquels se rapporte la peine: (= jugement dans lequel est prononcée la peine de référence) soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier ou l'indication que le jugement ne doit pas être saisi	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sans le numéro de dossier)
3.6.2 En cas de peine d'ensemble:			
3.6.2.1 Type de peine (peine d'ensemble)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
3.6.2.2 Référence aux jugements auxquels se rapporte la peine: (= jugement dans lequel est prononcée la peine de référence) soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier ou l'indication que le jugement ne doit pas être saisi	—		Tous les extraits (sans le numéro de dossier)
3.6.2.3 Référence aux libérations conditionnelles auxquelles se rapporte la peine (= décision ultérieure sur la base de laquelle se calcule le solde de la peine à exécuter) y compris la date de la décision, l'autorité qui l'a rendue et le numéro de dossier	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sans le numéro de dossier)
3.7. Temps de détention imputé sur la peine (= temps de détention déjà subi selon le dispositif du jugement, qui doit être imputé sur la durée de la sanction à exécuter) en années, mois, semaines, jours et heures	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
4. Copies électroniques			
4.1 Pour les jugements suisses:			
4.1.1 Copies électroniques des jugements rendus en Suisse à l'encontre d'un adulte	—	Extrait 1	— (peuvent être imprimées à part à la demande d'une autorité autorisée à consulter l'extrait 1)
4.1.2 Numéro d'ordre, nom et date d'enregistrement du fichier	X	Extrait 1	Aucun extrait
4.2 Pour les jugements étrangers:			

4.2.1 Copies électroniques du formulaire de communication étranger	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (comme annexe)
4.2.2 Numéro d'ordre, nom et date d'enregistrement du fichier	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
5. Dates auxquelles les jugements devraient cesser de figurer sur l'extrait soit la date ou la mention que le calcul n'est pas encore possible ou la mention que le jugement cessera de figurer sur l'extrait dès que la personne concernée sera réputée décédée			
5.1 Date à laquelle le jugement devrait être éliminé (ne figure plus sur l'extrait 1)	X	—	Extrait 1
5.2 Date à laquelle le jugement devrait cesser de figurer sur l'extrait 2	X	—	Extrait 2
5.3 Date à laquelle le jugement devrait cesser de figurer sur l'extrait 3	X	—	Extrait 3
5.4 Date à laquelle le jugement devrait cesser de figurer sur l'extrait 4	X	—	Extrait 4
5.5 Date à laquelle le jugement devrait cesser de figurer sur l'extrait destiné aux particuliers	X	—	Extrait P
5.6 Date à laquelle le jugement devrait cesser de figurer sur l'extrait spécial	X	—	Extrait S

Annexe 3
(Art. 22, 24, let. c, 45, al. 1, et 47)

Catégories et champs de données relatifs aux décisions ultérieures qui doivent être saisies, selon le profil de consultation (sans les données d'identification de la personne)

Extrait 1 = champ de données figurant sur l'extrait 1 destiné aux autorités
Extrait 1 à 4 = champ de données figurant sur les extraits 1, 2, 3 et 4 destinés aux autorités
Tous les extraits = champ de données figurant sur tous les extraits (extraits 1 à 4, extrait destiné aux particuliers et extrait spécial)
Aucun extrait = champ de données ne figurant pas sur les extraits imprimés
X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne	3e colonne	4e colonne
Décisions ultérieures	**Données système** générées automatiquement (à partir d'autres données) (art. 24, let. c)	**Données** figurant sur les extraits destinés aux autorités **consultés en ligne** (art. 45, al. 1)	**Données** figurant sur les extraits imprimés **au format PDF** (art. 45, al. 1)
1. **Indications communes à toutes les décisions ultérieures**			
1.1 Date de la décision	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.2 Autorité qui a rendu la décision	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.3 Numéro de dossier (numéro associé à la décision ultérieure par l'autorité qui l'a rendue)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.4 Désignation de la décision ultérieure	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.5 Forme abrégée (forme abrégée de la désignation du ch. 1.4)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
1.6 Info			

1.6.1 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement des données structurées relatives à la décision ultérieure)			
1.6.1.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.6.1.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.6.2 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de la décision ultérieure)			
1.6.2.1 Date et heure	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.6.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
1.7 Copies électroniques			
1.7.1 Pour les décisions ultérieures suisses:			
1.7.1.1 Copies électroniques des décisions ultérieures rendues en Suisse à l'encontre d'un adulte	—	Extrait 1	— (peuvent être imprimées à part à la demande d'une autorité autorisée à consulter l'extrait 1)
1.7.1.2 Numéro d'ordre, nom et date d'enregistrement du fichier	X	Extrait 1	Aucun extrait
1.7.2 Pour les décisions ultérieures étrangères:			
1.7.2.1 Copies électroniques du formulaire de communication étranger	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (comme annexe)
1.7.2.2 Numéro d'ordre, nom et date d'enregistrement du fichier	X	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
2. Pour les décisions ultérieures « **Exemption de l'exécution du solde de la peine** »:			
2.1 Si la décision ultérieure la mentionne: Durée du solde de la peine en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
2.2 Si la décision ultérieure ne la mentionne pas: Indication selon laquelle la durée du solde de la peine est inconnue	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait

3. Pour les décisions ultérieures « **Amnistie** »:			
3.1 Indication selon laquelle l'amnistie entraîne ou non la libération immédiate (en vue du calcul de la nouvelle date à laquelle commence à courir l'interdiction selon l'art. 67c, al. 3, CP)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4. Pour les décisions ultérieures « **Modification de la mesure** »: (nouvelle mesure prononcée en même temps que la levée de l'ancienne mesure; ne s'applique pas aux interdictions d'exercer une activité, interdictions de contact et interdictions géographiques)			
4.1 Désignation de la mesure levée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.2 Désignation de la nouvelle mesure	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.3 Présence ou absence d'un solde de la peine ou absence de toute donnée à ce sujet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sauf si « pas de données »)
4.4 En cas de solde de la peine:			
4.4.1 Durée du solde de la peine en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.4.2 Conséquences sur l'exécution du solde de la peine soit la suspension de l'exécution du solde de la peine au profit de cette mesure, l'exemption de l'exécution du solde de la peine, l'exécution du solde de la peine ou le sursis à l'exécution du solde de la peine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.4.3 En cas de sursis à l'exécution du solde de la peine: données relatives au délai d'épreuve:			
4.4.3.1 Durée du délai d'épreuve en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.4.3.2 Date de notification de la décision ultérieure (début du délai d'épreuve)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.4.3.3 Fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
4.4.3.4 Autres mesures accessoires au sursis soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
5. Pour les décisions ultérieures « **Modification des règles de conduite** »:			

5.1 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée pour échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
6. Pour les décisions ultérieures « **Désignation d'une personne d'accompagnement** »: (il n'y a pas de champs supplémentaires)			
7. Pour les décisions ultérieures « **Prescription d'une assistance de probation** »:			
7.1 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
8. Pour les décisions ultérieures « **Prescription de règles de conduite** »:			
8.1 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
9. Pour les décisions ultérieures « **Nouvelle interdiction** »: (se réfère aux interdictions d'exercer une activité, interdiction de contact et interdictions géographiques)			
9.1 Désignation de l'interdiction	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
9.2 Données énumérées à l'annexe 2, ch. 3.4.4	(voir annexe 2, ch. 3.4.4)	(voir annexe 2, ch. 3.4.4)	(voir annexe 2, ch. 3.4.4)
10. Pour les décisions ultérieures « **Levée de l'accompagnement** »: (il n'y a pas de champs supplémentaires)			
11. Pour les décisions ultérieures « **Levée de l'assistance de probation** »:			
11.1 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12. Pour les décisions ultérieures « **Levée de la mesure** »: (sauf les interdictions d'exercer une activité, interdiction de contact et interdiction géographique)			
12.1 Désignation de la mesure levée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.2 Date de la libération	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.3 Indication de la présence ou de l'absence d'un solde de la peine ou absence de toute donnée à ce sujet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sauf si « pas de données »)
12.4 En cas de solde de la peine:			
12.4.1 Durée du solde de la peine en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

12.4.2 Conséquences sur l'exécution du solde de la peine soit l'exemption de l'exécution du solde de la peine, exécution du solde de la peine, sursis à l'exécution du solde de la peine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.4.3 En cas de sursis à l'exécution du solde de la peine: indications relatives au délai d'épreuve:			
12.4.3.1 Durée de la mise à l'épreuve en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.4.3.2 Date de notification de la décision ultérieure (début du délai d'épreuve)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.4.3.3 Fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
12.4.3.4 Autres mesures accessoires au sursis soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
13. Pour les décisions ultérieures « **Levée des règles de conduite** »:			
13.1 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
14. Pour les décisions ultérieures « **Levée du report de l'exécution de l'expulsion** »: (il n'y a pas de champs supplémentaires)			
15. Pour les décisions ultérieures « **Levée de l'interdiction** »: (se réfère aux interdictions d'exercer une activité, interdictions de contact et interdictions géographiques)			
15.1 Désignation de l'interdiction levée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
15.2 Date à partir de laquelle l'interdiction n'aura plus effet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
16. Pour les décisions ultérieures « **Report de l'exécution de l'expulsion** »: (pas de champs supplémentaires)			
17. Pour les décisions ultérieures « **Suspension de l'exécution de la peine au profit de la mesure en cours** »: (pas de champs supplémentaires)			
18. Pour les décisions « **Date de fin de l'exécution appropriée fixée exceptionnellement afin de déterminer les délais** »: (décision au sens de l'art. 44 visant à gérer le calcul des délais dans les cas où les données nécessaires ne sont pas disponibles)			

18.1 Désignation de la sanction concernée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
18.2 Date de fin de l'exécution (d'une mesure institutionnelle, d'un traitement ambulatoire ou d'une peine privative de liberté après révocation du sursis en cas d'interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact ou interdiction géographique)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19. Pour les décisions ultérieures « **Libération conditionnelle** »: (de l'exécution d'une peine ou d'une mesure)			
19.1 Référence aux jugements auxquels se rapporte la libération conditionnelle soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sans le numéro de dossier)
19.2 Désignation de la sanction dont la personne concernée est libérée conditionnellement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.3 Date de la libération	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.4 Données relatives au délai d'épreuve:			
19.4.1 Durée du délai d'épreuve en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.4.2 Date de notification de la décision ultérieure (début du délai d'épreuve)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.4.3 Fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.4.4 Autres mesures accessoires à la libération conditionnelle soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
19.5 Présence ou absence d'un solde de la peine ou absence de toute donnée à ce sujet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sauf si « pas de données »)
19.6 Le cas échéant, durée du solde de la peine en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
20. Pour les décisions ultérieures « **Grâce** »: (se réfère aux peines commuées en une peine plus douce en vue de l'exécution)			
20.1 Référence aux jugements auxquels se rapporte la grâce y compris la date du jugement, l'autorité qui l'a rendue et le numéro de dossier	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sans le numéro de dossier)

20.2 Désignation de la peine à laquelle se rapporte la grâce	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
20.3 Désignation de la peine plus douce en laquelle est commuée la peine initiale avec indication des données visées à l'annexe 2, ch. 3.1 à 3.3	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
20.4 Indication selon laquelle la grâce entraîne ou non la libération immédiate (en vue du calcul de la nouvelle date à laquelle commence à courir l'interdiction selon l'art. 67c, al. 3, CP)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21. Pour les décisions ultérieures « **Libération définitive** »:			
21.1 Désignation de la sanction dont la personne concernée est libérée définitivement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.2 Date de la libération	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.3 Présence ou absence d'un solde de la peine, ou absence de toute donnée à ce sujet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sauf si « pas de données »)
21.4 En cas de solde de la peine:			
21.4.1 Durée du solde de la peine en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.4.2 Conséquences sur l'exécution du solde de la peine soit exemption de l'exécution du solde de la peine, exécution du solde de la peine, sursis à l'exécution du solde de la peine	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.4.3 En cas de sursis à l'exécution du solde de la peine: indications relatives au délai d'épreuve:			
21.4.3.1 Durée de la mise à l'épreuve en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.4.3.2 Date de notification de la décision ultérieure (début du délai d'épreuve)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.4.3.3 Fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
21.4.3.4 Autres mesures accessoires au sursis soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

22. Pour les décisions ultérieures « **Déclaration d'exécutabilité du jugement en Suisse** (exequatur) »: (seulement pour les jugements étrangers qui doivent être exécutés en Suisse)			
22.1 Indication selon laquelle la sanction a ou non été adaptée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
22.2 Si la sanction a été adaptée:			
22.2.1 Désignation de la sanction prononcée dans le jugement et qui est adaptée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
22.2.2 Contenu de l'adaptation: Désignation de la sanction adaptée y compris les caractéristiques énumérées à l'annexe 2, ch. 3.3-3.4	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
23. Pour les décisions ultérieures « **Avertissement formel** »: (décision relevant de l'ancien droit; se réfère à l'échec de la mise en l'épreuve pendant l'exécution d'une peine ou d'une mesure assortie d'un sursis ou d'un sursis partiel; il n'y a pas de champs supplémentaires)			
24. Pour les décisions ultérieures « **Limitation du contenu de l'interdiction** »: (se réfère à une interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact ou interdiction géographique, à l'exclusion de la transformation d'un type d'interdiction en un autre)			
24.1 Désignation de l'interdiction dont le contenu est limité	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
24.2 Nouvelle spécification matérielle selon le dispositif du jugement (dans le cas des interdictions de contact et des d'interdiction géographique, les indications relatives à des personnes ou à des lieux qui pourraient permettre de déduire qui sont les personnes protégées sont anonymisées; l'extrait destiné aux autorités consulté en ligne contient la clef de décodage)	—	Extrait 1 à 4 (non anonymisé)	Tous les extraits (anonymisé)
24.3 Date à laquelle la nouvelle spécification prend effet (en règle générale la date d'entrée en vigueur de la décision ultérieure)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
25. Pour les décisions ultérieures « **Extension du contenu de l'interdiction** »: (se réfère à une interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact ou interdiction géographique, à l'exclusion de la transformation d'un type d'interdiction en un autre)			
25.1 Désignation de l'interdiction dont le contenu est étendu	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
25.2 Nouvelle spécification matérielle selon le dispositif du jugement (dans le cas des interdictions de contact et des interdictions géographiques, les indications relatives à des personnes ou à des lieux qui pourraient permettre de déduire qui sont les personnes protégées sont anonymisées; l'extrait destiné aux autorités consulté en ligne contient la clef de décodage)	—	Extrait 1 à 4 (non anonymisée)	Tous les extraits (anonymisée)

25.3 Date à laquelle la nouvelle spécification prend effet (en règle générale la date d'entrée en force de la décision ultérieure)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
26. Pour les décisions ultérieures « **Suspension ultérieure de l'exécution du solde de la peine** »:			
26.1 Durée du solde de la peine en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
26.2 Données relatives au délai d'épreuve:			
26.2.1 Durée de la mise à l'épreuve en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
26.2.2 Date de notification de la décision ultérieure (début du délai d'épreuve)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
26.2.3 Fin du délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
26.2.4 Autres mesures accessoires au sursis soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
27. Pour les décisions ultérieures « **Prescription d'une mesure ultérieure** »: (sauf les interdictions d'exercer une activité, interdiction de contact et interdiction géographique; voir ch. 9)			
27.1 Désignation de la mesure ordonnée ultérieurement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
27.2 Conséquences sur l'exécution du solde de la peine soit la suspension de l'exécution du solde de la peine au profit de cette mesure ultérieure, l'exemption de l'exécution du solde de la peine, l'exécution du solde de la peine ou la mention de l'absence de toute donnée à ce sujet	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits (sauf si « pas de données »)
27.3 Autres mesures accessoires à la mesure ultérieure soit assistance de probation, personne d'accompagnement ou règles de conduite	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
28. Pour les décisions ultérieures « **Peine ultérieure selon art. 100ter ch. 4 aCP dans la version du 18 mars 1971**[34] »: (décision ultérieure relevant de l'ancien droit)			
28.1 Durée de la peine privative de liberté ferme relevant de l'ancien droit en jours, mois, semaines et années	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

34 RO **1971** 777 807

29. Pour les décisions ultérieures « **Non-révocation** »: (se réfère à la décision de ne pas révoquer le sursis ou le sursis partiel à l'exécution d'une peine ou d'une mesure malgré l'échec de la mise à l'épreuve)			
29.1 Désignation de la sanction que l'on renonce à révoquer	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
30. Pour les décisions ultérieures « **Révocation partielle** »: (se réfère à la décision de révoquer le sursis ou le sursis partiel à l'exécution d'une peine ou d'une mesure suite à l'échec de la mise à l'épreuve)			
30.1 Désignation de la sanction qui est partiellement révoquée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
30.2 Partie suspendue de la sanction: soit la durée (en années, mois, semaines, jours et heures) ou le montant et la devise	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
30.3 Indication selon laquelle la peine est ou non suspendue au profit d'une mesure y compris la désignation de la mesure	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31. Pour les décisions ultérieures « **Prolongation du délai d'épreuve** »: (se réfère à des incidents qui ont eu lieu pendant le sursis ou le sursis partiel à l'exécution d'une peine ou d'une mesure)			
31.1 Désignation de la sanction suspendue	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31.2 Données relatives au nouveau délai d'épreuve			
31.2.1 Temps dont le délai d'épreuve est prolongé en années, mois, semaines et jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31.2.2 Date de notification de la décision ultérieure (début de la prolongation si cette date est postérieure à la fin du délai d'épreuve précédent)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31.2.3 Fin du nouveau délai d'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31.2.4 Autres mesures accessoires au sursis durant le nouveau délai d'épreuve soit assistance de probation, personne d'accompagnement, règles de conduite ou traitement ambulatoire	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
31.3 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
32. Pour les décisions ultérieures « **Avertissement** »: (se réfère à l'échec de la mise à l'épreuve pendant le sursis ou le sursis partiel à l'exécution d'une peine ou d'une mesure)			

32.1 Désignation de la sanction à laquelle se rapporte l'avertissement	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
33. Pour les décisions ultérieures « **Exécution du solde de la peine** »:			
33.1 En cas de mention du solde de la peine dans la décision ultérieure: durée du solde de la peine en années, mois, semaines, jours	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
33.2 En cas d'absence de mention du solde de la peine dans la décision ultérieure: mention « pas de données »	—	Extrait 1 à 4	Aucun extrait
34. Pour les décisions ultérieures « **Révocation** »: (se réfère à la révocation du sursis ou du sursis partiel à l'exécution d'une peine ou d'une mesure)			
34.1 Désignation de la sanction révoquée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
34.2 Indication selon laquelle la peine est ou non suspendue au profit d'une mesure y compris la désignation de la mesure	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
34.3 Le cas échéant, mention que la décision ultérieure n'a pas été prononcée suite à l'échec de la mise à l'épreuve	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
35. Pour les décisions ultérieures « **Limitation de la durée de l'interdiction** » (se réfère à une interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact ou interdiction géographique)			
35.1 Désignation de l'interdiction dont la durée est limitée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
35.2 Indication selon laquelle l'autorité a fixé une nouvelle durée initiale ou a réduit la durée de l'interdiction	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
35.3 En cas de nouvelle durée initiale: Durée (en années, mois, semaines, jours) qui servira de nouvelle valeur de base, les prolongations ou réductions prononcées auparavant n'étant plus prises en considération	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
35.4 En cas de réduction de la durée de l'interdiction: Durée (en années, mois, semaines et jours) qui doit être soustraite de la fin de l'interdiction calculée précédemment	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
36. Pour les décisions ultérieures « **Prolongation de l'interdiction** »: (se réfère à une interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact ou interdiction géographique)			
36.1 Désignation de l'interdiction prolongée	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

36.2 Durée de la prolongation: soit le temps dont l'interdiction est prolongée (en années, mois, semaines et jours), ou la mention « durée indéterminée » ou « à vie »	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits
36.3 Date d'entrée en force de la décision ultérieure (date à partir de laquelle la prolongation entre en force, si l'interdiction n'a déjà plus effet)	—	Extrait 1 à 4	Tous les extraits

Annexe 4
(Art. 26, 24, let. d, 45, al. 1, et 47)

Catégories et champs de données relatifs aux procédures pénales en cours qui doivent être saisies, selon le profil de consultation (sans les données d'identification de la personne)

Extrait 1 = champ de données figurant sur l'extrait 1 destiné aux autorités
Extrait 2 = champ de données figurant sur l'extrait 2 destiné aux autorités
Extrait 4 = champ de données figurant sur l'extrait 4 destiné aux autorités
Aucun extrait = champ de données ne figurant pas sur les extraits imprimés
X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne	3e colonne	4e colonne
Procédures pénales en cours	**Données système** générées automatiquement (à partir d'autres données) (art. 24, let. d)	**Données** figurant sur les extraits destinés aux autorités **consultés en ligne** (art. 45, al. 1)	**Données** figurant sur les extraits imprimés **au format PDF** (art. 45, al. 1)
1. **Indications générales**			
1.1 Date de la litispendance soit la date d'ouverture de l'instruction ou, à défaut, la date de l'ordonnance pénale	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
1.2 Direction de la procédure	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
1.3 Numéro de dossier (utilisé par la direction de la procédure pour le cas considéré)	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
1.4 Info			
1.4.1 Indications sur la première saisie (informations sur le premier enregistrement des données structurées relatives à la procédure pénale en cours)			

1.4.1.1 Date et heure	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.1.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.2 Indications sur la dernière modification (informations sur la dernière modification d'un champ de données de la procédure pénale en cours):			
1.4.2.1 Date et heure	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.2.2 Utilisateur soit son numéro d'utilisateur, ses nom et prénoms et son numéro de téléphone	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.3 Ancienne(s) direction(s) de la procédure: (en cas de changement de la direction de la procédure après l'entrée en vigueur de la présente ordonnance)			
1.4.3.1 Désignation de l'ancienne autorité compétente	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.3.2 Numéro de dossier de l'ancienne procédure	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
1.4.3.3 Date d'enregistrement du changement de direction de la procédure dans VOSTRA	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
2. **Infractions reprochées au prévenu**			
2.1 Données relatives à l'infraction elle-même (données se référant aux infractions définies notamment dans la partie spéciale du code pénal)			
2.1.1 Abréviation de référence (= abréviation utilisée dans VOSTRA de la référence légale visée au ch. 2.1.2 servant à accélérer la saisie)	—	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
2.1.2 Référence légale (= référence exacte à la disposition normative)	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
2.1.3 Désignation (= description textuelle des faits constitutifs de l'infraction)	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
2.1.4 Durée de validité de la référence légale (à des fins de détermination de la version de l'article et de l'acte normatif auxquels il est fait référence) soit le début et la fin (le cas échéant) de la durée de validité de la disposition	—	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
2.2 Données relatives aux combinaisons possibles (par exemple tentative, complicité, commission répétée)			

2.2.1 Abréviation de référence (= abréviation utilisée dans VOSTRA de la référence légale visée au ch. 2.2.2 ou de la désignation visée au ch. 2.2.3 servant à accélérer la saisie)	—	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
2.2.2 Référence légale (= si possible, référence exacte à la disposition normative)	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
2.2.3 Désignation (= description textuelle des faits constitutifs de l'infraction)	—	Extrait 1, 2 et 4	Extrait 1, 2 et 4
2.2.4 Durée de validité de la référence légale (à des fins de détermination de la version de l'article et de l'acte normatif auxquels il est fait référence) soit le début et la fin (le cas échéant) de la durée de validité de la disposition	—	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait
3. **Notes à la direction de la procédure** soit la date à laquelle l'avis visé à l'art. 25, al. 1, let. b, a été envoyé pour la dernière fois et la date à laquelle il doit être renvoyé	X	Extrait 1, 2 et 4	Aucun extrait

Annexe 5
(Art. 25)

Catégories et champs de données des avis générés automatiquement par le système qui peuvent être consultés par les autorités qui gèrent VOSTRA dans leur domaine de compétence

X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne
Avis générés automatiquement par le système	Données figurant dans l'avis
1. Données communes	
1.1 Catégorie d'avis	—
1.2 Titre de l'avis	X
1.3 Tâche (soit le motif de l'avis et la tâche à accomplir par le destinataire)	X
1.4 Date et heure d'établissement de l'avis	X
1.5 Destinataire de l'avis	
1.5.1 Désignation du destinataire final de l'avis qui devra contrôler la tâche visée au ch. 1.3	X
1.5.2 Désignation du Service du casier judiciaire, du SERCO ou du SERCO militaire qui voit l'avis dans sa boîte de réception VOSTRA Pour les SERCO: y compris l'indication du canton	—
1.6 Statut de l'avis soit nouveau ou liquidé	—
1.7 Utilisateur qui traite l'avis soit son numéro d'utilisateur et ses nom et prénoms	—

1.8 Date du traitement (date à laquelle l'avis a été lu pour la première fois)	—
1.9 Personne concernée par un avis individuel	
1.9.1 ID du dossier	X
1.9.2 Attributs principaux de l'identité principale au sens de l'annexe 1, ch. 1.1, à l'exception du numéro AVS (annexe 1, ch. 1.1.1)	X
1.9.3 Attributs complémentaires de l'identité principale au sens de l'annexe 1, ch. 1.2	X
1.9.4 Source des données relatives à l'identité principale au sens de l'annexe 1, ch. 1.3	X
1.10 Personnes concernées par une liste y compris leur ID du dossier au sens de l'annexe 1, ch. 1.4.1	X
1.11 Nombre de pages de l'avis	X
1.12 Nombre de nouveaux avis dans la boîte de réception	—
2. **Données spécifiques aux avis de récidive** (art. 25, al. 1, let. a)	
2.1 Jugement ou décision ultérieure dans lequel la mise à l'épreuve avait été ordonnée soit les données relatives à ce jugement ou cette décision ultérieure qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception de la date prévue pour l'élimination (annexe 2, ch. 5.1) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4, et annexe 3, ch. 1.7)	X
2.2 Jugement dans lequel est constatée la date à laquelle a été commise l'infraction pendant le délai d'épreuve visé au ch. 2.1 soit les données relatives à ce jugement qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception de la date prévue pour l'élimination (annexe 2, ch. 5.1) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4)	X
3. **Données spécifiques à l'avis de contrôle de la litispendance concernant les procédures pénales en cours** (art. 25, al. 1, let. b)	
3.1 Procédure pénale en cours à vérifier soit toutes les données relatives à cette procédure qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF	X
3.2 Champ réservé au message à l'autorité qui doit saisir la modification (si la direction de la procédure ne procède pas elle-même aux correctifs nécessaires)	X (à remplir par la direction de la procédure après réception de l'avis)

4. **Données spécifiques à l'avis de contrôle de l'absence de la fin d'une mesure** (art. 25, al. 1, let. c) Jugement et décisions ultérieures qui s'y rapportent, dans le cadre desquels la mesure a été ordonnée soit les données relatives à ces jugements et décisions ultérieures qui figurent sur l'extrait 1 destiné aux autorités au format PDF, à l'exception de la date prévue pour l'élimination (annexe 2, ch. 5.1) et des copies électroniques (annexe 2, ch. 4, et annexe 3, ch. 1.7)	X
5. **Données spécifiques aux avis de contrôle des décès éventuels** (art. 25, al. 1, let. d)	
5.1 Date de naissance de l'identité principale (annexe 1 ch. 1.1.4)	X
5.2 Nationalités (annexe 1, ch. 1.1.6, 1.1.7 et 1.2.4)	X
5.3 Etat de domicile (annexe 1, ch. 1.2.2)	X
5.4 Lieu de domicile (annexe 1, ch. 1.2.3)	X
6. **Données spécifiques aux avis de contrôle en cas de refus d'attribution d'un numéro AVS ou de refus de la modification d'attributs principaux** (art. 25, al. 1, let. e) Motivation du refus par la CdC	X
7. **Données spécifiques aux avis de contrôle des dates d'exécution** (art. 25, al. 1, let. f)	
7.1 Si l'exécution institutionnelle de la sanction a été ordonnée dans le jugement: date du jugement, autorité qui l'a rendu, numéro de dossier, date de notification et date d'entrée en force	X
7.2 Si l'exécution institutionnelle de la sanction a été ordonnée dans une décision ultérieure: désignation et date de la décision ultérieure, autorité qui l'a rendue et numéro de dossier; date du jugement auquel elle se rapporte, autorité qui l'a rendu, numéro de dossier, date de notification et date d'entrée en force	X
8. **Données spécifiques aux avis de contrôle de destruction des documents en cas de demande de calcul d'un délai pour l'élimination** (art. 25, al. 1, let. g) Liste des anciennes identités soit les attributs visés à l'annexe 1, ch. 3.1 et 3.2	X

9. **Données spécifiques aux avis de contrôle de la saisie des données relatives à l'exécution concernant le début de la durée d'une expulsion** (art. 25, al. 1, let. h) Liste des jugements dans lesquels est prononcée une expulsion soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
10. **Données spécifiques aux avis de contrôle concernant la transmission des copies électroniques des jugements en cas des confiscations nouvelles au sens de l'art. 61 LCJ** (art. 25, al. 1, let. i) Liste des nouveaux jugements dans lesquels une confiscation a été ordonnée soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
11. **Données spécifiques aux avis de contrôle des jugements sans règle de calcul du délai pour l'élimination** (art. 25, al. 1, let. j) Liste des jugements saisis sans qu'aucune règle de calcul du délai pour l'élimination ait été programmée soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
12. **Données spécifiques aux avis de contrôle des copies manquantes** (art. 25, al. 1, let. k)	
12.1 Liste des jugements d'une autorité pour lesquels manque une copie qui doit être saisie soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
12.2 Liste des décisions ultérieures d'une autorité pour lesquelles manque une copie qui doit être saisie soit la date de la décision, l'autorité qui l'a rendue et le numéro de dossier, ainsi que la date du jugement auquel elle se rapporte, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
13. **Données spécifiques aux avis de contrôle de la mise à l'épreuve en cas de jugement dans lequel est prononcée une amende au sens de l'art. 40, al. 3, let. c, LCJ** (art. 25, al. 1, let. l) Liste des jugements étrangers nécessitant une transposition soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X
14. **Données spécifiques aux avis de contrôle des conditions d'enregistrement au sens de l'art. 40, al. 1, let. b, LCJ** (art. 25, al. 1, let. m et n) Liste des jugements qui remplissent les critères de sélection soit la date du jugement, l'autorité qui l'a rendu et le numéro de dossier	X

Annexe 6
(Art. 28)

Catégories et champs de données découlant de la journalisation des consultations visée à l'art. 25 LCJ

X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne
Données découlant de la journalisation des consultations et enregistrées dans VOSTRA	**Données qui peuvent être consultées par les personnes concernées** au titre du droit d'accès visé à l'art. 57 LCJ
1. Autorité au nom de laquelle a lieu la consultation soit désignation et ID de l'autorité	X
2. Utilisateur qui a effectué la consultation	
2.1 Numéro d'utilisateur	X
2.2 Nom, prénoms et numéro de téléphone	—
3. But de la consultation	X
4. Contexte de la consultation sous forme de champ de texte (le cas échéant)	X
5. Date et heure de la consultation	
5.1 Si l'utilisateur relève d'une autorité qui gère le casier judiciaire: date et heure de la saisie des données pénales (soit l'enregistrement d'un cas complet) ou date et heure de l'établissement d'un extrait pour une autre autorité (soit la production d'un extrait au format PDF au nom d'une autre autorité)	X
5.2 Si l'utilisateur ne relève pas d'une autorité qui gère le casier judiciaire: date et heure de l'affichage des données pénales	X
6. Attributs principaux au sens de l'annexe 1, ch. 1.1.1 à 1.1.4, et ID du dossier de la personne recherchée, tels qu'ils existent au moment de la consultation au sens du ch. 5	X

7.	Données pénales, telles qu'elles existent au moment de la consultation au sens du ch. 5, qui figureraient sur l'extrait au format PDF correspondant au profil de l'autorité	X

Annexe 7
(Art. 29)

Catégories et champs de données des demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger

Données enregistrées et traitées dans VOSTRA concernant les demandes en ligne d'extraits d'un casier judiciaire étranger
1. **Données relatives au contexte de la demande**
1.1 Autorité qui fait la demande
1.2 Collaborateur compétent de l'autorité soit ses nom et prénoms, son numéro de téléphone et son adresse de courrier électronique
1.3 Numéro de dossier de la procédure pour laquelle l'extrait d'un casier judiciaire étranger est nécessaire
1.4 But de la demande
1.5 Si l'extrait est nécessaire pour une affaire pénale
1.5.1 Données relatives à l'infraction soit la référence légale et la désignation de l'infraction
1.5.2 Lieu de l'infraction
2. **Données relatives à l'Etat étranger concerné**
2.1 Nom des Etats souhaités
2.2 Informations supplémentaires requises par l'Etat concerné
3. **Données d'identification de la personne concernée** (reprise automatique des données de l'UPI ou de VOSTRA)
3.1 Attributs principaux au sens de l'annexe 1, ch. 1.1, à l'exception du numéro AVS (annexe 1, ch. 1.1.1)
3.2 Etat de domicile
3.3 Si la personne est inscrite dans VOSTRA:

	3.3.1 ID du dossier au sens de l'annexe 1, ch. 1.4.1
	3.3.2 Fausses identités au sens de l'annexe 1, ch. 5.1
4.	**Données relatives à la pratique de l'Etat étranger** (selon le type d'autorité, le but et l'Etat)
	4.1 Mention que l'Etat répond aux demandes d'extrait (cet Etat a déjà fourni des extraits du casier judiciaire)
	4.2 Mention que l'on ne sait pas si l'Etat répond aux demandes d'extrait (aucune demande d'extrait n'a jamais été adressée à cet Etat)
	4.3 Mention qu'il est impossible de faire une demande, avec indication du délai d'attente visé à l'art. 51, al. 2 (les demandes précédentes n'ont pas abouti)
5.	**Données relatives au traitement des demandes par le Service du casier judiciaire**
	5.1 Date de la demande faite par l'autorité
	5.2 Etape du traitement avec la date du dernier changement de statut
	5.2.1 Date depuis laquelle la demande est en cours
	5.2.2 Date de l'envoi à l'Etat étranger
	5.2.3 Date à laquelle l'autorité étrangère compétente a reçu un rappel
	5.2.4 Date à laquelle la demande a été annulée
	5.2.5 Date de l'accusé de réception et de la transmission
	5.3 Extrait reçu ou non reçu par le Service du casier judiciaire
	5.4 Demande adressée à l'Etat étranger (au format Word)

Annexe 8
(Art. 30)

Catégories et champs de données relatifs aux demandes d'extraits destinés aux particuliers et d'extraits spéciaux

X = oui
— = non

1re colonne	2e colonne	3e colonne
Demandes d'extraits au sens de l'art. 27 LCJ	Données enregistrées dans la banque de données auxiliaire « CREX »	Données enregistrées dans VOSTRA
1. **Coordonnées du demandeur à des fins d'identification et de localisation**		
1.1 Numéro AVS	X	X
1.2 Nom	X	X
1.3 Prénoms	X	X
1.4 Date de naissance	X	X
1.5 Nationalité	X	X
1.6 Nom de célibataire	X	—
1.7 Nom de la mère	X	X
1.8 Prénoms de la mère	X	X
1.9 Nom du père	X	X
1.10 Prénoms du père	X	X
1.11 Pour les ressortissants suisses: lieu(x) d'origine	X	X

1.12 Adresse de courrier électronique	X	—
1.13 Numéro de téléphone	X	—
1.14 Adresse de résidence	X	X (à défaut d'adresse de livraison)
1.15 Adresse de livraison	X	X
1.16 Document d'identité (envoyé en copie pour une demande sur Internet ou présenté au guichet postal)		
1.16.1 Numéro du document d'identité	X	—
1.16.2 Type de document soit passeport suisse, carte d'identité suisse, passeport étranger, carte d'identité étrangère, titre de séjour, apatride	X	—
2. Données relatives à la demande et à son processus		
2.1 Numéro d'ordre généré automatiquement	X	X
2.2 Date et heure de la demande	X	—
2.3 Date et heure de l'impression du formulaire de demande par le demandeur	X	—
2.4 En cas de demande au guichet postal: office de poste, numéro du guichet, agent qui réceptionne la demande	X	—
2.5 Etat de la demande: soit complète ou incomplète	X	—
2.6 Nombre d'extraits demandés	X	—
2.7 Forme de la demande: soit avec ou sans signature électronique	X	X
2.8 Langue de l'extrait	X	—
2.9 Type d'extrait: extrait destiné aux particuliers ou extrait spécial destiné aux particuliers	X	—

2.10 Données relatives aux gros clients (demandes en ligne avec factures mensuelles)		
2.10.1 Désignation et abréviation du client en vue de la facturation	X	X
2.10.2 Désignation et sigle de l'unité du gros client à laquelle les extraits doivent être envoyés	X	—
2.10.3 Hyperlien par lequel le client pourra faire ses demandes en ligne (attribué automatiquement)	X	—
2.10.4 Mot de passe avec lequel le client pourra faire ses demandes en ligne	X	—
2.10.5 Mode d'envoi des extraits: papier ou numérique	X	—
2.10.6 Pour les demandes d'extraits papier:		
2.10.6.1 Indication du fait que le client peut ou non demander plus d'un extrait par personne	X	—
2.10.6.2 Indication du fait qu'un extrait peut ou non être légalisé	X	—
2.10.6.3 Adresse de livraison	X	—
2.10.7 Indication du fait que l'adresse de la personne concernée doit ou non être enregistrée	X	—
2.10.8 Pour les demandes d'extraits numériques:		
2.10.8.1 Adresse de courrier électronique pour l'envoi des extraits	X	—
2.10.8.2 Mot de passe (chiffré) avec lequel le client peut récupérer les extraits	X	—
2.10.9 Adresse de correspondance du client (en cas de question)		
2.10.9.1 Postale	X	—
2.10.9.1 Electronique	X	—
2.10.10 Coordonnées des collaborateurs habilités à viser les demandes au nom du client soit unité à laquelle le collaborateur est rattaché, nom, prénoms, numéro de téléphone et adresse de courrier électronique	X	—
2.10.11 Langue de correspondance pour les décomptes au sens du ch. 4.9	—	X
3. **Données relatives au traitement des mandats reçus**		

3.1 Etape de traitement du mandat		
3.1.1 Mention que le formulaire de demande n'est pas arrivé (« en attente »)	X	—
3.1.2 Mention que le formulaire de demande est arrivé et a été examiné (« reçu »)	X	—
3.1.3 Mention que l'extrait est en cours de légalisation (« légalisation »)	X	—
3.1.4 Mention que le formulaire de demande a été renvoyé pour être complété (« renvoyé »)	X	—
3.1.5 Mention que l'extrait a été établi et envoyé (« envoyé »)	X	—
3.2 Date et heure de la saisie électronique de l'arrivée de la demande par le Service du casier judiciaire	X	—
3.3 Commentaire de l'assistance technique (champ de texte)	X	—
3.4 En cas de renvoi:		
3.4.1 Motif du renvoi		
3.4.1.1 La copie du document d'identité manque, est incomplète ou est illisible	X	—
3.4.1.2 Le nom de célibataire manque	X	—
3.4.1.3 Le nom et/ou les prénoms des parents manquent	X	—
3.4.1.4 La signature du demandeur ou de la personne concernée manque	X	—
3.4.1.5 Le visa ou le cachet du destinataire de la facture mensuelle manque	X	—
3.4.1.6 La signature électronique manque ou n'a pas été reconnue	X	—
3.4.1.7 Pour les extraits spéciaux: l'attestation de l'employeur manque	X	—
3.4.1.8 Pour les extraits spéciaux: l'attestation de l'employeur ne porte pas de signature	X	—
3.4.1.9 Pour les extraits spéciaux: l'employeur n'est pas autorisé	X	—
3.4.2 Date et heure du renvoi	X	—
3.5 En cas de légalisation:		

3.5.1 Etat pour lequel la légalisation doit avoir lieu	X	X
3.5.2 Date et heure de la transmission de l'extrait pour légalisation	X	—
3.5.3 Feuille d'accompagnement pour envoi à la Chancellerie fédérale	X	—
3.6 Messages techniques générés automatiquement pour le traitement de la demande	X	—
3.7 Dernier utilisateur ayant vérifié l'exactitude de l'extrait lors du traitement individuel de ce dernier soit son numéro d'utilisateur	—	X
4. **Données relatives au paiement des émoluments**		
4.1 Coûts des extraits demandés (à l'exception des frais visés aux ch. 4.2 et 4.3)	X	—
4.2 Frais de légalisation	X	—
4.3 Frais d'envoi	X	—
4.4 Mode de paiement		
4.4.1 Paiement en ligne: y compris l'indication du moyen de paiement utilisé	X	—
4.4.2 Pour les gros clients: facturation mensuelle	X	—
4.4.3 Paiement au guichet	X	—
4.5 Etat du paiement soit « payé », «non payé » ou « paiement annulé »	X	—
4.6 Numéro d'ordre	X	—
4.7 Date et heure de la fin du processus de paiement	X	—
4.8 Informations sur le remboursement	X	—
4.9 Décompte pour les gros clients		
4.9.1 Désignation et abréviation du client au sens du ch. 2.10.1	—	X
4.9.2 Période de décompte en mois et années	—	X

4.9.3 Date de l'impression ou de la signature de l'extrait au sens du ch. 5.11	—	X
4.9.4 Nombre d'extraits par demandeur au sens du ch. 2.6	—	X
4.9.5 Nombre d'extraits par gros client	—	X
4.9.6 Nom, prénom et date de naissance du demandeur au sens des ch. 1.2 à 1.4	—	X
4.9.7 Numéro de facture (attribué automatiquement)	—	X
5. **Données relatives à l'envoi des extraits**		
5.1 Date prévue pour l'envoi de l'extrait (envoyée automatiquement au demandeur selon la durée de traitement saisie)	X	—
5.2 Date d'envoi de l'extrait	X	—
5.3 Mode d'envoi		
5.3.1 Papier	X	X
5.3.2 Recommandé	X	X
5.3.3 Service d'expédition à l'étranger	X	X
5.3.4 Electronique	X	X
5.4 Etat de l'envoi des extraits numériques soit « prêt » à être réceptionné ou « réceptionné »	X	—
5.5 Pour les extraits numériques: date et heure de la réception	X	—
5.6 En cas d'envoi par un service d'expédition à l'étranger:		
5.6.1 Numéro d'envoi automatique	X	—
5.6.2 Nom du service d'expédition	X	X
5.7 En cas d'envoi recommandé: numéro de l'envoi	X	—
5.8 Date et heure de l'envoi de l'extrait légalisé	X	—
5.9 En cas d'envoi électronique: adresse électronique de livraison	X	—

5.10 Numéro de l'extrait	—	X
5.11 Date de l'impression ou de la signature	—	X
5.12 Type d'extrait soit l'indication que la personne est ou non inscrite au casier judiciaire	—	X
5.13 Etat du traitement soit « prêt pour l'impression », «imprimé » ou « annulé »	—	X
5.14 Copie au format PDF de l'extrait destiné aux particuliers ou de l'extrait spécial y compris, le cas échéant, les feuilles d'accompagnement en vue de l'envoi d'un extrait légalisé, envoyé par un service d'expédition ou muni d'une signature électronique ou en vue de l'examen de l'opportunité de transposer en droit suisse les infractions mentionnées sur le formulaire de communication reçu de l'étranger au sens de l'art. 22, al. 2, LCJ.	—	X
6. **Données relatives à l'attestation de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente en cas de demande d'extrait spécial** (attestation visée à l'art. 55, al. 4, LCJ)		
6.1 Demandeur (personne concernée) soit ses nom et prénom et sa date de naissance	X	— (voir ch. 1.2 à 1.4)
6.2 Désignation de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente	X	X
6.3 Personne ayant part à la procédure d'engagement auprès de l'employeur, de l'organisation ou de l'autorité compétente		
6.3.1 Nom et prénoms	X	X
6.3.2 Fonction	X	—
6.3.3 Adresse de courrier électronique	X	—
6.3.4 Numéro de téléphone	X	—
6.4 Date de l'attestation	X	—
6.5 Description de l'activité qu'exerce ou doit exercer la personne concernant laquelle l'extrait spécial est demandé au sens de l'art. 55, al. 1 et 1bis, LCJ	X	—
6.6 Numéro d'ordre de l'attestation	X	—

Annexe 9
(Art. 7)

Droits de traitement des données d'identification

toutes = toutes les autorités ayant un droit de saisie des données d'identification
OFJ = réservé au Service du casier judiciaire de l'Office fédéral de la justice
enr. = réservé à l'autorité qui a enregistré les données (sur la base d'un droit de saisie des données d'identification)
enr.+OFJ = réservé à l'autorité qui a enregistré les données (sur la base d'un droit de saisie des données d'identification) et au Service du casier judiciaire de l'Office fédéral de la justice
aucune = aucune autorité
auto. = automatique (le système enregistre ou modifie automatiquement les données)
— = le cas ne se présente jamais

1. Identités principales	**Enregistrer**	**Modifier**	**Eliminer**
1.1 Attributs principaux avec numéro AVS et UPI comme source des données	*toutes*	*auto.*	*aucune, si des données pénales sont enregistrées* *toutes, en l'absence de données pénales*
1.2 Attributs principaux sans numéro AVS (avant le processus d'attribution de ce dernier)	*toutes*	—	—
1.3 Attributs principaux sans numéro AVS (pendant le processus d'attribution de ce dernier, état « attribution demandée »)	—	*OFJ*	*OFJ, en l'absence de données pénales*
1.4 Attributs principaux sans numéro AVS (après le refus du numéro AVS, état « attribution refusée »)	—	*OFJ*	*OFJ, en l'absence de données pénales*
1.5 Attributs principaux avec numéro AVS et VOSTRA comme source des données	*toutes*	*OFJ*	*aucune, si des données pénales sont enregistrées* *toutes, en l'absence de données pénales*
1.6 Attributs complémentaires	*toutes*	*toutes*	*toutes*
1.7 Source de données automatique	*auto.*	*aucune*	*aucune*
1.8 Source de données manuelle	*toutes*	*toutes*	*toutes*

2. Notes à usage interne	**Enregistrer**	**Modifier**	**Eliminer**
2.1 Mention standard (pas d'ajout)	*toutes*	*enr.+OFJ*	*enr.+OFJ*
2.2 Mention standard (ajout préexistant)	—	*OFJ*	*aucune*
2.3 Ajout seul (pas de mention standard)	*aucune*	*aucune*	*aucune*
2.4 Ajout seul (mention standard préexistante)	*OFJ*	*OFJ*	*OFJ*
2.5 Note à usage interne complète	*OFJ*	*OFJ*	*OFJ*

3. Anciennes identités	**Enregistrer**	**Modifier**	**Eliminer**
3.1 Attributs d'une ancienne identité (sauf si l'identité principale a été modifiée par une comparaison avec l'UPI)	*toutes*	*enr.*	*enr.*

3.2 Attributs d'une ancienne identité (si l'identité principale a été modifiée par une comparaison avec l'UPI)	*auto.*	*OFJ*	*OFJ*
3.3 Source de données automatique	*auto.*	*aucune*	*aucune*
3.4 Source de données manuelle	*toutes*	*toutes*	*toutes*

4. Identités secondaires	**Enregistrer**	**Modifier**	**Eliminer**
4.1 Attributs d'une identité secondaire	*toutes*	*enr.*	*enr.*
4.2 Source de données automatique	*auto.*	*aucune*	*aucune*
4.3 Source de données manuelle	*toutes*	*toutes*	*toutes*

5. Fausses identités	**Enregistrer**	**Modifier**	**Eliminer**
5.1 Attributs d'une fausse identité	*toutes*	*enr.*	*enr.*
5.2 Source de données automatique	*auto.*	*aucune*	*aucune*
5.3 Source de données manuelle	*toutes*	*toutes*	*toutes*

Annexe 10
(Art. 63)

Abrogation et modification d'autres actes

I

L'ordonnance du 29 septembre 2006 sur le casier judiciaire[35] est abrogée.

II

Les ordonnances mentionnées ci-après sont modifiées comme suit:

1. Ordonnance du 4 mars 2011 sur les contrôles de sécurité relatifs aux personnes[36]

Art. 19, al. 1, phrase introductive let. a

1 Pour mener à bien ses tâches, le Service spécialisé CSP DDPS dispose d'un accès en ligne direct aux registres et aux bases de données ci-après, dans la limite prescrite par les lois et les ordonnances édictées à cet effet:

a. le casier judiciaire informatique VOSTRA, conformément à la loi du 17 juin 2016 sur le casier judiciaire[37];

2. Tarif des émoluments LEI du 24 octobre 2007[38]

Art. 8, al. 1, let. i

1 Les tarifs maximaux des émoluments cantonaux liés à des autorisations relevant du droit des étrangers s'élèvent à:

	Fr.
i. pour la demande d'un extrait du casier judiciaire informatique VOSTRA ou d'un casier judiciaire étranger	25

35 RS **331**
36 RS **120.4**
37 RS **…**
38 RS **142.209**

3. Ordonnance du 20 septembre 2002 sur les documents d'identité[39]

Art. 15, al. 1, let. a

1 Pour établir la preuve de la bonne réputation, l'office peut demander, en plus du contrôle de sécurité des personnes, que les personnes physiques ou morales visées à l'art. 6*a*, al. 1 et 2, LDI ou leurs organes lui fournissent notamment les documents suivants:

a. extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers;

4. Ordonnance du 24 octobre 2007 relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative[40]

Art. 72b, al. 1, let. a

1 Pour établir la preuve de la bonne réputation du centre chargé de produire le titre de séjour biométrique, le SEM peut demander, en plus du contrôle de sécurité des personnes, que les personnes physiques ou morales ou leurs organes lui fournissent, conformément à l'art. 41*b* LEI notamment les documents suivants:

a. extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers;

5. Ordonnance du 5 juillet 2006 sur les émoluments pour les prestations de l'Office fédéral de la justice[41]

Art. 1, al. 2, let. c

2 La présente ordonnance ne s'applique pas aux décisions et aux prestations:

c. du Service du casier judiciaire;

6. Ordonnance du 12 février 2020 sur les marchés publics[42]

Annexe 3, ch. 17

17. extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire des dirigeants et des responsables prévus pour l'exécution du marché;

39 RS **143.11**
40 RS **142.201**
41 RS **172.041.14**
42 RS **172.056.11**

7. Ordonnance du 17 novembre 1999 sur l'organisation du Département fédéral de justice et police[43]

Art. 8, al. 1, let. d

1 L'OFJ gère entre autres:

d. le casier judiciaire informatique VOSTRA, en collaboration avec d'autres autorités fédérales et avec les cantons.

8. Ordonnance du 29 juin 2011 sur l'adoption[44]

Art. 5, al. 6, 1re phrase

6 Pour vérifier que les futurs parents adoptifs remplissent la condition prévue à l'al. 2, let. d, ch. 3, l'autorité cantonale demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités. ...

9. Ordonnance du 19 octobre 1977 sur le placement d'enfants[45]

Art. 7

L'autorité doit déterminer de manière appropriée si les conditions d'accueil sont remplies, surtout en procédant à des visites à domicile et en prenant, s'il le faut, l'avis d'experts. Elle demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités pour s'assurer de la réputation des parents nourriciers. Elle peut demander un extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire des personnes vivant dans le ménage.

Art. 10, al. 2

2 Il examine si les conditions auxquelles le placement est subordonné sont remplies. Au besoin, il conseille les parents nourriciers. Il demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités pour s'assurer de la réputation des parents nourriciers. Il peut demander un extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire des personnes vivant dans le ménage. Au besoin, il conseille les parents nourriciers.

Art. 12, al. 2b

2 Les dispositions concernant le placement d'enfants chez des parents nourriciers s'appliquent par analogie à la surveillance qu'exerce l'autorité en cas de placement à la journée (art. 5, 7 et 10).

43 RS **172.213.1**
44 RS **211.221.36**
45 RS **211.222.338**

Art. 14, al. 1, let. c

2 La demande d'autorisation doit contenir tout élément utile à son appréciation, mais indiquer pour le moins:

c. les données d'identité et la formation du directeur et du personnel;

Art. 15, al. 2

2 Avant de délivrer l'autorisation l'autorité détermine de manière appropriée si les conditions d'accueil sont remplies, notamment en procédant à des visites, en ayant des entretiens, en prenant des renseignements et, s'il le faut, en recourant à des experts. Elle demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités pour s'assurer de la réputation du directeur et du personnel.

Art. 17, titre et al. 3

Listes

3 La direction ou l'organisme responsable de l'institution présente chaque année à l'autorité de surveillance une liste des données d'identité du directeur et du personnel.

Art. 18, al. 1 et 4

1 Le directeur et, le cas échéant, l'organisme ayant la charge de l'institution communiquent en temps utile à l'autorité toute modification importante qu'ils ont l'intention d'apporter à l'organisation, à l'équipement ou à l'activité de l'établissement, notamment l'engagement de nouveaux collaborateurs ainsi que les décisions d'agrandir, de transférer ou de cesser l'exploitation.

4 L'autorité demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités pour s'assurer de la réputation des nouveaux collaborateurs.

Art. 19, al. 4

4 Chaque année, l'autorité s'assure de la réputation des personnes mentionnées dans la liste que lui remet l'établissement en vertu de l'art. 17, al. 3, sur la base d'un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités.

Art. 20b, al. 1, let. b et c, et al. 3

1 L'annonce faite par le prestataire doit être accompagnée au minimum des indications et des justificatifs suivants:

b. identité du gérant, identité et qualifications professionnelles du prestataire;

c. *abrogée*

3 L'autorité demande un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités pour s'assurer de la réputation du gérant et du prestataire.

Art. 20c, al. 2, let. b, et 3

2 Il communique en particulier:

b. tout changement de gérant ou de prestataire;

3 L'autorité contrôle les modifications qui lui sont communiquées et demande, dans le cas de l'al. 2, let. b, un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités.

Art. 20d, al. 3a

3*a* Le prestataire tient en outre une liste de l'identité des gérants et des personnes auxquelles les tâches sont confiées.

Art. 20e, al. 3

3 Chaque année, l'autorité vérifie la réputation des personnes mentionnées dans la liste visée à l'art. 20*d*, al. 3*a*, sur la base d'un extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités.

10. Ordonnance du 21 mai 2008 sur les géomètres[46]

Art. 17, let. c

Peut être inscrite au registre des ingénieurs géomètres (registre des géomètres) toute personne:

c. dont l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers ne comporte pas de condamnation pénale pour des actes incompatibles avec l'exercice de la profession, et

Art. 18, al. 2, let. c

2 Elle joint les documents suivants à sa demande:

c. un extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers actuel;

11. Ordonnance du 10 novembre 1999 sur l'activité à titre professionnel de mandataire visant à la conclusion d'un mariage ou à l'établissement d'un partenariat stable entre des personnes venant de l'étranger ou s'y rendant[47]

Art. 5, al. 3, let. a

3 Elle doit être accompagnée:

46 RS **211.432.261**
47 RS **221.218.2**

a. d'un extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire de la personne qui sollicite l'autorisation et des personnes responsables de l'activité;

Art. 6, let. b

L'autorisation est accordée:

b. si la demande d'autorisation et les documents qui l'accompagnent, notamment les extraits du casier judiciaire destinés aux particuliers, permettent de penser que l'activité sera exercée consciencieusement et conformément au droit;

12. Ordonnance du 24 octobre 1979 concernant la justice pénale militaire[48]

Art. 60, al. 2, let. b, ch. 1

2 Le dispositif du jugement doit être notifié aux offices suivants:

b. Sans retard après l'entrée en force:

1. au service de coordination de la justice militaire pour saisie dans le casier judiciaire informatique VOSTRA,

13. Ordonnance du 3 décembre 2004 sur les profils d'ADN[49]

Art. 2a, let. d

Les documents suivants doivent être joints à la demande de reconnaissance:

d. l'extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire et l'extrait du registre des poursuites pour dettes et faillites de chaque membre de la direction;

14. Ordonnance IPAS du 15 octobre 2008[50]

Art. 7, al. 1, let. h

1 Fedpol peut, dans le cadre de l'entraide administrative, communiquer sur demande des informations enregistrées dans IPAS aux autorités suivantes, pour autant que cela soit nécessaire à l'accomplissement de leurs tâches légales:

h. le Service du casier judiciaire de l'Office fédéral de la justice pour l'identification de personnes enregistrées dans le casier judiciaire informa-

48 RS **322.2**
49 RS **363.1**
50 RS **361.2**

tique VOSTRA lorsque l'on soupçonne une erreur dans la mise en relation entre des données et des personnes;

15. Ordonnance du 6 décembre 2013 sur le traitement des données signalétiques biométriques[51]

Art. 17 Effacement des données signalétiques étrangères

Les données signalétiques étrangères sont effacées 30 ans après leur saisie dans IPAS, à moins qu'elles n'aient déjà été effacées en application des art. 16 à 19 de la loi du 20 juin 2003 sur les profils d'ADN[52].

Art. 19 à *21*

Abrogés

16. Ordonnance du 12 octobre 2016 sur les systèmes d'information de la Confédération dans le domaine du sport[53]

Art. 5, al. 3, let. a

3 Les données suivantes sont conservées pour une durée réduite:

a. données pénales, pour autant qu'elles soient nécessaires pour justifier une décision d'attribution, de suspension ou de retrait de reconnaissance de cadre J+S et qu'elles ne figurent plus l'extrait 2 du casier judiciaire destiné aux autorités: jusqu'à ce que la personne concernée demande leur destruction;

17. Ordonnance du 30 juin 1993 sur les relevés statistiques[54]

Annexe, ch. 88

Organe responsable de l'enquête:	**Office fédéral de la statistique**
Objet de l'enquête:	jugements et décisions ultérieures à l'encontre des personnes de plus de 18 ans ayant force exécutoire et saisis dans le casier judiciaire informatique VOSTRA; codes d'identification, caractères socio-démographiques, infractions et sanctions

51 RS **361.3**
52 RS **363**
53 RS **415.11**
54 RS **431.012.1**

Type et méthode d'enquête:	tous les jugements et décisions ultérieures saisis dans VOSTRA; appariement avec des données de la statistique de la population et des ménages (STATPOP), exclusivement pour indiquer le statut de séjour s'il fait défaut

18. Ordonnance du 22 novembre 2017 sur les obligations militaires[55]

Art. 22, al. 3, let. c, ch. 2

3 Le requérant:

c. joint à sa demande les documents suivants:

2. un extrait récent destiné aux particuliers de son casier judiciaire,

19. Ordonnance du 2 juillet 2008 sur les armes[56]

Aux art. 18, al. 3 et 4, et 24, al. 3, l'expression « extrait du casier judiciaire suisse » est remplacée par « extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers ».

Art. 11, al. 3, let. b

Abrogée

Art. 12, al. 3, let. a

Abrogée

Art. 13d, al. 2, let. a

Abrogée

Art. 13h, al. 2, let. a

Abrogée

Art. 15, al. 2, let. a

Abrogée

Art. 28, al. 1, let. a

Abrogée

55 RS **512.21**
56 RS **514.541**

Art. 35, al. 2, let. a

Abrogée

Art. 39, al. 1, let. b

Abrogée

Art. 46, al. 3, let. a

Abrogée

Art. 48, al. 1, let. a

Abrogée

20. Ordonnance du 27 octobre 1976 réglant l'admission à la circulation routière[57]

Art. 11b, al. 2

2 Elle peut se procurer un extrait 3 du casier judiciaire destiné aux autorités et, en cas de doute, un rapport de police.

21. Ordonnance du 2 septembre 2015 sur la licence d'entreprise de transport de voyageurs et de marchandises par route[58]

Art. 2, 1re phrase

Pour prouver son honorabilité, le gestionnaire de transport doit présenter un extrait destiné aux particuliers de son casier judiciaire. …

22. Ordonnance du 6 juillet 1951 sur les trolleybus[59]

Art. 17, al. 3

3 Le permis de conduire pour trolleybus constitue une catégorie particulière du permis de conduire. Il ne peut être délivré qu'à des conducteurs ayant atteint l'âge de 21 ans qui remplissent les conditions médicales minimums requises pour la conduite des voitures automobiles lourdes servant au transport de personnes. Le requérant doit présenter un certificat d'un médecin reconnu par l'autorité cantonale, ainsi

57 RS **741.51**
58 RS **744.103**
59 RS **744.211**

qu'un certificat de bonnes mœurs et un extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers.

23. Ordonnance du 25 mai 2011 sur le contrôle des stupéfiants[60]

Art. 15, al. 2, let. b

[2] Les documents suivants doivent être joints à la demande d'autorisation:

b. un extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire de la personne responsable ne datant pas de plus de six mois; si celle-ci est domiciliée à l'étranger, l'autorité peut demander un extrait du casier judiciaire de l'Etat concerné;

24. Ordonnance du 14 novembre 2018 sur les autorisations dans le domaine des médicaments[61]

Art. 39, al. 4

[4] Swissmedic peut exiger un extrait du casier judiciaire suisse destiné aux particuliers ou un extrait d'un casier judiciaire étranger.

25. Ordonnance du 11 septembre 2002 sur la partie générale du droit des assurances sociales[62]

Art. 7b, al. 1, let. a

[1] L'autorisation est accordée si:

a. l'extrait destiné à des particuliers du casier judiciaire du requérant au sens de l'art. 41 de la loi du 17 juin 2016 sur le casier judiciaire[63] est exempt de toute infraction faisant apparaître un lien avec l'activité soumise à autorisation;

60 RS **812.121.1**
61 RS **812.212.1**
62 RS **830.11**
63 RS …

26. Ordonnance du 22 juin 2011 sur la surveillance dans la prévoyance professionnelle[64]

Art. 12, al. 3, let. a

3 Elles soumettent en outre à l'autorité de surveillance, pour l'examen de l'intégrité et de la loyauté des responsables, les documents suivants:

a. pour les personnes physiques: des informations sur la nationalité, le domicile, les participations qualifiées détenues dans d'autres entités et d'éventuelles procédures judiciaires et administratives pendantes, ainsi qu'un curriculum vitæ signé, des références et un extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers;

Art. 13, al. 3, let. a

3 Lorsqu'elle examine l'intégrité et la loyauté des responsables, elle prend notamment en considération:

a. les condamnations pénales qui figurent sur l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers;

27. Ordonnance du 8 mai 1934 sur le contrôle des métaux précieux[65]

Remplacement d'une expression

Aux art. 21, al. 1, 165a, 165b, al. 1, let. c, et 2, let. b, l'expression « extrait du casier judiciaire suisse » est remplacée par « extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers ».

28. Ordonnance du 4 septembre 2002 sur le commerce itinérant[66]

Art. 7, al. 1, let. c

1 Les documents exigés à l'art. 4, al. 2, de la loi doivent répondre aux exigences suivantes:

c. l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers doit avoir été établi au cours du dernier mois;

Art. 8, al. 2

2 L'autorité cantonale compétente demande un préavis au Secrétariat d'État à l'économie (SECO) lorsqu'elle estime qu'il y a lieu de refuser l'autorisation en vertu

64 RS **831.435.1**
65 RS **941.311**
66 RS **943.11**

de l'art. 4, al. 1, de la loi sur la base de l'examen de l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers. Elle lui transmet sans retard la demande du requérant ainsi que l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers et lui indique la date à laquelle le requérant souhaite commencer son activité.

Art. 15, al. 2, 1re phrase, et 4, let. b

2 Si les entreprises et les associations économiques habilitées envisagent de refuser la carte de légitimation conformément à l'art. 4, al. 1, de la loi, elles transmettent à l'autorité cantonale compétente le formulaire de demande et l'extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire de la personne concernée. ….

4 Elles communiquent à l'autorité cantonale compétente, dans les sept jours à compter de la date d'établissement ou de renouvellement de la carte de légitimation:

b. une copie de l'extrait destiné aux particuliers du casier judiciaire du commerçant itinérant;

Art. 17, al. 1, 2e phrase

1 …. À cet effet, elle examine périodiquement les copies des extraits du casier judiciaire destinés aux particuliers et des cartes de légitimation.

Art. 27

L'autorité cantonale compétente peut exiger d'une personne qu'elle remette un extrait destiné aux particuliers actuel de son casier judiciaire lorsqu'il existe des indices qu'elle ne répond plus aux conditions légales.

29. Ordonnance du 30 avril 2014 sur les banques[67]

Art. 8, al. 1, let. a, ch. 4

1 Les demandes d'autorisation pour l'ouverture de nouvelles banques doivent contenir notamment les indications et documents suivants sur les personnes chargées d'administrer et de gérer la banque ou la personne visée à l'art. 1*b* LB au sens de l'art. 3, al. 2, let. c, LB, et sur les détenteurs de participations qualifiées au sens de l'art. 3, al. 2, let. c^{bis}, LB:

a. pour les personnes physiques:
   4. un extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers et un extrait du registre des poursuites ou, si elles sont domiciliées à l'étranger, des attestations analogues;

67 RS **952.02**

30. Ordonnance du 6 novembre 2019 sur les établissements financiers[68]

Art. 13, al. 1, let. a, ch. 4

[1] La demande d'autorisation pour un nouvel établissement financier doit contenir notamment les indications et les documents suivants sur les personnes chargées d'administrer et de gérer l'établissement au sens de l'art. 11, al. 1 et 2, LEFin et sur les détenteurs de participations qualifiées au sens de l'art. 11, al. 3, LEFin:

a. pour les personnes physiques:
   4. un extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers et un extrait du registre des poursuites ou, si elles sont domiciliées à l'étranger, des attestations analogues;

31. Ordonnance du 9 novembre 2005 sur la surveillance[69]

Art. 185, let. b

L'intermédiaire doit remplir les conditions personnelles suivantes:

b. l'extrait du casier judiciaire destiné aux particuliers ou, s'il a son domicile à l'étranger, une attestation équivalente des autorités étrangères ne comporte aucune condamnation pénale pour des faits qui ne sont pas compatibles avec l'activité d'intermédiaire;

Art. 189, al. 1, let. i

[1] Les intermédiaires inscrits communiquent les modifications suivantes à la FINMA, dans les 15 jours à compter de celui où ils en ont connaissance:

i. une condamnation pénale inscrite au casier judiciaire informatique VOSTRA pour l'une des infractions contre le patrimoine visées aux art. 137 à 172ter CP;

68 RS **954.11**
69 RS **961.011**